



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of Master's Thesis

**„Lost in Europeanization? – Die Einstellungen der Regierung
und Bevölkerung Serbiens zur EU-Integration“**

verfasst von / submitted by

Maximilian Sagmüller, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment
of the requirements for the degree of

Master of Arts (MA)

Wien, 2017 / Vienna 2017

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears
on the student record sheet:

A 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears
on the student record sheet:

Politikwissenschaft

Betreut von / Supervisor:

Univ. Prof. Dr. Dieter Segert

*Ich danke meinen Eltern dafür, dass sie mir ein Studium
frei von finanziellen Sorgen ermöglicht haben.*

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	1
2	Theoretischer Zugang.....	3
2.1	Europäisierung.....	3
2.1.1	Theoretische Grundlage: Integrationstheorien.....	3
2.1.2	Definitionen der Europäisierung.....	6
2.2	Europäisierung in Kandidatenländern.....	10
2.2.1	Europäisierung 'Ost' und 'West'?.....	10
2.2.2	Funktionsweisen der Europäisierung von Kandidatenländern.....	11
2.2.3	Ablauf und Inhalt des Beitrittsprozesses.....	16
2.2.4	Europäisierung in der vorliegenden Arbeit.....	19
2.3	Einstellungen zur Europäischen Union.....	21
2.3.1	Euroskeptizismus in der Bevölkerung.....	24
2.3.2	Gründe für Euroskeptizismus auf individueller Ebene.....	27
2.3.3	Parteiengetriebener Euroskeptizismus.....	30
2.4	Europäisierungsskeptizismus.....	34
3	Analytischer Teil.....	35
3.1	Methodologisches Vorgehen.....	35
3.2	Serbien und der EU-Erweiterungsprozess.....	38
3.2.1	Die EU-Erweiterungsstrategie am Westbalkan.....	38
3.2.2	Chronologie der EU-Annäherung Serbiens.....	42
3.3	Die Positionen der serbischen Regierungsparteien zur Europäisierung.....	45
3.3.1	Demokratische Partei (DS).....	49
3.3.2	G17 Plus/ Vereinte Regionen Serbiens (URS).....	54
3.3.3	Demokratische Partei Serbiens (DSS).....	55
3.3.4	Sozialistische Partei Serbiens (SPS).....	59
3.3.5	Serbische Radikale Partei (SRS) und Serbische Fortschrittspartei (SNS)...	61
3.3.6	Positionen der Parteien gegenüber der EU.....	68
3.3.7	Phasen der Europäisierung.....	70

3.4	Die Einstellung der serbischen Bevölkerung zur Europäisierung.....	74
3.4.1	Europäisierungsskeptische Tendenzen.....	74
3.4.2	Drei Hypothesen.....	78
3.4.3	Schlechte wirtschaftliche Perspektive.....	81
3.4.4	Bedingungen der EU.....	84
3.4.5	Russland als geopolitische Alternative.....	86
3.4.6	Auswirkungen auf den Beitrittsprozess.....	89
4	Schlussfolgerungen.....	93
4.1	Resümee.....	93
4.2	Ausblick.....	97
5	Quellenverzeichnis.....	100
5.1	Literatur.....	100
5.2	Primärquellen und Medienberichte.....	106
6	Anhang.....	114
6.1	Abstract.....	114
6.1.1	Deutsch.....	114
6.1.2	Englisch.....	114
6.2	Lebenslauf.....	115

Grafikverzeichnis

Tabelle 1: Modelle der Europäisierung.....	12
Tabelle 2: Typisierung von Parteien bezüglich EU und europäischer Integration.....	31
Tabelle 3: Position zur Europäisierung.....	35
Tabelle 4: Position der wichtigsten Regierungsparteien zur Europäisierung.....	68
Tabelle 5: Die Phasen der Europäisierung.....	73
Tabelle 6: Einstellung zur EU-Mitgliedschaft.....	76
Tabelle 7: Einstellung zur EU.....	77
Tabelle 8: Wirtschaftliche Kennzahlen.....	83

Abkürzungsverzeichnis

Art.	= Artikel
Anm.	= Anmerkung
BEI	= Büro für Europäische Integration
BIP	= Bruttoinlandsprodukt
bspw.	= beispielsweise
bzw.	= beziehungsweise
ca.	= circa
d.h.	= das heißt
DOS	= Demokratska opozicija Srbije (Demokratische Opposition Serbiens)
DS	= Demokratska stranka (Demokratische Partei)
DSS	= Demokratska stranka Srbije (Demokratische Partei Serbiens)
EEA	= Einheitliche Europäische Akte
EG	= Europäische Gemeinschaft
EGKS	= Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
eig. Übers.	= eigene Übersetzung
EK	= Europäische Kommission
etc.	= et cetera
EU	= Europäische Union
EuGH	= Europäischer Gerichtshof
EUV	= Vertrag über die Europäische Union
Hrsg.	= Herausgeber
ICTY	= International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia
IGH	= Internationaler Gerichtshof
IPA	= Instrument for Pre-Accession Assistance
LGBTI	= Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, Intersex

NATO	= North Atlantic Treaty Association
NGO	= Non-governmental organisation (Nichtregierungsorganisation)
Nr.	= Nummer
NS	= Nova Srbija (Neues Serbien)
PES	= Party of European Socialists
PS	= Pokret Socijalista (Bewegung der Sozialisten)
PUPS	= Partija ujedinjenih penzionera Srbije (Partei der vereinten Pensionisten Serbiens)
RS	= Republika Srpska
SAA	= Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen
SAP	= Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess
SDPS	= Socijaldemokratska Partija Srbije (Sozialdemokratische Partei Serbiens)
SFRJ	= Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien
SNS	= Srpska napredna stranka (Serbische Fortschrittspartei)
SPO	= Srpski Pokret Obnove (Serbische Erneuerungsbewegung)
SPS	= Socijalistička partija Srbije (Sozialistische Partei Serbiens)
u.a.	= und andere / unter anderem
URS	= Ujedinjeni regioni Srbije (Vereinte Regionen Serbiens)
usw.	= und so weiter
v.a.	= vor allem
vgl.	= vergleiche
WWU	= Wirtschafts- und Währungsunion
z.B.	= zum Beispiel
ZES	= Za evropsku Srbiju (Für ein europäisches Serbien)
zit. nach	= zitiert nach

1 Einleitung

In der vorliegenden Arbeit wird der EU-Integrationsprozess Serbiens untersucht. Die Forschungsfrage dabei lautet: Wie haben sich die Positionen der Regierungsparteien und die Einstellung der Bevölkerung zur Europäisierung seit dem Jahr 2000 entwickelt und aus welchen Gründen haben sie sich verändert? Zudem wird versucht zu erklären, wie sich diese Veränderung auf den EU-Beitrittsprozess Serbiens ausgewirkt hat. Ausgangspunkt ist dabei die Überlegung, dass sich die Kluft zwischen der Exekutive und den Bürgerinnen und Bürgern Serbiens vergrößert, was hinsichtlich des Beitritts problematisch sein könnte.

Im Jahr 2000 musste Slobodan Milošević, der Serbien mehr als ein Jahrzehnt lang regiert hatte, nach tagelangen Massenprotesten zurücktreten und das EU-freundliche Bündnis Demokratische Opposition Serbiens (DOS) kam wenig später an die Macht. Die Europäische Union (EU) stellte Serbien die Mitgliedschaft in Aussicht und es schien, als hätte das Land die Schrecken der 90er Jahre hinter sich gelassen und den Weg der EU-Integration gewählt. In den folgenden Jahren gestaltete sich der Annäherungsprozess aber oft schwierig, da bestimmte, für einen Beitritt notwendige Bedingungen von Serbien nicht erfüllt wurden. Mittlerweile kämpft auch die EU mit multiplen Krisen und die Beitrittsperspektive verblasst allmählich.

Der Erweiterungsprozess wird aus der Perspektive der Europäisierungstheorie betrachtet und die Einstellung der Regierungsparteien und der Bevölkerung im Licht der Debatte über Euroskeptizismus untersucht. Um die Position der Parteien zu beschreiben, werden bereits vorhandene Literatur, Aussagen hochrangiger Funktionärinnen und Funktionäre, sowie Parteiprogramme herangezogen. Die Einstellung der Bevölkerung kann aus repräsentativen Umfragen abgelesen werden. Diese enthalten auch Fragen zu den Motiven, was ebenfalls in die Untersuchung einbezogen wird. Für weiterführende Informationen wurden zwei Experteninterviews geführt: zum einen mit Dr. Vedran Džihic vom Österreichischen Institut für Internationale Politik und zum anderen mit Dr. Ksenija Crnomarković von der Universität Jena, deren Einschätzungen in die vorliegende Arbeit eingeflossen sind.

Da die EU eine Fülle von Forderungen an Serbien stellt, die nicht alle einbezogen werden können, wird die Position der Parteien anhand zweier Themen abgelesen, die sich als besonders brisant erwiesen haben und im politischen Diskurs Serbiens stark mit

dem Beitritt verknüpft werden: die Statusfrage des Kosovo und die Kooperation mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY). Zudem beschränkt sich die Analyse auf die wichtigsten Regierungsparteien, nämlich DS, G17 Plus (später URS), DSS, SPS, SNS, und zusätzlich die SRS (die nach 2000 an keiner Regierung beteiligt war). Um zu erklären, warum sich die Einstellung der Bevölkerung geändert hat, werden Hypothesen gebildet und auf ihre Plausibilität geprüft. Detailliertere Untersuchungen würden vollen Zugang zu den Umfrageergebnissen oder das Durchführen eigener Interviews in Serbien voraussetzen.

Der theoretische Teil widmet sich den Anfängen der Europäisierungsdebatte und den Besonderheiten der Europäisierung in den jeweiligen Kandidatenländern. Darauf folgt eine Kritik des Konzepts und seine Ergänzung um Einsichten aus der Debatte über Euroskeptizismus. Dieser Begriff wird sowohl zur Beschreibung der Einstellung der Parteien als auch von Individuen verwendet.

Im analytischen Teil wird zunächst die Erweiterungsstrategie der EU und der chronologische Ablauf des Annäherungsprozesses Serbiens dargestellt. Daran anschließend wird die Fokussierung auf die Themen Kosovo und ICTY erklärt und die Haltung der wichtigsten Regierungsparteien zur EU-Mitgliedschaft anhand dieser untersucht. Es folgt eine Einordnung der Parteien in das entwickelte theoretische Raster, sowie das Herausarbeiten verschiedener Phasen der Europäisierung.

In den Kapiteln über die Einstellung der Bürgerinnen und Bürger zum EU-Beitritt werden die Umfragedaten graphisch dargestellt und interpretiert. Daran anschließend werden drei Hypothesen diskutiert, mithilfe derer die euroskeptischen Tendenzen in der Bevölkerung erklärt werden können.

Im Resümee wird die Forschungsfrage beantwortet und ein Ausblick auf mögliche Szenarien gegeben.

2 Theoretischer Zugang

2.1 Europäisierung

2.1.1 Theoretische Grundlage: Integrationstheorien

Die Debatte über Europäisierung hat ihren theoretischen Anknüpfungspunkt in den Bemühungen, die europäische Integration seit dem zweiten Weltkrieg zu beschreiben und zu erklären. Der Ausgangspunkt war damals die Frage, warum supranationale Institutionen gebildet werden und es zu einem *pooling* nationaler Kompetenzen kommt. In einer ersten Phase, die bis Mitte der 80er Jahre dauerte, konnte sich der Neofunktionalismus gegen seinen Vorgänger, den Funktionalismus, und den Föderalismus durchsetzen. Allerdings wurde er später selbst durch den Intergouvernementalismus in Frage gestellt, sowie auch durch marxistische Theorien der europäischen Integration.

Das neofunktionalistische Paradigma wurde federführend von Ernst B. Haas entwickelt, der Ende der 50er versuchte, die Integrationslogik der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) theoretisch zu untersuchen. Die Entwicklung solcher Strukturen wurde dabei als Prozess gesehen, der vom sogenannten *spill-over* Effekt getrieben wird. Da sich die Integration als nützlich erweist, setzt sich der Prozess fort und breitet sich auf weitere Bereiche aus.

Das Aufkommen des Intergouvernementalismus war eng verbunden mit einer Krisenerscheinung der Integration, nämlich der sogenannten Politik des leeren Stuhls unter dem französischen Präsidenten Charles de Gaulle. Dadurch verschob sich das Erkenntnisinteresse auf die Frage, warum der Prozess der Vergemeinschaftung zu einem Halt gebracht worden war. Zur Beantwortung rückten die Nationalstaaten ins Zentrum der Analyse, da diese aus intergouvernementalistischer Sicht nicht auf ihre Souveränität verzichten wollten, z.B. im Bereich der Außen- und Verteidigungspolitik. Ein solcher Verzicht war nur im Bereich technischer und administrativer Fragen, den sogenannten *low politics* möglich, nicht aber im Bereich der vitalen Interessen eines Staates (*high politics*).

Die zweite Phase ab Mitte der 80er Jahre war in politischer Hinsicht gekennzeichnet durch große Integrationsprojekte, wie die Einheitliche Europäische Akte (EEA) und die

Schaffung eines Binnenmarkts innerhalb der Europäischen Gemeinschaft (EG). Parallel dazu nahm auch die theoretische Debatte wieder an Fahrt auf und knüpfte an vorangegangene Theorien an. So war der *spill-over* Effekt auch vom Supranationalismus aufgegriffen worden, allerdings unter stärkerer Hervorhebung der supranationalen Ebene. Der liberale Intergouvernementalismus, der eng mit dem Namen Andrew Moravcsik verbunden ist, beschränkte sich, im Unterschied zu seinem Vorgänger, auf ökonomische Interessen, um die Präferenzen der Nationalstaaten zu erklären.

In Form des Neo-Gramscianismus wurden auch marxistische Ansätze weiterentwickelt. Neben Klassenkämpfen und krisenhafter Kapitalakkumulation wurde aus neogramscianischer Sicht die Rolle transnationaler Kräfte stark betont.

Ab Ende der 90er Jahre kam es zu einem Perspektivenwechsel: Die Frage nach den Gründen für die Integration rückte in den Hintergrund und neue Ansätze versuchten stattdessen die Funktionsweise der Europäischen Union zu ergründen. Eine der Erklärungen war z.B. das Modell der *multi-level governance*, das Netzwerke zur Erklärung der *policy outcomes* im europäischen System heranzieht.¹ Ein anderes Konzept, das einen neuen Blickwinkel ermöglichte, war die Europäisierung, wo zunächst „vermehrt die Rückwirkungen der Integration auf die nationalen Politiken und Politikstile in den Blick genommen“² wurden. Bereits in den 80er Jahren wurden erste Artikel aus der Perspektive der Europäisierung in Journalen veröffentlicht, die im Social Science Citation Index aufgelistet sind. Gegen Ende der 90er und Anfang der 2000er Jahre stieg die Zahl der Veröffentlichungen merklich an.³

Mit dem Ende des Kalten Krieges gewann in der theoretischen Diskussion über die EU aber auch die Erweiterung an Bedeutung. In der vierten Erweiterungsrunde seit ihrem Bestehen traten 1995 drei Mitglieder der European Free Trade Association (EFTA) der EU bei, nämlich Finnland, Schweden und Österreich. Im Rahmen der fünften Erweiterungsrunde im Jahr 2004 traten Malta und Zypern bei, sowie die acht postsozialistischen Staaten Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Estland, Lettland und Litauen.

Die theoretische Debatte war anfänglich, wie der Streit zwischen Supranationalismus

1 Bieling, Hans-Jürgen/ Lerch, Marika: Theorien der europäischen Integration: ein Systematisierungsversuch; In: Bieling, Hans-Jürgen/ Lerch, Marika (2005): Theorien der europäischen Integration, 1. Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 25-29.

2 Ebenda, S. 29.

3 Featherstone, Kevin: Introduction: In the Name of 'Europe'; In: Featherstone, Kevin/ Radaelli, Claudio M. (Hrsg.) (2003): The Politics of Europeanization, 1. Auflage, Oxford University Press, Oxford, S. 5.

und Intergouvernementalismus zeigt, eher auf die Integration im Sinne des *deepening* fokussiert. Themen waren folgerichtig die Einheitliche Europäische Akte (EEA), die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), sowie die rechtliche Integration. Mit der Verdoppelung der Mitgliedsstaaten der EU durch die vierte und fünfte Erweiterungsrunde wurde dem *widening*, also der territorialen Expansion der Gemeinschaft, mehr Aufmerksamkeit geschenkt.⁴

Frank Schimmelfennig und Ulrich Sedelmeier unterscheiden folgende Dimensionen der Erweiterung: „(1) applicants' enlargement politics, (2) member state enlargement politics, [...] (3) EU enlargement politics [...] (4) the impact of enlargement, i.e., the effect of these formal acts of horizontal institutionalization.“⁵ Es geht also um die Frage, warum Nichtmitglieder beitreten wollen (oder der Beitritt scheitert), wie sich dabei die Präferenzen der Mitgliedsstaaten formieren, welche Rolle die EU selbst spielt und ob sie autonom von ihren Mitgliedern handelt und wie sich der Beitritt auf die Mitgliedsstaaten und Beitrittsaspiranten auswirkt, also ob und wie Normen, Verhaltensweisen, etc. übernommen werden.

Die Antworten darauf wurden hauptsächlich von zwei konkurrierenden Denkschulen aus dem Gebiet der Internationalen Beziehungen geliefert, nämlich rationalistischem und konstruktivistischem Institutionalismus.⁶ Unter dem erstgenannten Ansatz wird eine rationale Abwägung von Kosten und Nutzen verstanden, die die Einstellung der Akteure zur Erweiterung prägt. In dem zweitgenannten, der auch als soziologischer Ansatz bezeichnet wird, geht es anstelle von materiellen Gewinnen um Kategorien wie Identität, Kultur und Werte. Die Erweiterung hängt demzufolge davon ab, inwieweit diese Faktoren von Mitgliedern und Nichtmitgliedern geteilt werden.

In den heutigen Debatten um den Begriff der Europäisierung spiegelt sich genau dieser grundsätzliche Streit zwischen rationalistischem und konstruktivistischem Institutionalismus wider (siehe 2.2.2).

4 Schimmelfennig, Frank/ Sedelmeier, Ulrich: The Politics of EU Enlargement – Theoretical and Comparative Perspectives; In: Schimmelfennig, Frank/ Sedelmeier, Ulrich (Hrsg.) (2005): The Politics of European Union Enlargement – Theoretical Approaches, 1. Auflage, Routledge, London/ New York, S. 3-4.

5 Ebenda, S. 6.

6 Ebenda, S. 9-11, 17-18.

2.1.2 Definitionen der Europäisierung

Eine der ersten Definitionen des Begriffs Europäisierung stammt von Robert Ladrech: „[Europeanization is, *Anm. MS*] a process reorienting the direction and shape of politics to the degree that EC political and economic dynamics become part of the organizational logic of national politics and policy-making“⁷. Im Zentrum dieser Definition steht die oben erwähnte Rückwirkung auf die nationalen politischen Systeme und Politiken der Mitgliedsstaaten. Nicht berücksichtigt sind hingegen die Veränderungen der Institutionen und des Zusammenspiels von Akteuren auf der EU⁸-Ebene selbst.

Trotz zunehmender Verwendung war das Konzept der Europäisierung auch in seiner Frühphase umstritten. Die Kritiker und Kritikerinnen meinten, es sei inhaltlich zu vage und würde oft nur ad-hoc für die Zwecke eines Untersuchungsgegenstandes definiert, weshalb kaum die Möglichkeit zur Verallgemeinerung gegeben sei. Zudem gebe es keine allgemein – oder zumindest von einer Mehrheit der Forscher und Forscherinnen – anerkannte Definition.

Dagegen wurde eingewendet, dass es noch zu früh sei, das Konzept wieder zu verwerfen, weil es noch in den Kinderschuhen stecke und noch gar keine Systematisierungsversuche unternommen worden seien.⁹ Johan P. Olsen machte darauf aufmerksam, dass es nicht *die* Europäisierung gibt und unternahm einen vielzitierten Versuch, die verschiedenen Phänomene, die unter dem Begriff Europäisierung zusammengefasst wurden, analytisch zu trennen. Dabei ist interessant, dass er darunter nicht ausschließlich die Untersuchung der Rückwirkungen auf nationale Systeme versteht. Auch Aspekte der europäischen Integration, bspw. die Erweiterung oder die Bildung supranationaler Institutionen subsumiert er unter diesem Begriff. Folgende fünf Punkte werden genannt:

(1.) „Changes in external boundaries“¹⁰:

Darunter versteht Olsen die Ausdehnung der territorialen Reichweite europäischer (gemeint sind v.a. EU-) Normen, bspw. durch Erweiterung.

(2.) „Developing institutions at the European level“¹¹:

7 Ladrech, Robert (1994): The Europeanization of Domestic Politics and Institutions: The Case of France; In: Journal of Common Market Studies, Nr. 32 (1), S. 69.

8 Manche Aussagen beziehen sich nicht nur auf die EU, sondern auch auf die EG. Der Einfachheit halber, wird in diesen Fällen dem Begriff EU der Vorzug gegeben.

9 Olsen, Johan P. (2002): The Many Faces of Europeanization; In: Journal of Common Market Studies, Nr. 40 (5), S. 921-923.

10 Ebenda, S. 923.

11 Ebenda, S. 923.

Bezeichnet die Bildung supranationaler Institutionen, die bindend entscheiden und Sanktionen aussprechen können.

(3.) „Central penetration of national systems of governance“¹²:

Dies bedeutet die Anpassung nationaler Systeme und ihrer Subsysteme an europäische Regelungen.

(4.) „Exporting forms of political organization“¹³:

Dabei werden spezifisch europäische Verhaltensmuster und Formen der *governance* außerhalb Europas kopiert.

(5.) „A political unification project“¹⁴

Bedeutet die Schaffung eines politisch einheitlichen Europas.

Problematisch ist in dieser Definition – wie auch in zahlreichen anderen Publikationen – die Gleichsetzung von Europäischer Union und Europa. Obwohl in erster Linie die EU untersucht wird, ist doch nicht von EU-isierung die Rede. Zu Recht weist der Artikel auf europäische Staaten hin, die nicht Mitglied der EU sind, sowie auf von der EU verschiedene europäische Organisationen. Beispielhaft genannt sei hier nur der Anpassungsdruck, der vom Europarat und seinem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) ausgeht. Der Fokus von Europäisierung auf Prozesse, die im Zusammenhang mit der EU stehen, wird meistens mit der überragenden Bedeutung der Union für ihre Mitgliedsstaaten begründet, die die Relevanz anderer Organisationen übersteigt.¹⁵ Diese Ansicht wird von vielen Autoren und Autorinnen stillschweigend oder explizit geteilt.

Allerdings geht mit dieser Gleichsetzung eine gewisse Gefahr einher. Es kann irreführend sein, von europäischen Normen zu sprechen wenn EU-Normen gemeint sind, so wie Olsen das tut. Im Unterschied zum Begriff Europäisierung, der einen Fachterminus darstellt und hauptsächlich in akademischen Debatten verwendet wird, ist das Wort europäisch ein alltäglicher Begriff, der nicht ausschließlich von der EU vereinnahmt werden sollte. Daher werde ich mich in den nachfolgenden Ausführungen um eine möglichst klare Unterscheidung dieser Begriffe bemühen.

Eine der umfassendsten und in zahlreichen Publikationen zitierte Definition der Europäisierung stammt von Claudio M. Radaelli. Er versteht darunter:

12 Ebenda, S. 923.

13 Ebenda, S. 924.

14 Ebenda, S. 924.

15 Ebenda, S. 926-927.

„Processes of (a) construction, (b) diffusion, and (c) institutionalization of formal and informal rules, procedures, policy paradigms, styles, 'ways of doing this', and shared beliefs and norms which are first defined and consolidated in the making of EU public policy and politics and then incorporated in the logic of domestic discourse, identities, political structures, and public policies.“¹⁶

Anstatt wie Olsen Phänomene zu benennen, schreibt Radaelli, dass unter Europäisierung bestimmte Prozesse zu verstehen seien. Zunächst bilden sich auf EU-Ebene Normen, Verhaltensweisen, etc. heraus, die in einem zweiten Schritt in die nationalen politischen Systeme eingebettet werden. Von der EU definierte oder geprägte Vorgaben erzeugen also einen Anpassungsdruck in den Nationalstaaten, und zwar in allen drei Bereichen der klassischen politikwissenschaftlichen Begriffstrias: *policy*, *politics* und *polity*. Man kann schon an der Formulierung ablesen, dass die Ergebnisse dieser Einbettung nicht überall gleich sind, sondern von den jeweiligen nationalen Kontexten abhängen.

Zumindest das erste, dritte und vierte der von Olsen genannten Phänomene wird auch von Radaellis Definition umfasst. Fraglich ist dies bei den Elementen (2) und (5), also der Bildung supranationaler Institutionen und dem politischen Einigungsprojekt, welche die Ausgestaltung der EU selbst betreffen. Dies verdeutlicht, dass der oben angesprochene Perspektivenwechsel nun vollzogen ist. Während die Integrationstheorien als Kernthema den Einigungsprozess sahen, konzentriert sich Radaelli nun ausschließlich auf von der EU ausgehende Rückwirkungen wenn er schreibt: „Europeanization is not political integration“¹⁷.

Aus den folgenden Ausführungen geht allerdings hervor, dass hier Integration im Sinne des *deepening*, also der Bildung supranationaler Institutionen gemeint ist, Integration im Sinne des *widening* hingegen nicht ausgeschlossen wird. Radaellis Definition ist weit gefasst, an Stelle des Wortes Mitgliedsstaat spricht er von „domestic“. Dieser feine Unterschied erlaubt es, die Definition nicht nur auf die Transformation eines Mitgliedsstaates zu beziehen, sondern auch auf Beitrittskandidaten.

Die verschiedenen Definitionen verdeutlichen, was unter dem Begriff verstanden werden kann, beantworten allerdings noch nicht die Frage, wie Europäisierung funktioniert, also wer oder was sie auslöst, vorantreibt und begrenzt. Die Logik von Europäisierungsprozessen hängt vom Untersuchungsgegenstand ab und häufig beziehen

16 Radaelli, Claudio M.: The Europeanization of Public Policy; In: Featherstone, Kevin/ Radaelli, Claudio M. (Hrsg.) (2003): The Politics of Europeanization, 1. Auflage, Oxford University Press, Oxford, S. 30.

17 Ebenda, S. 33.

sich Erkenntnisse auf einen bestimmten Aspekt, sind aber nicht auf alle anderen Sektoren, Akteure, usw. übertragbar. Um einer ausufernden Darstellung zahlreicher Erscheinungsformen der Europäisierung in unterschiedlichen Bereichen vorzubeugen, wird die Funktionslogik der Europäisierung nur in Bezug auf die EU-Erweiterung dargestellt, die das eigentliche Kernthema der Arbeit ist. Zuvor soll aber noch auf einen wichtigen Aspekt eingegangen werden, nämlich die Debatte zwischen *top-down* und *bottom-up* Konzeptionen.

In den Definitionen Ladrechts und Radaellis werden von der EU ausgehende Impulse von den nationalen Systemen aufgenommen und verarbeitet, das heißt die Autoren sehen Europäisierung als *top-down* Prozess. Tanja Börzel kritisiert diese Simplifizierung und schreibt, dass die Mitgliedsstaaten – und hier insbesondere die nationalen Regierungen – nicht nur *takers* sondern auch *shapers* der Veränderungen sind, die von der EU ausgehen.

Die nationalen Regierungen stehen dabei unter einem zweifachen Druck: Einerseits sind sie Institutionen wie dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) und der Europäischen Kommission verantwortlich in Hinsicht auf die Implementierung von EU-Normen. Andererseits stehen sie unter dem Druck nationaler, wirtschaftlicher, sozialer und anderer Interessensvereinigungen. Daher versuchen die Regierungen, die Adaptionkosten auf der nationalen Ebene möglichst niedrig zu halten, indem sie ihre Politikpräferenzen, die wiederum den bereits bestehenden nationalen Regelungen nahe kommen, auf die EU-Ebene hochladen. Sich widersprechende Politikpräferenzen entstehen aufgrund unterschiedlicher Niveaus und unterschiedlicher Strukturen staatlicher Regulierung in den Mitgliedsstaaten.¹⁸

Dieses Modell geht also nicht von einer unidirektionalen Europäisierung aus, wie die meisten bis dahin erschienen Beiträge, sondern sieht den Europäisierungsprozess als Kreislauf, in dem die nationalen Politikpräferenzen und die EU-Institutionen inklusive ihrer Regelungen sich gegenseitig beeinflussen.

18 Börzel, Tanja (2003): Shaping and Taking EU Policies: Member State Responses to Europeanization; In: Queen's Papers on Europeanisation, Nr. 2, Queen's University, Belfast, S. 3-5.

2.2 Europäisierung in Kandidatenländern

2.2.1 Europäisierung 'Ost' und 'West'?

Nachdem sich die Europäisierungsdebatte zunächst auf Mitgliedsstaaten beschränkte, etablierte sich mit der vierten (1995) und insbesondere der fünften EU-Erweiterung (2004) die Europäisierung von Kandidatenländern als eigenständiges Untersuchungsfeld.¹⁹

Um Annahmen über den Verlauf der Europäisierung in Serbien treffen zu können, liegt es nahe, die Literatur zur Europäisierung in den heutigen EU-Mitgliedsstaaten Ostmittel- und Südosteuropas heranzuziehen. Die Beitrittsverhandlungen mit den zehn Staaten, die 2004 im Rahmen der fünften Erweiterungsrunde der EU beitraten, begannen in den Jahren 1998 (Estland, Polen, Tschechien, Ungarn, Slowenien und Zypern) bzw. 2000 (Lettland, Litauen, Slowakei, Malta).²⁰ In den darauffolgenden Jahren stieg daher auch das akademische Interesse für Europäisierungsprozesse in diesen Ländern an. Manche Autoren konstatierten beträchtliche Unterschiede zwischen der Europäisierung in „Ost-“ und in „Westeuropa“:

„[T]he focus on a wide scope of policies (East) as opposed to a more narrow focus (West), the importance of institutional expectations (East) as opposed to the rarity of institutional requirements (West), the one-way street of influence vis-a-vis EU policies (East) as opposed to a two-way street of influencing as well as being influenced (West), and the relative frequency of routine implementation controls (East) as opposed to their relative infrequency (West)“²¹

Allerdings ergaben sich diese Unterschiede nicht aus dem hier in den Vordergrund gestellten Gegensatz zwischen Ost und West, sondern viel mehr aus den unterschiedlichen Einflussmöglichkeiten der EU auf ihre Mitgliedsstaaten einerseits, sowie auf die Kandidatenländer andererseits (siehe übernächster Absatz). Des Weiteren waren die Startbedingungen für die Europäisierung in den osteuropäischen Beitrittskandidatenländern andere als in den westeuropäischen.

19 Sedelmeier, Ulrich (2011): Europeanisation in New Member and Candidate States; In: Living Reviews in European Governance, Nr. 6 (1), S. 5.

20 Laursen, Finn: EU Enlargement – Issues and Policy Developments; In: Laursen, Finn (Hrsg.) (2014): EU Enlargement – Current Challenges and Strategic Choices, P.I.E. Peter Lang, Brüssel/ Bern/ u.a., S. 26-27.

21 Héritier, Adrienne: Europeanization Research East and West: A Comparative Assessment; In: Schimmelfennig, Frank/ Sedelmeier, Ulrich (Hrsg.) (2005): The Europeanization of Central and Eastern Europe, 1. Auflage, Cornell University Press, New York, S. 208.

In den 2004, 2007 und 2013 beigetretenen Staaten (ausgenommen Malta und Zypern) fiel die Europäisierung mit der Transformation zu Demokratie und Marktwirtschaft zusammen. Aus dieser Gleichzeitigkeit ergaben sich nicht nur praktische Schwierigkeiten in den Ländern selbst, sondern auch das Problem, wie diese Prozesse und der Prozess der Europäisierung analytisch auseinandergehalten werden sollten. Zwar handelte es sich – wie Adrienne Héritier schreibt – um unterschiedliche Phänomene, jedoch verstärkte und beschleunigte die EU nicht nur die Europäisierung, sondern auch die anderen Transformationsprozesse. Die Mehrzahl der bis 2004 beigetretenen westeuropäischen Staaten hingegen waren schon vor ihrem EU-Beitritt entwickelte Demokratien und Marktwirtschaften. Die skandinavischen Länder lösten sogar eine Debatte über die (niedrige) Transparenz der EU-Institutionen aus. Es kam in diesem Fall also, wenn überhaupt, zu einem demokratiepolitischen *upload* seitens der neuen Mitglieder.

Die Europäisierung der Beitrittskandidaten hingegen ist eine „Einbahnstraße“, da es den Kandidatenländern kaum gelingt ihre Politikpräferenz auf die EU-Ebene hochzuladen. Außerdem stehen diese im Unterschied zu den (meisten) Mitgliedsstaaten unter permanenter Beobachtung der Kommission, die über Fortschritte oder das Ausbleiben ebensolcher Berichte verfasst.

Insgesamt waren die Staaten Ostmittel- und später Südosteuropas also einem hohen Anpassungsdruck ausgesetzt, da sie Gefahr liefen, bei Nichtumsetzung des *acquis communautaire* nicht in den Genuss der Mitgliedschaft zu kommen. Die Europäisierung in den Mitgliedsstaaten (und insbesondere den Gründungsstaaten) hingegen verlief sanfter, da es neben positiven Anreizen nur schwache und sektoral begrenzte Sanktionen gab (bspw. den Entzug von Finanzmitteln).²²

2.2.2 Funktionsweisen der Europäisierung von Kandidatenländern

Frank Schimmelfennig und Ulrich Sedelmeier setzen Europäisierung mit der Übernahme von EU-Normen gleich und unterscheiden drei Modelle in den Staaten Osteuropas: „external incentives model“, „social learning model“ und „lesson-drawing model“ (siehe Tabelle 1). Während die beiden Ersteren von der EU vorangetrieben werden, basiert

²² Héritier, Adrienne: Europeanization Research East and West: A Comparative Assessment; In: Schimmelfennig, Frank/ Sedelmeier, Ulrich (Hrsg.) (2005): The Europeanization of Central and Eastern Europe, 1. Auflage, Cornell University Press, New York, S. 204-208.

Letzteres auf der Initiative der Beitrittskandidaten. Des Weiteren unterscheiden sich die beiden ersten Modelle hinsichtlich ihrer Logik der Normenübernahme. Das „external incentives model“, dessen Funktionsweise oft mit dem Stichwort Konditionalität bezeichnet wird, beruht auf der „logic of consequences“ (und somit auf rationalistischen Überlegungen), während das „social learning model“ auf der „logic of appropriateness“²³ (und somit auf konstruktivistischen Überlegungen) basiert.

	EU-driven	CEEC-driven
Logic of consequences	External incentives model	Lesson-drawing model
Logic of appropriateness	Social learning model	

Tabelle 1: Modelle der Europäisierung; Quelle: Schimmelfennig, Frank/ Sedelmeier, Ulrich: Introduction: Conceptualizing the Europeanization of Central and Eastern Europe; In: Schimmelfennig, Frank/ Sedelmeier, Ulrich (Hrsg.) (2005): The Europeanization of Central and Eastern Europe, Cornell University Press, Ithaca/ London, S. 8.

In der Darstellung von Schimmelfennig und Sedelmeier liegt der Schwerpunkt auf dem Modell der externen Anreize, welches auch als das in der Literatur dominierende Erklärungsmuster für Europäisierung in Kandidatenländern bezeichnet werden kann. In diesem, in der Denktradition des rationalistischen Institutionalismus stehenden Modells, verhandeln zwei rationale Akteure miteinander, deren Macht asymmetrisch verteilt ist, nämlich die EU und der Beitrittskandidat. Aufgrund eines besseren Zugangs zu Informationen und weil die EU auf den Beitritt weniger angewiesen ist als umgekehrt, ist sie der stärkere Teil. Deswegen kann sie Forderungen an ihren Verhandlungspartner stellen, die eine Belohnung zur Folge haben, sofern sie erfüllt werden. Wenn aus Sicht des Beitrittskandidaten das Ausmaß der Belohnung die Kosten der Normenübernahme übersteigt, entsteht ein Anreiz die Regelungen der EU zu implementieren.

Werden die Forderungen nicht erfüllt, so gibt es keine Belohnung, aber auch keine Bestrafung. Aus dieser Sicht ist also das vielzitierte Bild von Zuckerbrot und Peitsche (bzw. auf Englisch: *a carrot and a stick*) nicht zutreffend, denn es gibt nur Zuckerbrot, aber keine Peitsche. In einer Situation, in der die politischen Kosten für den Beitrittskandidaten größer sind als das Ausmaß der Belohnung, kommt die Europäisierung zum Stillstand, da ein Anreiz für die Implementierung von Normen fehlt.

²³ Schimmelfennig, Frank/ Sedelmeier, Ulrich: Introduction: Conceptualizing the Europeanization of Central and Eastern Europe; In: Schimmelfennig, Frank/ Sedelmeier, Ulrich (Hrsg.) (2005): The Europeanization of Central and Eastern Europe, 1. Auflage, Cornell University Press, Ithaca/ London, S. 9-10.

Eine weitere Frage betrifft die (ver)handelnden Akteure. Auf der Seite des Beitrittskandidaten ist das primär die nationale Regierung, es kann sich aber auch um von ihr verschiedene politische, wirtschaftliche oder andere Akteure handeln. Sofern von der Regierung verschiedene, nationale Akteure einen Nutzen durch die Umsetzung einer bestimmten Norm erwarten, kann sich das Machtgleichgewicht innerhalb des Landes zu ihren Gunsten verschieben, wodurch sie selbst zur treibenden Kraft der Normenübernahme werden. Dabei darf man aber nicht vergessen, dass letztendlich trotzdem die nationale Regierung über die (Nicht-)Umsetzung von Forderungen entscheidet, denn zumindest formal ist sie zuständig.²⁴ Auf Seiten der EU führt die Europäische Kommission die Verhandlungen. Für alle größeren Schritte, z.B. die Eröffnung der Verhandlungen, braucht sie aber die Zustimmung des Europäischen Rats und für den Abschluss der Verhandlungen auch die Zustimmung weiterer Organe.²⁵

Das von der Spieltheorie inspirierte Modell der Beitrittskonditionalität ist stark abstrahierend und es ist fraglich, ob sich damit die Komplexität der Verhandlungen abbilden lässt. Jedenfalls stellt sich eine entscheidende Anschlussfrage, die in der Realität schwer zu beantworten ist: Wann übersteigt der Nutzen die Kosten? Laut Schimmelfennig und Sedelmeier hängt dies von vier Faktoren ab:

- „the determinacy of conditions,
- the size and speed of rewards,
- the credibility of threats and promises, and
- the size of adoption costs.“²⁶

Die Begriffe Kosten und Nutzen sind aber auch deshalb problematisch, weil es schwierig ist zu bestimmen, was darunter überhaupt zu verstehen ist. Nutzen muss nicht im strikt finanziellen Sinn verstanden werden, sondern kann sich auch im Erschließen neuer Wählerschichten oder der Verbesserung des Koalitionspotenzials einer Partei äußern.

Abgesehen von der Konditionalität gibt es weitere Modelle, die das Verhalten der Kandidatenländer erklären: „[A]ccording to the social learning model, the likelihood of rule adoption increases with legitimacy of rules and procedures, identification, and

24 Schimmelfennig, Frank/ Sedelmeier, Ulrich: Ebenda, S. 10-12.

25 Homepage der Europäischen Kommission: Steps towards joining, https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/policy/steps-towards-joining_en, abgerufen am 7.12.2016.

26 Schimmelfennig, Frank/ Sedelmeier, Ulrich: Introduction: Conceptualizing the Europeanization of Central and Eastern Europe; In: Schimmelfennig, Frank/ Sedelmeier, Ulrich (2005): The Europeanization of Central and Eastern Europe, Cornell University Press, Ithaca/ London, S. 12.

domestic rule resonance.“²⁷ Diese Überlegung steht in der Tradition des konstruktivistischen Institutionalismus und bedeutet, dass ein Beitrittskandidat Regeln umsetzt, wenn er von der EU überzeugt wurde, dass sie angemessen für die Lösung eines Problems (*logic of appropriateness*) oder legitim sind. So wie beim Modell äußerer Anreize, gibt es auf Seiten des Beitrittsaspiranten nicht nur die nationale Regierung, sondern auch andere Akteure, die auf Impulse der EU reagieren. Je nachdem, ob diese Akteure von der EU überzeugt wurden, treiben sie die Normenübernahme voran oder blockieren diese.

Die Legitimität der EU-Forderungen hängt dabei von folgenden Faktoren ab:

- der Klarheit der Regeln,
- in welchem Ausmaß diese Regeln von den Grundprinzipien der Gemeinschaft abgeleitet sind,
- von der Legitimität des Prozesses, in dem die Regeln gemacht werden, eingeschlossen der Frage in welchem Ausmaß die Beitrittskandidaten die EU-Regeln mitbestimmen können,
- ob es einen internationalen Normenkonsens im fraglichen Bereich gibt, und
- ob Regeln nur für Beitrittskandidaten gelten, nicht aber für die Mitglieder der Gemeinschaft.

Mit dem im obigen Zitat verwendeten Begriff Identität ist gemeint, dass sich ein Beitrittskandidat mit der Union identifiziert und ihre Werte teilt, was Normenübernahme wahrscheinlicher macht. Eine (positive) Resonanz gibt es, wenn keine nationalen Regeln vorhanden sind, das nationale Regelungsregime gescheitert ist, oder sich EU-Regeln gut in die nationale Rechtstradition einfügen lassen.²⁸

Im Unterschied zu den beiden vorangegangenen Modellen initiieren beim *lesson-drawing* die Nichtmitglieder selbst die Normenübernahme. EU-Regeln dienen dabei als Inspiration oder werden gleich zur Gänze kopiert. Die Haupttriebfeder des *lesson-drawing* ist die Unzufriedenheit mit bzw. das Fehlschlagen von nationalen Politiken. Die Normenübernahme wird durch Kontakte zu Politikern und Politikerinnen oder Experten und Expertinnen aus Mitgliedsstaaten begünstigt, die *know-how* zur Verfügung stellen. Die Wahrscheinlichkeit der Implementation hängt davon ab, ob Regelungen auf das

²⁷ Ebenda, S. 20.

²⁸ Ebenda, S. 18-20.

Kandidatenland übertragbar sind (z.B. in institutioneller Hinsicht, aber genauso, ob sie in den politischen Diskurs passen) und ob es nationale Vetospieler gibt, welche die Implementation politisch kostspielig machen.

Da während des Beitrittsprozesses stets externe Anreize vorhanden sind, ist es schwierig die Übernahme einer bestimmten Norm dem *lesson-drawing* Modell zuzuordnen. Sogar wenn die Umsetzung gewisser Regeln unter dem Druck der Konditionalität steht, kann der ausschlaggebende Faktor für die Übernahme sein, dass der Beitrittskandidat die EU-Normen für besser geeignet hält als die eigenen. In manchen Fällen hat ein Nichtmitglied verschiedene Regelungsregime zur Auswahl, die bereits in anderen EU-Ländern existieren. Das *lesson-drawing* Modell bringt hier nationale Präferenzen als wesentlichen Faktor ein, um zu erklären, warum gerade das Regime eines bestimmten Landes kopiert wird.²⁹ Da in der vorliegenden Arbeit die Einstellung der Regierungsparteien anhand besonders relevanter EU-Forderungen untersucht wird, ist dieses Modell für die Analyse wenig brauchbar, denn es geht davon aus, dass das Kandidatenland selbst die Normenübernahme initiiert.

Hinsichtlich der Übernahme des rechtlichen Besitzstandes der EU trägt laut Schimmelfennig und Sedelmeier das Modell externer Anreize am meisten zur Erklärung bei. Die beiden anderen Modelle können nur Teilaspekte erklären, und zwar, warum die nationalen Widerstände gering sind und welche Regelungen Beitrittskandidaten übernehmen, wenn sie in der Umsetzung einen Spielraum besitzen. Auf die Übernahme demokratischer Prinzipien hingegen hatte die Konditionalität der EU – wie die Autoren selbst einräumen – kaum Einfluss. Hier waren die jeweiligen Ausgangspositionen entscheidend, z.B., dass nationale Regierungen fürchteten, ihre Machtbasis zu verlieren, wenn sie die EU-Forderungen hinsichtlich Demokratisierung erfüllen würden.³⁰

Jelena Subotić kritisiert eine hauptsächlich auf Konditionalität fokussierte Vorstellung von Europäisierung. Serbien ist ihr zufolge ein Beispiel für zum Stillstand gekommene Europäisierung, was aber nicht durch das Fehlen externer Anreize, sondern am ehesten durch Mechanismen des *social learning* Modell erklärt werden kann. Neben Kräften aus dem alten, autoritären Regime, welche die Europäisierung ablehnen, wurde der Beitrittsprozess dadurch behindert, dass die „europäische Idee“ nicht Teil der politischen Identität des Landes ist. „If the EU is considered a desirable aspiration group whose collective identity, values, and norms candidate states and societies already share [...]

29 Ebenda, S. 21-24.

30 Ebenda, S. 211.

the process of Europeanization will be easier and more complete.“³¹

Damit werden gleich zwei Probleme der Modelle von Schimmelfennig und Sedelmeier offengelegt. Erstens ist mit Europäisierung oft mehr gemeint als die bloße Implementierung des *aquis* und zweitens kommen die Bürgerinnen und Bürger in den Modellen höchstens indirekt vor. Es wird so getan, als könnten Exekutivorgane wie die nationalen Regierungen oder die Kommission losgelöst von der jeweiligen Bevölkerung entscheiden. Tatsächlich wird der Handlungsspielraum dieser Organe aber durch Euroskeptizismus immer mehr beschränkt (siehe 2.3.1).

2.2.3 Ablauf und Inhalt des Beitrittsprozesses

Im vorangegangenen Kapitel war auf abstrakter Ebene von EU-Normen und Anreizen die Rede. In diesem Abschnitt wird daher konkret auf die inhaltlichen Anforderungen und den Ablauf des Beitrittsprozess eingegangen.

Laut Artikel 49 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) kann jedes europäische Land, das die Grundwerte der Europäischen Union (im Sinne des Art. 2 EUV) teilt, einen Antrag auf Mitgliedschaft stellen:

„Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.“³²

Die Kriterien, die ein Land vor dem Beitritt erfüllen muss, wurden am Gipfel von Kopenhagen im Jahr 1993 von den Staats- und Regierungsspitzen der Union präzisiert. Erforderlich sind laut Europäischer Kommission:

- „stable institutions guaranteeing democracy, the rule of law, human rights and respect for and protection of minorities;
- a functioning market economy and the capacity to cope with competition and market forces in the EU;
- the ability to take on and implement effectively the obligations of membership, including

31 Subotić, Jelena (2010): Explaining Difficult States. The Problems of Europeanization in Serbia; In: East European Politics and Societies, 24 (4), S. 597-598.

32 Amtsblatt der Europäischen Union, 9.5.2008: Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union, {C 115/5}, S. 31.

adherence to the aims of political, economic and monetary union.“³³

Zusammenfassend wird häufig gesagt, es gebe ein politisches und ein wirtschaftliches Kriterium, sowie ein (rechtliches) Kriterium, das die Fähigkeit zur Übernahme des *acquis communautaire* betrifft. Dieser soll um die 80 000 Seiten an gesetzlichen Bestimmungen umfassen.³⁴ Da sich die Rechtsnormen, die es zu übernehmen gilt, ändern können, wird die EU auch als „moving target“³⁵ bezeichnet. Als viertes, oben nicht genanntes Kriterium gilt die Aufnahmefähigkeit der EU.

Die ersten Schritte auf dem Weg zum Beitritt sind mittlerweile die Teilnahme am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess, sowie das Aushandeln und Unterzeichnen eines Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens (SAA). Dieses dient der schnelleren Übernahme der Verpflichtungen aus dem *acquis* und schließt Handelserleichterungen mit ein. Die nächsten großen Schritte sind das Einreichen eines Beitrittsgesuchs und die Verleihung des Kandidatenstatus. Wie die formale Eröffnung der Beitrittsverhandlungen kann dies nur auf Basis eines einstimmigen Beschlusses im Europäischen Rat erfolgen. Es handelt sich dabei aber nicht um Verhandlungen zwischen zwei gleichberechtigten Partnern, sondern es liegt, wie oben angesprochen, eine ausgeprägte Machtasymmetrie zugunsten der EU vor. „During EU membership talks, a candidate country cannot refuse to accept any fundamental standard of EU legislation but, by providing good arguments, it can postpone the start of its implementation.“³⁶ Der Spielraum für ein Kandidatenland ist also klein und die EU übt auch in Bereichen Druck aus, für die sie bezüglich ihrer Mitgliedsstaaten kaum eine Handhabe hat (bspw. Minderheitenpolitik).³⁷ In jährlichen Fortschrittsberichten werden die Anstrengungen in den einzelnen Bereichen von der Kommission bewertet. Bei den Verhandlungen mit den Beitrittsländern der Jahre 2004 und 2007 gliederten sich die Berichte in 31 Verhandlungskapitel. Das 2013 beigetretene Kroatien musste hingegen über 35 einzelne

33 Homepage der Europäischen Kommission: Conditions for Membership, http://ec.europa.eu/enlargement/policy/conditions-membership/index_en.htm, abgerufen am 6.12.2016.

34 Schimmelfennig, Frank/ Sedelmeier, Ulrich: Introduction: Conceptualizing the Europeanization of Central and Eastern Europe; In: Schimmelfennig, Frank/ Sedelmeier, Ulrich (Hrsg.) (2005): The Europeanization of Central and Eastern Europe, Cornell University Press, Ithaca/ London, S. 2.

35 Balfour, Rosa/ Stratulat, Corina: Between Engagement and Cold Feet: Ten Years of the EU in the Western Balkans; In: Prifti, Eviola (Hsg.) (2013): The European Future of the Western Balkans: Thessaloniki@10 (2003-2013), European Union Institute for Security Studies, Paris, S.21.

36 Mišćević, Tanja: Contemporary Relations between Serbia and the European Union; In: Minić, Jelica (Hrsg.) (2015): The Challenges of Serbia's Foreign Policy. Collection of Papers, Friedrich Ebert Stiftung/ European Movement Serbia, Belgrad, S. 16.

37 Grabbe, Heather: Europeanization Goes East: Power and Uncertainty in the EU Accession Process; In: Featherstone, Kevin/ Radaelli, Claudio M. (Hrsg.) (2003): The Politics of Europeanization, 1. Auflage, Oxford University Press, Oxford; S. 306-307.

Kapitel verhandeln, genauso wie alle Staaten, deren Beitritt noch bevorsteht. Die 2007 beigetretenen Länder Rumänien und Bulgarien stehen außerdem unter der Beobachtung einer Gruppe, die beim Rat angesiedelt ist (Kooperations- und Überprüfungsmechanismus für Bulgarien und Rumänien), d.h. sogar nach dem Beitritt wird regelmäßig evaluiert, ob die 2006 definierten Ziele in den Bereichen Justizreform und Korruptionsbekämpfung erreicht werden.³⁸

Bevor einzelne Kapitel eröffnet werden, kommt es zum sogenannten *screening*. Dabei wird überprüft, ob ein Land schon die Voraussetzungen erfüllt, um die Verhandlung eines bestimmten Kapitels zu beginnen, oder ob noch *benchmarks* erreicht werden müssen. Sind die gesetzten Ziele in den jeweiligen Kapiteln erreicht, werden diese geschlossen. Wenn alle Kapitel geschlossen sind, kann der Beitrittsvertrag unterzeichnet werden. Dieser muss von jedem Mitgliedsstaat der EU unterzeichnet und ratifiziert werden und es braucht die Zustimmung von Kommission, Rat und Parlament. Zum vertraglich festgesetzten Zeitpunkt wird der Beitrittskandidat Mitglied der Union.³⁹

Mit welchen Belohnungen kann nun aber eine Regierung rechnen, wenn sie die Bedingungen der EU erfüllt? Der Hauptanreiz dafür ist der Beitritt selbst. Die EU fungiert dabei als *gate-keeper*; in deren Macht es liegt, ob ein Kandidatenland in den Verhandlungen vorrückt oder nicht. Um den Reformdruck für die Beitrittsaspiranten kontinuierlich hoch zu halten, sind die Verhandlungen in viele kleine Stufen unterteilt, die nach und nach bewältigt werden müssen und wo Fortschritte ständig evaluiert werden. Aufgrund der Signalwirkung (z.B. auf die eigene Bevölkerung oder Investoren) ist auch die Verleihung des Kandidatenstatus oder die Eröffnung von Verhandlungen ein großer Anreiz. Schon vor dem Beitritt schließen die EU und der Beitrittskandidat Freihandelsregelungen ab, die meist im SAA enthalten sind.

Darüber hinaus wird der Aufbau von Institutionen durch *know-how* sowie finanzielle Mittel unterstützt. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten waren die größten externen Geldgeber für die Beitrittsländer des Jahres 2004. Durch das System der Ko-Finanzierung wird sichergestellt, dass die Beitrittskandidaten selbst ebenfalls Geld in die von der EU geförderten Bereiche investieren.⁴⁰

38 Homepage des Europäischen Rats: Ad-hoc-Gruppe „Kooperations- und Überprüfungsmechanismus für Bulgarien und Rumänien“, <http://www.consilium.europa.eu/de/council-eu/preparatory-bodies/ad-hoc-working-party-cooperation-and-verification-mechanism-bulgaria-and-romania/>, abgerufen am 22.2.2017.

39 Homepage der Europäischen Kommission: Steps towards joining, http://ec.europa.eu/enlargement/policy/steps-towards-joining/index_en.htm, abgerufen am 7.12.2016.

40 Grabbe, Heather: Europeanization Goes East: Power and Uncertainty in the EU Accession Process; In:

Die früheren Programme Poland and Hungary: Aid for Restructuring the Economies (PHARE), Special Accession Program for Agriculture and Rural Development (SAPARD) und Instrument for Structural Policies for Pre-Accession (ISPA) wurden in das Instrument for Pre-Accession Assistance (IPA) überführt, das mit 11,5 Milliarden Euro für die Jahre 2007 bis 2013 budgetiert war. Im aktuellen EU-Finanzrahmen von 2014 bis 2020 sind 11,7 Milliarden für dieses Programm vorgesehen. Die derzeitigen Empfänger sind: Serbien, Montenegro, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Kosovo, Albanien und die Türkei.⁴¹

Eine auf Austausch von Erfahrungen basierende Form der Unterstützung ist das *Twinning*-Programm. Durch dieses werden Beamte aus einem Mitgliedsstaat bezahlt, die in der Administration eines Beitrittskandidaten arbeiten. Dies soll die Anpassung an bürokratische Standards der EU erleichtern. Allerdings gibt es keine zentrale Kontrolle oder Entsendung, und die in der Praxis erteilten Ratschläge dürften je nach Herkunftsland des Beamten oder der Beamtin recht unterschiedlich ausfallen.

In den veröffentlichten Berichten wird häufig auch Kritik an einem Beitrittskandidaten geübt, was einen negativen Anreiz darstellt. Allerdings ist es vom nationalen Kontext abhängig, ob diese Kritik von einer Regierung als Druckmittel seitens der EU wahrgenommen wird.⁴² Wenn eine solche Kritik von Medien und der Zivilgesellschaft aufgegriffen wird, kann sie den nationalen Diskurs beeinflussen, was einer Abstrafung nationaler Regierungen gleichkommt. Die EU verfügt insofern also nicht nur über Zuckerbrot, sondern auch über eine Art Peitsche, wenngleich die negativen Anreize klein sind und ihr Effekt im Vorhinein kaum abgeschätzt werden kann.

2.2.4 Europäisierung in der vorliegenden Arbeit

Die Literatur über Europäisierung ist mittlerweile sehr umfangreich, da sich das Konzept auf eine große Zahl verschiedener Bereiche und Prozesse anwenden lässt. Die Darstellung in den obigen Abschnitten konzentrierte sich daher einerseits auf die Anfänge der Europäisierungsdebatte in der Politikwissenschaft (die nicht die einzige

Featherstone, Kevin/ Radaelli, Claudio M. (Hrsg.) (2003): *The Politics of Europeanization*, 1. Auflage, Oxford University Press, Oxford, S. 314-316.

41 Homepage der Europäischen Kommission: Instrument for Pre-Accession Assistance, http://ec.europa.eu/enlargement/instruments/overview/index_en.htm, abgerufen am 7.12.2016.

42 Grabbe, Heather: *Europeanization Goes East: Power and Uncertainty in the EU Accession Process*; In: Featherstone, Kevin/ Radaelli, Claudio M. (Hrsg.) (2003): *The Politics of Europeanization*, 1. Auflage, Oxford University Press, Oxford, S. 314-317.

Disziplin ist, in der der Begriff verwendet wird) und andererseits auf ein spezifisches Anwendungsfeld, nämlich die Europäisierung von Kandidatenländern. Auch in diesem Teilbereich kann man allerdings nicht von *der* Europäisierung schlechthin sprechen, vielmehr gibt es konkurrierende Definitionen und Erklärungen für ihre Funktionslogik. Im Folgenden wird zusammengefasst, wie das Konzept in der vorliegenden Arbeit verstanden wird.

Ausgehend von der mittlerweile schon klassischen Definition Radaellis (siehe 2.1.2) wird der Begriff weit gefasst. Europäisierung ist demzufolge ein von der EU ausgehender Prozess, der nicht nur die Veränderung von Normen, sondern auch von Identität, Diskurs und politischen Strukturen mit einschließt. In diesem Sinne argumentiert auch der ehemalige Abgeordnete des Europäischen Parlaments und Berichterstatter für Kroatien Hannes Swoboda, wenn er darauf hinweist, dass ein EU-Beitritt keine Angelegenheit rein technischer Natur sei. Neben der Übernahme des *acquis* ist es wichtig zu bedenken, dass die EU eine politische Organisation ist, die auf einem Wertekonsens beruht, an den sich ein Beitrittskandidat ebenfalls anpassen muss.⁴³

Für die Zwecke dieser Arbeit wird Europäisierung als ein Prozess der Anpassung an von der EU vorgegebene Normen, Werte, politische Praktiken und Rhetorik definiert. Die Eckpunkte dieses Prozesses werden innerhalb der EU festgelegt, d.h. der Beitrittskandidat nimmt in der Regel an der Festlegung der Ziele nicht teil, allerdings muss die Anpassung nicht notwendigerweise mit Zwang durchgesetzt werden. Wie Schimmelfennig und Sedelmeier herausgearbeitet haben, gibt es neben der Konditionalität noch zwei weitere Modelle um zu erklären, warum und wie der Prozess der Anpassung stattfindet. Entweder sind die Kandidatenländer von den EU-Vorgaben überzeugt oder sie wollen nationale Probleme mit Hilfe von EU-Politikmodellen lösen. In Serbien war der Beitrittsprozess immer wieder von Stagnation geprägt. In der vorliegenden Arbeit soll mit einer Kombination aus rationalistischen (externe Anreize) und konstruktivistischen Überlegungen (*social learning*) erklärt werden, warum und wann verschiedene Regierungen die Europäisierung vorangetrieben haben bzw. dieser Prozess zum Erliegen kam. Aufgrund des analytischen Fokus auf besonders heikle Forderungen der EU kann das *lesson-drawing* Modell nicht zur Untersuchung beitragen, weil es von Veränderungen ausgeht, die von den Beitrittskandidaten selbst initiiert

43 Swoboda, Hannes: Serbia and European Integration; In: Petritsch, Wolfgang/ Svilanović, Goran/ Solioz, Christophe (Hrsg.) (2009): Serbia Matters: Domestic Reforms and European Integration, 1. Auflage, Nomos, Baden-Baden, S.34.

werden.

Da die EU im Zentrum der Definition steht, müsste korrekterweise von EU-isierung gesprochen werden, allerdings hat sich der Begriff Europäisierung in den akademischen Debatten durchgesetzt. Um an diese anschließen zu können, wird in der vorliegenden Arbeit ebenfalls das Wort Europäisierung verwendet.

Ein Schwachpunkt im Konzept der Europäisierung bleibt jedoch auch nach dieser Begriffsdefinition bestehen. Viele Untersuchungen konzentrieren sich auf die Regierung eines Kandidatenlandes und manche beziehen auch Opposition, Interessensvertretungen oder bestimmte Vetospieler mit ein. Diese Gruppen könnte man mit einem Wort als die Elite eines Landes bezeichnen. Die Bevölkerung kommt hingegen gar nicht oder nur indirekt vor (sie kann je nach Präferenz eine Regierung wählen, die den Beitritt vorantreibt oder eben nicht). Sowohl das *external incentives* als auch das *social learning* Modell setzen die Einstellung der Bürger und Bürgerinnen als gegeben voraus. Wie sich ihre Interessen, Identitäten usw. formieren und in welchem Zusammenhang diese mit der Regierung stehen wird jedoch nicht erklärt. Letztlich kann der Beitritt durch die Bevölkerung sogar verhindert werden, da in den meisten Ländern, die bisher beigetreten sind, ein Referendum abgehalten wurde. Meinungsumfragen deuten darauf hin, dass die Zustimmung zur EU in vielen Mitgliedsstaaten sinkt, weswegen von einem Wandel vom „permissive consensus to constraining dissensus“⁴⁴ die Rede ist. Auch im Kandidatenland Serbien lässt sich ein derartiger Trend beobachten (siehe 3.4.1). Die obigen Erklärungsmodelle für das Verhalten der Regierung sind aber nur wenig brauchbar, um die Einstellung der Bürgerinnen und Bürger zur Europäisierung zu erklären. Insofern weist das Konzept der Europäisierung eine theoretische Lücke auf.

Im folgenden Abschnitt wird deshalb ein Einblick in die Diskussionen zum Thema Euroskeptizismus gegeben und im Hinblick auf zukünftige Forschung soll ausgelotet werden, inwieweit diese Begriffe zur Erklärung von Beitrittsprozessen kombinierbar sind.

2.3 Einstellungen zur Europäischen Union

Spätestens in den letzten beiden Jahrzehnten ist vom Begriff Euroskeptizismus in der

⁴⁴ Hooghe, Liesbeth/ Marks, Gary (2008): A Postfunctionalist Theory of European Integration: From Permissive Consensus to Constraining Dissensus; In: British Journal of Political Science, Nr. 39 (1), S. 1.

politikwissenschaftlichen, wie auch in der populärwissenschaftlichen Debatte häufig die Rede. Seit 2009 findet sich das Wort „euroskeptisch“ sogar im Duden.⁴⁵ In Zeiten von Eurokrise und Austritts- bzw. Ausschlussüberlegungen in verschiedenen Ländern (z.B. Grexit, Brexit, Öxit) kann die häufige Verwendung des Wortes nicht verwundern. Dies sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich der Begriff erst seit verhältnismäßig kurzer Zeit zunehmender Beliebtheit erfreut. Laut Paul Taggart und Aleks Szczerbiak hat das steigende Interesse drei Gründe:

„there has been a sense of the decline of the 'permissive consensus' and the starting point for this appears to have been the difficulties in ratifying the Maastricht Treaty. [...] The second factor stimulating an interest in, and literature on, Euroscepticism has been the increasing tendency, in the European integration project, to resort to referendums to ratify treaties [...]. The third factor is the enlargement of the EU which has increased the scope of the integration project and brought in new sets of states with new sets of different patterns of politics and ways of perceiving and debating the European issue.“⁴⁶

Trotz häufiger Verwendung handelt es sich um einen heftig umkämpften Begriff. Er wird nicht nur in der politikwissenschaftliche Debatte verwendet, sondern auch von politischen Akteuren selbst, sowie in den Medien, die über diese berichten und hat oft einen negativen Beigeschmack. So kritisiert beispielsweise die französische Politikwissenschaftlerin Cécile Leconte nur sechs Jahre nach dem Erscheinen ihres Buches mit dem Titel „Understanding Euroscepticism“, dass das Konzept des Euroskeptizismus zu normativ und deshalb unwissenschaftlich sei. Sie befürchtet, Kritiker und Kritikerinnen der EU würden als euroskeptisch „angeprangert“ und weist damit auf die Gefahr hin, dass berechtigte Kritik an der EU nicht ernst genommen wird, sobald sie als euroskeptisch etikettiert wird. Daher schlägt sie als Alternative vor, das Konzept der Widerstände zu benutzen.⁴⁷ Richard Katz bemerkt, dass es zur Strategie von politischen Kräften gehört, welche die Integration vorantreiben wollen, „to cast scepticism about any particular part of their proposals as potentially unravelling the entire project and threatening the undoubted economic benefits that EU members already enjoy“⁴⁸. Manche Politiker und Politikerinnen weisen die Einordnung,

45 Duden: Suchbegriff = „euroskeptisch“, <http://www.duden.de/rechtschreibung/euroskeptisch>, abgerufen am 14.12.2016.

46 Szczerbiak, Aleks/ Taggart, Paul: Introduction: Opposing Europe? The Politics of Euroscepticism in Europe; In: Szczerbiak, Aleks/ Taggart, Paul (2010): Opposing Europe? The Comparative Party Politics of Euroscepticism, Band 1, Nachdruck, Oxford University Press, Oxford, S. 3.

47 Leconte, Cécile: Ursachen der Widerstände gegen die Europäische Integration; In: Pelinka, Anton (Hrsg.) (2016): Europa – Hoffnung und Feindbild, Wochenschau Wissenschaft, Sir Peter Ustinov Institut, Wien, S. 52.

48 Katz, Richard S.: Euroscepticism in Parliament: A Comparative Analysis of the European and National

euroskeptisch zu sein, zurück und möchten lieber als europragmatisch oder eurerealistisch bezeichnet werden.⁴⁹

Problematisch an diesem Begriff ist außerdem, dass die Vorsilbe „euro-“ – so wie bei Europäisierung – im Dunkeln lässt, worauf sich die Skepsis eigentlich bezieht. Auf die Europäische Union oder auch auf andere europäische Organisationen? Es besteht die Gefahr, dass das Wort Europa ausschließlich mit der EU gleichgesetzt wird. Zudem stellt sich die Frage, ob Euroskepsis bloß die Ablehnung der EU in ihrer aktuellen Form umfasst oder auch die Idee der friedlichen Kooperation der europäischen Völker durch die Schaffung politischer Strukturen, also das Projekt der politischen Einigung, beinhaltet.

Darüber hinaus impliziert der Begriff eine Dichotomie von Zustimmung zur oder Ablehnung der Europäischen Union (genauer gesagt geht er von einer Ablehnung aus). Dies verschleiert allerdings, dass es in manchen Ländern auch eine Art Euroindifferenz gibt. Dejan Jović weist darauf hin, dass in Kroatien eine große Gruppe von Menschen keine gefestigte Meinung zur EU hat. Diese Menschen können daher weder als Unterstützer oder Unterstützerin noch als Gegner oder Gegnerin eingeordnet werden.⁵⁰

Trotz der Probleme, die mit dem Konzept Euroskeptizismus verbunden sind, wird er in der vorliegenden Arbeit verwendet, wodurch an eine Vielzahl von politikwissenschaftlichen Beiträgen angeknüpft werden kann. Obwohl die Kritik, dass der Begriff euroskeptisch auch missbräuchlich verwendet werden kann, ernst zu nehmen ist, halte ich eine reflektierte Verwendung des Wortes für gewinnbringender, als sich auf die Suche nach einem neuen Begriff zu machen, dessen Bedeutung wiederum unklar ist. Jedenfalls sei darauf hingewiesen, dass Euroskeptizismus nicht wertend verstanden werden soll sondern als ein analytischer Begriff, der eine bestimmte Einstellung zur Europäischen Union oder Europa beschreibt. Der begriffliche Fokus liegt auf der Skepsis, was daran liegt, dass seit Aufkommen des Begriffs die Einstellung von Bevölkerung und Parteien in der EU vielfach in Richtung Ablehnung gegangen ist. Manche Autorinnen und Autoren haben das Spektrum aber auch auf die Zustimmung zu

Parliaments; In: Szczerbiak, Aleks/ Taggart, Paul (2008): *Opposing Europe? The Comparative Party Politics of Euroscepticism*, Band 2, 1. Auflage, Oxford University Press, Oxford, S.155.

49 Vgl. z.B: Politics.hu, 17.9.2013: PM says Hungary is „euro-realist“ not eurosceptic, <http://www.politics.hu/20130917/pm-says-hungary-is-euro-realist-not-eurosceptic/>, abgerufen am 22.2.2017.

50 Jović, Dejan (2012): Hrvatski referendum o članstvu u Europskoj uniji i njegove posljedice za smanjeni Zapadni Balkan [Das kroatische Referendum über die Mitgliedschaft in der Europäischen Union und seine Auswirkungen auf den verkleinerten Westbalkan]; In: *Anali hrvatskog politološkog društva*, Nr. 9, S. 165.

EU oder europäischer Integration erweitert und dafür Begriffe wie Eurooptimismus geprägt. Auf diese Beiträge baut die vorliegende Arbeit auf.

Die Meinungen darüber, wie Euroskeptizismus zu definieren ist und wodurch er entsteht, gehen auseinander. Offensichtlich ist jedoch, dass der Begriff einerseits verwendet wird, um die (ablehnende) Einstellung der Bevölkerung zu charakterisieren und andererseits, um die Positionierung von Parteien zu beschreiben. Anhand dieser Unterscheidung wird der Begriff daher auch in den folgenden Kapiteln dargestellt.

2.3.1 Euroskeptizismus in der Bevölkerung

Über mehr als drei Jahrzehnte hinweg schenken die dominierenden Integrationstheorien, der Neofunktionalismus und der Intergouvernementalismus, der Einstellung der Bevölkerung keine Beachtung. Auch um die Theorie möglichst simpel zu halten, wurde das Bestehen eines *permissive consensus* vorausgesetzt. Damit ist gemeint, dass die passive Bevölkerung die europäische Integration bzw. die Mitgliedschaft in der EG stillschweigend akzeptierte ohne viel Notiz davon zu nehmen. Das Bestehen eines solchen Konsenses wurde daraus abgeleitet, dass in der Bevölkerung kaum artikulierter Widerstand gegen den Integrationsprozess vorhanden war. Andererseits gab es aber auch wenig Maßnahmen zu dessen Unterstützung, weshalb man diese Zeit genauso als eine Phase der Euroindifferenz bezeichnen könnte. Liesbet Hooghe und Gary Marks schreiben dazu:

„European integration, as several researchers found, was largely a non-issue for the public. This view rests on three assumptions, none of which now hold. First, the public's attitudes towards European integration are superficial, and therefore incapable of providing a stable structure of electoral incentives for party positioning. Secondly, European integration is a low salience issue for the general public (in contrast to its high salience for business groups), and therefore has little influence on party competition. And, thirdly, the issues raised by European integration are *sui generis*, and therefore unrelated to the basic conflicts that structure political competition.“⁵¹

Mit anderen Worten: das Thema der europäischen Integration war zu dieser Zeit noch nicht politisiert. Da es nur für Wenige von Interesse war – v.a. für die wirtschaftliche Elite und die Bauernschaft – wurde es auch nicht breitenwirksam diskutiert.

⁵¹ Hooghe, Liesbeth/ Marks, Gary (2008): A Postfunctionalist Theory of European Integration: From Permissive Consensus to Constraining Dissensus; In: British Journal of Political Science, 39 (1), S. 6-7.

Als Wendepunkt von der Euroindifferenz hin zur Politisierung des Themas wird von vielen Autorinnen und Autoren der im Jahr 1992 unterzeichnete Maastrichtvertrag genannt.⁵² Dieser stellt einen bedeutenden Schritt im Integrationsprozess dar und mit ihm wurde die Europäische Union begründet. Die Probleme bei der Ratifizierung des Vertrags offenbarten das Aufklaffen einer Lücke zwischen integrationsfreundlichen Eliten und einer euroskeptischen Haltung der Bevölkerung. Trotz Unterzeichnung durch die Regierungen und überwältigenden Mehrheiten in den Parlamenten erteilte die Bevölkerung in Dänemark und Frankreich dem Vertrag nur knapp ihre Zustimmung (in Dänemark wurde der Vertrag gar erst im zweiten Anlauf von der Bevölkerung gebilligt, nachdem Ausnahmeregelungen gewährt worden waren). Das Scheitern des Verfassungsvertrags aufgrund negativer Referenden in Frankreich und den Niederlanden im Jahr 2005 sowie die Ablehnung des Vertrags von Lissabon durch ein irisches Referendum im Jahr 2008⁵³ scheint die These des sich verbreitenden Euroskeptizismus zu bestätigen. Die Reihe lässt sich bis ins Jahr 2016 fortsetzen, wo sich bei einem (konsultativen) Referendum in den Niederlanden die Bevölkerung gegen das SAA zwischen der EU und der Ukraine aussprach. Zwei Monate später entschied sich mit Großbritannien zum ersten Mal in der Geschichte der Union ein Mitgliedsland für den Austritt.⁵⁴

Tatsächlich ist es aber gar nicht so einfach, die zeitliche und inhaltliche Dimension des Phänomens präzise zu bestimmen. Was die inhaltliche Ebene betrifft, so unterscheidet die französische Politikwissenschaftlerin Cécile Leconte verschiedene Projektionsflächen, auf die sich Euroskeptizismus beziehen kann: die EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes, die europäische Einigung oder die Bildung supranationaler Institutionen und die Ausweitung ihrer Kompetenzen. Euroskeptizismus sollte ihr zufolge nicht gleichgesetzt werden mit grundsätzlicher Ablehnung der europäischen Einigung, sondern kann sich auch bloß auf die Europäische Union in ihrer jeweiligen Form beziehen. Was die dritte Dimension betrifft, die Haltung zu supranationalen Organisationen, so war die Einstellung der Bevölkerung zur ökonomischen Integration (Binnenmarkt) stets positiver als zur politischen (z.B. gemeinsame Verteidigung).⁵⁵

52 Vgl. bspw.: Hooghe, Liesbeth/ Marks, Gary (2008): Ebenda, S. 5; Leconte, Cécile (2010): *Understanding Euroscepticism*, 1. Auflage, Palgrave Macmillan, Basingstoke, S. 162.

53 Herz, Dietmar/ Jetzlsperger, Christian (2008): *Die Europäische Union*, 2. Auflage, C.H. Beck, München, S. 57, 80-81, 87.

54 Florian Bieber's Notes from Syldavia Blog, 4.7.2016: The Western Balkans after the Brexit Vote: Russia's gain, Europe's loss, <https://florianbieber.org/2016/07/04/the-western-balkans-after-the-brexit-vote-russias-gain-europes-loss/>, abgerufen am 10.2.2017.

55 Leconte, Cécile (2010): *Understanding Euroscepticism*, 1. Auflage, Palgrave Macmillan, Basingstoke,

Andere Autoren wiederum subsumieren sowohl Widerstände gegen die europäische Einigung als auch gegen die EU unter Euroskeptizismus, unterscheiden aber hinsichtlich der Intensität des Widerstands (siehe unten).

Was den zeitlichen Ablauf betrifft, stellt Leconte fest, dass die eurooptimistische Einstellung der Bevölkerung gegen Ende der 80er Jahre einen noch nie dagewesenen Höhepunkt erreichte.⁵⁶ Im Jahr 1989 befürworteten vier Fünftel der Befragten die Vereinigung (West-)Europas und 69% hielten die EU-Mitgliedschaft ihres Landes für eine gute Sache. Sogar in Großbritannien unter Margarete Thatcher war der Eurooptimismus groß: drei Viertel der Bürgerinnen und Bürger – und somit beinahe gleich viele wie im europäischen Durchschnitt – sprachen sich für eine Einigung (West-)Europas aus.⁵⁷

Auch in den Jahren davor lag die Zustimmung der Bevölkerung zum Prozess der europäischen Einigung konstant über der Zustimmung zur EG-Mitgliedschaft des eigenen Landes, zumindest um einige Prozentpunkte, zum Teil aber auch bedeutend höher. Relativierend muss zu den hohen Zustimmungswerten zu beiden Fragen aber hinzugefügt werden, dass der Informationsstand über die EU und ihr Funktionieren niedrig war. Außerdem war ein großer Teil der Bevölkerung (ca. ein Fünftel) der EU gegenüber gleichgültig eingestellt und die Zustimmung zur EU war volatiler als die Zustimmung zur europäischen Integration (bspw. reagierte erstere stärker auf die wirtschaftliche Rezession infolge der Ölpreisschocks). Nach diesem Stimmungshoch kam es zu einem starken Abfall der Zustimmung, was sich bei der Ratifikation des Vertrags von Maastricht deutlich zeigte.⁵⁸

Hooghe und Marks beobachteten, dass sich in den 90er Jahren die Nennung europäischer Themen in den Medien im Vergleich zu den Jahrzehnten davor vervielfacht hatte. Darauf stützen sie ihre These, dass die EU für einen wachsenden Teil der Bevölkerung ein salientes Thema wurde, was im Zusammenhang mit der Vertiefung der Integration durch den Maastrichter Vertrag steht. Die wirtschaftlichen Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft wurden dadurch für einen wachsenden Teil der Bevölkerung spürbar. Dies kann allerdings nur einen Teil der vermeintlich zunehmenden Euroskepsis erklären.

S. 161-162, 165-166.

⁵⁶ Leconte, Cécile: Ebenda, S. 164.

⁵⁷ Kommission der Europäischen Gemeinschaften (1989): Eurobarometer Nr. 31 – Die öffentliche Meinung in der Europäischen Gemeinschaft, Brüssel, S. 5-8.

⁵⁸ Leconte, Cécile (2010): Understanding Euroscepticism, 1. Auflage, Palgrave Macmillan, Basingstoke, S. 164-166.

Hinzu kommt eine relativ stabile Struktur nationaler Identitäten, die sich nicht in der gleichen Geschwindigkeit ändert wie die Integration voranschreitet, woraus sich ein Spannungsverhältnis ergibt. Daraus folgt allerdings nicht automatisch die Politisierung eines Themas. Zur Salienz müssen noch politische Akteure hinzutreten, die einen Zusammenhang zwischen der EU und z.B. der nationalen Identität oder den wirtschaftlichen Verhältnissen herstellen und damit ein Spannungsverhältnis konstruieren. Mit dem Argument der Politisierung versuchen die Autoren zu erklären, dass die durchschnittliche Unterstützung der EU-Mitgliedschaft des Jahres 1985 nicht viel höher ist, als die im Jahr 2005.⁵⁹ Dennoch haben euroskeptische Einstellungen heute mehr Relevanz und begrenzen den politischen Spielraum der europäischen und nationalen Eliten, was bei den Referenden seit dem Vertrag von Maastricht deutlich wurde.

Die Triebkräfte für Euroskepsis sind also einerseits das Voranschreiten der europäischen Integration und andererseits das Zusammenspiel zwischen Medien und politischen Akteuren, das zu einer zunehmenden Politisierung des Themas geführt hat.

2.3.2 Gründe für Euroskeptizismus auf individueller Ebene

Auf Ebene des Individuums gibt es drei einflussreiche Argumentationsmuster, um die Einstellung zur EU bzw. zur europäischen Einigung zu erklären: utilitäre Motive, die (nationale) Identität und nationale *cues*, die sich indirekt auf die Einstellung auswirken können. Häufig können diese Faktoren nicht eindeutig voneinander abgegrenzt werden, weshalb sie – insbesondere in Publikationen, die hauptsächlich auf quantitativen Methoden basieren – kombiniert werden.⁶⁰

Im Mittelpunkt der utilitaristischen Ansätze steht ein Individuum, das rational zwischen Kosten und Nutzen abwägt. Nach der Einführung der WWU und insbesondere mit der Aufnahme ärmerer Länder in die Union wurde die EU nicht mehr als neutraler Akteur wahrgenommen, sondern es entstand der Eindruck, dass die Union auch auf Verteilungsfragen Einfluss nimmt. Eine positive Einstellung zur EU hängt somit davon ab, ob jemand glaubt, von den Möglichkeiten, die z.B. die Grundfreiheiten der EU

59 Hooghe, Liesbeth/ Marks, Gary (2008): A Postfunctionalist Theory of European Integration: From Permissive Consensus to Constraining Dissensus; In: British Journal of Political Science, 39 (1), S. 6-9, 13.

60 Hobolt, Sara B./ de Vries, Catherine E. (2016): Public Support for European Integration; In: Annual Review of Political Science, Nr. 19, S. 420.

bieten, zu profitieren oder nicht. Diejenigen, die diese Vorteile weniger oder nicht nutzen können, weil sie über eine gewisse (Aus-)Bildung oder das notwendige Kapital nicht verfügen, sind demnach euroskeptischer eingestellt.

Allerdings wird diese Theorie zum Teil dadurch in Frage gestellt, dass euroskeptische Einstellungen mittlerweile auch in der Mittelschicht vorzufinden sind und sogar bei Studierenden, die durch erhöhte Mobilität besonders profitieren und daher besonders eurooptimistisch eingestellt sein müssten.⁶¹ Dies deutet entweder darauf hin, dass der tatsächliche Nutzen nicht notwendigerweise mit den wahrgenommenen Vorteilen übereinstimmt, oder dass wirtschaftliche Überlegungen allein die Einstellung zur EU nicht erklären können.

Eine besondere Spielart des utilitären Euroskeptizismus ist die Ablehnung von (weiteren) Marktliberalisierungen. Diese sind zwar ein globales Phänomen, die EU fungiert aber als zusätzlicher Katalysator für Deregulierung und die Einstellung zur Globalisierung scheint sich auf die Einstellung zur EU auszuwirken.⁶²

Die Sorge vor Wohlstandsverlusten kann sich auch aus der Erweiterung der EU speisen. Dabei gibt es drei Argumentationsmuster: „fears over increased competition for domestic labour markets, concerns over reduced comparative advantages for one's country and concerns over the redistributive consequences of a new country's accession to the EU.“⁶³

Ein weiteres dominantes Erklärungsmuster besteht darin, dass sich Euroskepsis aus dem Gefühl speist, dass die (nationale) Identität bedroht ist. Besonders bei den Bürgerinnen und Bürgern kleiner Länder scheint es eine ausgeprägte Furcht vor dem Verlust der nationalen Souveränität zu geben und die Sorge, dass das jeweilige Land auf EU-Ebene nicht richtig repräsentiert wird. Entscheidend ist letztendlich, ob die eigene nationale Identität als exklusiv oder als kombinierbar mit anderen Identitäten angesehen wird. Wenn das Gefühl vorherrscht, dass die europäische Identität mit der nationalen unvereinbar ist oder diese sogar bedroht, kann keine positive Bindung zu einer europäischen Idee entstehen, was Euroskepsis begünstigt.

Ein weiterer Faktor im Zusammenhang mit Identität ist, dass der Einfluss der EU auf Politikbereiche wie Kultur oder Bildung von manchen ebenfalls als Bedrohung

61 Leconte, Cécile (2010): *Understanding Euroscepticism*, 1. Auflage, Palgrave Macmillan, Basingstoke, S. 174-178.

62 Ebenda, S. 179-180.

63 Ebenda, S. 178.

wahrgenommen wird. Auch die Ablehnung von Immigration und Multikulturalismus begünstigt Euroskeptizismus, da die EU als Katalysator für beides angesehen wird.⁶⁴

Euroskeptizismus kann auch als Enttäuschung von nationaler Politik gedeutet werden. Niedriges Vertrauen in nationale politische Parteien, niedriger Wissensstand über das politische System und das Gefühl, nicht richtig vertreten zu werden, stehen im Zusammenhang mit negativen Einstellungen zur EU. Insbesondere niedriges Vertrauen in nationale politische Institutionen scheint sich auch in größerer Skepsis gegenüber der EU zu äußern. Auch eine pessimistische Bewertung der persönlichen oder kollektiven wirtschaftlichen Perspektive scheint mit negativen Einstellungen zur EU zu korrelieren, sogar wenn diese Umstände nicht durch die EU herbeigeführt wurden. Der gemeinsame Nenner dieser Erklärungsmuster ist, dass sich die Meinung zur EU bzw. zur europäischen Integration primär aufgrund nationaler Umstände formt.

Ein ähnlicher Mechanismus scheint auch beim sogenannten Sanktionseffekt eine Rolle zu spielen. Dabei wird Protest mit einem Nein zu einem EU-bezogenen Referendum zum Ausdruck gebracht und so die nationale Regierung abgestraft. Freilich stellt sich die Frage, inwiefern hier von Euroskepsis gesprochen werden kann, da der Ausgang des Referendums hauptsächlich von der nationalen Regierung abhängig ist, aber kaum mit der Einstellung zur EU zusammenhängt. Auf die in Umfragen gemessene Meinung zur EU scheint sich die Zufriedenheit mit der Regierung jedenfalls nicht auszuwirken. Trotzdem wird der Sanktionseffekt durch die Ablehnung einer EU-Politik bei einem nationalen Referendum oder dem schlechten Abschneiden der Regierungspartei bei Wahlen zum Europäischen Parlament sichtbar. Dieses Phänomen wurde daher als Anzeichen für politischen Zynismus und eine Krisenerscheinung der Demokratie gedeutet.⁶⁵

Keines der dargestellten Erklärungsmuster kann für sich genommen das Niveau und den Wandel euroskeptischer Einstellungen in der Bevölkerung hinreichend begreiflich machen. Es gibt nicht nur nationale Unterschiede, sondern auch innerhalb ein und desselben Landes können jeweils verschiedene Gründe für bestimmte Teile der Bevölkerung ausschlaggebend sein. Im analytischen Teil der Arbeit werden daher mehrere Hypothesen herangezogen, um euroskeptische Tendenzen in der serbischen Bevölkerung zu erklären.

64 Ebenda, S. 180-186.

65 Ebenda, S. 167-173.

2.3.3 Parteiengetriebener Euroskeptizismus

Im Unterschied zum individuellen Euroskeptizismus kann die Einstellung von Parteien zur EU oder zur Europäischen Integration auch strategische Gründe haben. D.h. ihre Position formiert oder verändert sich aufgrund von Überlegungen, die nicht primär mit der Sache selbst, also der EU, zu tun haben. Vielmehr dient die Position der Erreichung anderer Ziele, wie der Maximierung von Wählerstimmen oder dem Besetzen politischer Ämter. In manchen Konstellationen schließen sich diese beiden Ziele aus: So kann eine euroskeptische Positionierung zwar zur Maximierung von Wählerstimmen beitragen, genauso kann eine Regierungsbeteiligung aber auch daran scheitern, dass eine euroskeptische Partei keinen Koalitionspartner findet, der bereit ist, ihre europapolitische Position zu akzeptieren. Neben strategischen Gründen ist Ideologie der zweite, wichtige Faktor für die Position einer Partei zur EU. Die Publikationen über euroskeptische Parteien sind – mehr als die Literatur über individuellen Euroskeptizismus – mit der Kategorisierung und der Frage beschäftigt, woran man die Unterscheidung festmachen kann.

Paul Taggart und Aleks Szczerbiak unterscheiden zwei Kategorien, nämlich „hard und „soft euroscepticism“. Ersteres bedeutet eine prinzipielle Ablehnung der EU und der europäischen Integration, was sich im Ruf nach dem Austritt des eigenen Landes äußern kann. Unter die erste Kategorie fallen *single-issue* Parteien, die ausschließlich gegen die EU mobilisieren sowie Parteien, die ihre Unterstützung für die EU an so unrealistische Bedingungen knüpfen, dass es einer prinzipiellen Ablehnung gleichkommt.

Weicher bzw. schwacher Euroskeptizismus bedeutet, dass die EU und die europäische Integration nicht grundsätzlich abgelehnt, sondern nur dann in Frage gestellt werden, wenn die EU Standpunkte vertritt, die nationalen Interessen zuwiderlaufen oder die Partei in Bezug auf ein bestimmtes Thema oder Politikfeld andere Vorstellungen hat als die EU. In der Annahme, dass der gängige Modus der EU-Integration die stetige Weiterentwicklung ist und der *status quo* kaum je als die anzustrebende Stufe gesehen wird, kommen Taggart und Szczerbiak zu dem Schluss, dass Parteien, die zwar die EU in ihrer gegenwärtigen Form befürworten, sich aber gegen alle weiteren Integrationsschritte aussprechen, im Endeffekt auch als schwach euroskeptisch zu klassifizieren sind.⁶⁶

⁶⁶ Szczerbiak, Aleks/ Taggart, Paul: Introduction: Opposing Europe? The Politics of Euroscepticism in Europe; In: Szczerbiak, Aleks/ Taggart, Paul (2010): Opposing Europe? The Comparative Party Politics of Euroscepticism, Band 1, Nachdruck, Oxford University Press, Oxford, S. 7-8.

Eine derart breite Definition des Euroskeptizismus hat Kritik hervorgerufen. In Reaktion auf eine frühere Definition der Autoren, in der die selben Kategorien verwendet wurden, bezeichnen Petr Kopecky und Cas Mudde die Definition als so umfassend, dass sie so gut wie jede Nichtübereinstimmung mit einer politischen Entscheidung der EU einschlieÙe. Zudem würde dem entscheidenden Unterschied zwischen Ablehnung der europäischen Integration einerseits und Ablehnung der EU in ihrer momentanen Ausprägung andererseits nicht genügend Beachtung geschenkt werden. Deshalb schlagen sie ihrerseits eine Unterscheidung zwischen diffuser und spezifischer Unterstützung von Regimen vor. Diffuse Unterstützung bezieht sich auf die Idee der europäischen Integration, während sich spezifische Unterstützung auf die Ausformung der EU in der Praxis bezieht. Wie in Tabelle 2 ersichtlich, gibt es für beide Dimensionen, einerseits die EU und andererseits die europäische Integration, jeweils eine positive und eine negative Ausprägung, woraus sich schließlich vier Kategorien ergeben, die man folgendermaßen übersetzen könnte: euroenthusiastisch, europragmatisch, euroskeptisch und euroablehnend.⁶⁷

		(diffuse) Unterstützung für Europäische Integration	
		europhil	europhob
(konkrete) Unterstützung für EU	EU-optimistisch	euroenthusiastisch	europragmatisch
	EU-pessimistisch	euroskeptisch	euroablehnend

Tabelle 2: Typisierung von Parteien bezüglich EU und europäischer Integration; Eigene Übersetzung, Quelle: Kopecky, Petr/ Mudde, Cas (2002): The two sides of Euroscepticism. Party Positions on European Integration in East Central Europe; In: European Union Politics, Vol. 3 (3), S. 303.

Auf der Achse der Unterstützung für europäische Integration ist zwischen einer europhilen und einer europhoben Ausprägung zu unterscheiden. Europhil sind jene, die unabhängig von der gegenwärtigen Ausprägung der EU, die politische oder ökonomische Integration unterstützen. Deshalb würde darunter sowohl Jean Monnet fallen, der als Gründervater der Union stark die politische Integration befürwortete, also das *pooling* nationaler Souveränität in supranationalen Institutionen, als auch die ehemalige Premierministerin Großbritanniens Margaret Thatcher, die vor allem die Vorteile in der Aufhebung innereuropäischer Handelsbeschränkungen sah. Als europhob werden jene bezeichnet, die eine oder mehrere der Integration zugrundeliegende Ideen

⁶⁷ Kopecky, Petr/ Mudde, Cas (2002): The two sides of Euroscepticism. Party Positions on European Integration in East Central Europe; In: European Union Politics, Nr. 3 (3), S. 300, 303.

ablehnen, z.B. auf Basis einer nationalistischen, sozialistischen oder isolationistischen Haltung. Selbst wenn sie irgendeine Form der Kooperation zwischen den Völkern Europas unterstützen, so lehnen sie doch Grundprinzipien der bisherigen Integration ab. Unter diese Kategorie können sowohl rechte als auch linke Parteien fallen. Ein Beispiel für eine europhobe Position ist die Forderung nach einem Europa der Vaterländer, da dadurch die Idee der bisherigen Integration grundsätzlich in Frage gestellt wird. Europhobe Einstellungen gehen nicht zwingend mit einer Ablehnung der EU einher, da aus utilitären Überlegungen heraus auch Parteien, welche die europäische Integration ablehnen, EU-optimistisch eingestellt sein können.

Auf der Achse der Unterstützung für die EU ist zwischen EU-optimistischer und EU-pessimistischer Einstellung zu unterscheiden. Um als EU-optimistisch qualifiziert zu werden reicht es aus, die EU im Großen und Ganzen zu unterstützen, auch wenn einzelne Handlungen kritisiert werden. Es spielt zudem keine Rolle, ob sich die Zufriedenheit mit der EU aus ihren bisherigen Leistungen oder einer positiven Erwartung bezüglich ihres zukünftigen Verhaltens ergibt. Im Gegensatz dazu sind EU-Pessimisten ablehnend gegenüber der EU in ihrer aktuellen Form eingestellt oder sehen ihre zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten völlig negativ. Das bedeutet allerdings nicht, dass eine Partei mit einer solchen Einstellung eine EU-Mitgliedschaft grundsätzlich ablehnt. Sofern die europäische Integration unterstützt wird, aber die EU in ihrer momentanen Form von diesen Vorstellungen stark abweicht, kann auch eine EU-Mitgliedschaft befürwortet werden unter der Bedingung, dass sich die EU gemäß diesen Vorstellungen reformiert.⁶⁸

Aus den positiven und negativen Ausprägungen der Achsen Unterstützung für die EU und Unterstützung für die europäische Integration ergeben sich wiederum vier Kategorien (siehe Tabelle 2), die von den Autoren so zusammengefasst werden:

„Euroenthusiasts [...] support the general ideas of European integration and believe that the EU is or will soon become the institutionalization of these ideas. Eurosceptics [...] combine Europhile and EU-pessimist positions. They support the general ideas of European integration, but are pessimistic about the EU's current and/or future reflection of these ideas. [...] Eurorejects [...] combine Europhobe and EU-pessimist positions. They subscribe neither to the ideas underlying the process of European integration nor to the EU. [...] Europragmatists. This group combines Europhobe and EU-optimist positions: they do not support the general ideas of European integration underlying the EU, nor do they necessarily

68 Ebenda, S. 300-303.

oppose them, yet they do support the EU. In general, this group will contain parties that do not hold a firm ideological opinion on European integration, and on the basis of pragmatic (often utilitarian) considerations decide to assess the EU positively because they deem it profitable for their own country or constituency.“⁶⁹

Mudde und Kopecky zeigen, wie komplex die Einstellungen von Parteien sein können und wie viele unterschiedliche Abstufungen vorgenommen werden können. Einer der Vorteile dieser Kategorisierung im Vergleich zur bloßen Unterscheidung zwischen *hard* und *soft euroscepticism* ist, dass sie sich nicht allein auf negative Einstellungen beschränkt, sondern auch positive Einstellungen zur EU oder europäischen Integration mit einschließt. Allerdings liegt darin auch eine Schwäche: Die Typisierung von Mudde und Kopecky enthält acht verschiedene Kategorien und erscheint dadurch etwas zu komplex.

Interessant ist, dass die beiden Autoren – genau wie Leconte – auf die Unterschiede zwischen der Positionierung zur EU und zur europäischen Integration aufmerksam machen. Allerdings ist dieser Unterschied in der Praxis teilweise schwer herauszuarbeiten, da die Worte EU, Europa und europäische Integration von Parteien häufig undifferenziert verwendet werden.

Schließlich stellt sich noch die Frage, ob das Konzept Euroskeptizismus genauso auf Kandidatenländer wie auf Mitgliedsstaaten anwendbar ist. Seçkin Barış Gülmez kritisiert die oben angeführten Definitionen und merkt an, dass für Kandidatenländer der EU-Beitritt die entscheidende Projektionsfläche des Euroskeptizismus sei, viel mehr als die europäische Integration oder die EU an sich. Er schlägt daher den Begriff EU-Skeptizismus vor, der als Widerstand gegen die Beitrittskonditionalität definiert wird. Mit diesem lässt sich die Phase zwischen der Verleihung des Kandidatenstatus bis zum Beitritt eines Landes beschreiben. Die politische und wirtschaftliche Bedeutung der EU für ihre Mitgliedsstaaten ist nämlich eine andere als für Kandidatenstaaten, die vor dem Beitritt unter dem Druck stehen, Reformen im Sinne der Kopenhagener Kriterien und des *acquis* durchzuführen. Mit der Intensität der Konditionalität steigt daher auch das Niveau des EU-Skeptizismus.⁷⁰

Es ist allerdings fraglich, ob sich die Einstellungen von Parteien nach dem Ende der Konditionalität so stark ändern, dass man dafür einen eigenen Begriff benötigt. Auch

⁶⁹ Ebenda, S. 302-303.

⁷⁰ Gülmez, Seçkin Barış: EU-Scepticism vs. Euroscepticism. Re-assessing the Party Positions in the Accession Countries towards EU Membership; In: Laursen, Finn (Hrsg.) (2014): EU Enlargement – Current Challenges and Strategic Choices, P.I.E. Peter Lang, Brüssel, Bern, u.a., S. 193-197.

wenn die obigen Definitionen im Hinblick auf Mitgliedsstaaten erdacht wurden, werden Kandidatenländer nicht prinzipiell ausgeschlossen. Die Parteien in diesen Ländern können genauso Positionen zur EU und zur Europäischen Integration vertreten, wiewohl ihr Land nicht Mitglied der EU ist. Wichtig ist aber der Hinweis, dass die Ablehnung der Konditionalität eine große Rolle spielt.

2.4 Europäisierungsskeptizismus

In der vorliegenden Arbeit wird die Europäisierungstheorie mit dem Begriff des Euroskeptizismus kombiniert, um den EU-Annäherungsprozess Serbiens zu untersuchen. Damit wird versucht, Schwächen der Ansätze auszugleichen: In der Europäisierungstheorie ist die Meinung der Bevölkerung eine Art blinder Fleck, während beim Begriff Euroskeptizismus viel darüber diskutiert wurde, worauf sich der Begriff eigentlich bezieht. Die Kombination beider Ansätze erlaubt es, die Einstellung von Parteien und Bevölkerung mithilfe eines Begriffs zu untersuchen und Erkenntnisse über den Zusammenhang zwischen beiden zu gewinnen. Außerdem stellt sich nicht mehr vorrangig die Frage, ob von der Einstellung zur europäischen Integration oder zur EU die Rede ist, denn aus obiger Definition von Europäisierung ergibt sich, dass es um die Einstellung zu einem Prozess der Anpassung an EU-Vorgaben geht. Vermutlich wird der Begriff *Europäisierungsskeptizismus* schon aufgrund seiner Sperrigkeit nie Karriere machen, daher wird im Folgenden als Kurzform auch fallweise der Begriff Euroskeptizismus verwendet. Mit Europäisierungsskeptizismus und Euroskeptizismus sind im Folgenden Widerstände gegen bzw. die völlige Ablehnung von einem Prozess der Anpassung an von der EU vorgegebene Normen, Werte, politische Praktiken und Rhetorik gemeint.

Um mit Hilfe von Meinungsumfragen festzustellen, ob ein Teil der Bevölkerung europäisierungsskeptisch ist, kann man die Frage heranziehen, wie jemand abstimmen würde, wenn es ein Referendum zum EU-Beitritt des eigenen Landes gäbe (da es sich fast immer um eine hypothetische Frage handelt, kann die Frage in dieser Form sowohl in Mitgliedsstaaten als auch in Kandidatenländern gestellt werden). Man kann annehmen, dass in der Antwort auf diese Frage bereits eine Abwägung zwischen der Einstellung zur EU, zu einzelnen Politiken oder Forderungen der EU und zur europäischen Einigung enthalten ist. Je nachdem, wie diese verschiedenen Aspekte

gewichtet werden und ob der Saldo insgesamt positiv oder negativ ist, wird der oder die Befragte mit „Ja“, „Nein“ oder allenfalls „Weiß nicht“ antworten.

In Anlehnung an eine Einteilung von Marko Stojić wird in Bezug auf Parteien eine Unterscheidung zwischen europäisierungsskeptischer und europäisierungsfreundlicher Positionierung vorgeschlagen. Diese können jeweils in starker oder schwacher Ausprägung auftreten (siehe Tabelle 3).

	Einstellung zur Europäisierung	
Ausprägung	stark europäisierungsskeptisch	stark europäisierungsfreundlich
	schwach europäisierungsskeptisch	schwach europäisierungsfreundlich

Tabelle 3: Position zur Europäisierung; Eigene Zusammenstellung; Vgl: Stojić, Marko: From Deep-Seated Animosity to Principled Disagreement – A Comparative Analysis of Party-Based Euroscepticism in Serbia; In: Branislav Radeljić (Hrsg.) (2013): Europe and the Post-Yugoslav Space, Ashgate, Farnham, S. 137.

Die Differenzierung zwischen EU und europäischer Integration nach Kopecky und Mudde ist in dieser Kategorisierung nicht abgebildet, da die Unterscheidung auf Basis der mir zugänglichen Quellen nicht getroffen werden konnte. In Serbien werden diese Begriffe sowohl in Parteiprogrammen als auch von Politikerinnen und Politikern häufig synonym verwendet (möglicherweise ist diese Praxis in Kandidatenländern besonders ausgeprägt). Für eine genaue Abgrenzung müssten Interviews mit Parteifunktionärinnen und -funktionären geführt werden, was im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich war. Gleiches gilt im Übrigen für die Bevölkerung, bei der die vorliegenden Quellen eine solche Unterscheidung ebenfalls nicht zulassen.

3 Analytischer Teil

3.1 Methodologisches Vorgehen

Hinsichtlich der beiden Untersuchungsgegenstände – einerseits der Regierungsparteien und andererseits der Bevölkerung – werden verschiedene Herangehensweisen gewählt.

Als die wichtigsten Regierungsparteien seit 2000 wurden für die Zwecke der vorliegenden Arbeit die DS (Demokratische Partei), G17 Plus bzw. später URS (Vereinte Regionen Serbiens), DSS (Demokratische Partei Serbiens), SPS (Sozialistische Partei Serbiens) und SNS (Serbische Fortschrittspartei) definiert. Letztere ist aus der SRS

(Serbische radikale Partei) hervorgegangen, welche deshalb in die Analyse einbezogen wird, sofern dies für die Entwicklung der SNS relevant ist. In den meisten Regierungen waren noch andere Kleinparteien vertreten, die allerdings in der Fachliteratur und in den Medien regelmäßig verschwiegen werden, weil sie zum Teil nicht einmal über einen Ministerposten verfügten. Die fünf (bzw. mit der SRS sechs) Parteien wurden deshalb ausgewählt, weil sie bei Wahlen entweder auf einer eigenen Liste (ohne andere Parteien) antraten, oder weil es sich um die jeweils größte Partei einer mehrere Parteien umfassenden Liste handelte. Zusätzlich wurde die SPO (Serbische Erneuerungsbewegung) ausgeschlossen, da dieser der Einzug ins Parlament auf einer eigenen Liste zuletzt 2003 gelang.

Das Hauptproblem bei der Untersuchung der Positionen der Parteien ist, dass ihre Rhetorik sich oft vom tatsächlichen Verhalten in der Regierung unterscheidet. Insofern ist es schwierig, die „eigentliche“ Position einer Partei herauszuarbeiten, weshalb beide Aspekte in die Analyse einbezogen werden. Als Quellen dafür werden programmatische Dokumente der Parteien, Regierungsdokumente, Aussagen von hochrangigen Funktionärinnen und Funktionären, sowie vorhandene Literatur herangezogen. Die Fortschrittsberichte der EU haben sich als wenig ergiebig erwiesen, um den Stand der Europäisierung zu beurteilen, da es sich dabei um diplomatische Dokumente handelt, welche die zugrundeliegenden Absichten oft im Unklaren lassen. Zudem werden einzelne Themen nur sehr kurz behandelt und unabhängig davon, ob Fortschritte erzielt wurden oder nicht, meist weitere Anstrengungen gefordert.

Der Politikwissenschaftler Marko Stojić hat mehrere Beiträge zur Einordnung serbischer Parteien zwischen *hard* und *soft euroscepticism* verfasst (im Übrigen schreibt er gerade ein Buch zu diesem Thema⁷¹, das leider nicht in die vorliegende Arbeit einbezogen werden konnte). Auch Igor Bandović und Marko Vujačić haben sich in einem Aufsatz mit der Einstellung der serbischen Parteien beschäftigt. Jelena Subotić verfasste zwei Artikel zur Relevanz politischer Narrative bzw. politischer Identität für Europäisierung.

Ein Problem bei der Untersuchung besteht darin, dass die EU eine Fülle von Forderungen stellt, die alle für die Einstellung der Parteien prägend sein könnten. Da es nicht möglich ist, jede dieser Forderungen in die Analyse miteinzubeziehen, geht die vorliegende Arbeit von der Annahme aus, dass die Parteipositionen mithilfe bestimmter

⁷¹ Das Buch von Marko Stojić wird voraussichtlich im Herbst bei Palgrave Macmillan erscheinen und trägt den Titel „Party Responses to the EU in the Western Balkans: Transformation, Opposition or Defiance?“

Themenkomplexe untersucht werden können. Dabei handelt es sich um Bereiche, die im öffentlichen Diskurs besonders stark mit der EU verknüpft werden, weil diese einem Themenkomplex besondere Wichtigkeit zumisst, das Kandidatenland die Forderung in diesem Bereich aber über einen gewissen Zeitraum nicht erfüllt. Mit anderen Worten handelt es sich dabei um politisch besonders heikle Themen, die im folgenden Abschnitt auf Basis der Literatur definiert werden. An diesen lässt sich die Einstellung der Parteien zur EU exemplarisch ablesen.

Die Einstellung der Bevölkerung wird mithilfe repräsentativer Umfragen untersucht, die vom Büro für Europäische Integration der serbischen Regierung (BEI) seit 2002 meist zweimal pro Jahr in Auftrag gegeben wurden. Darin wird nicht nur die Einstellung zum EU-Beitritt Serbiens und zur EU an sich abgefragt, sondern es werden auch weiterführende Fragen gestellt, z.B. was mit der EU assoziiert wird, welche Bedingungen die Union stellt und wie beliebt sie im Vergleich mit anderen Ländern ist. Leider veröffentlicht das BEI nur Zusammenfassungen der Umfrageergebnisse und die Datensätze wurden auf Nachfrage nicht herausgegeben. Auch eine Fokusgruppen-Untersuchung über europäische Werte aus dem Jahr 2011 steht der Öffentlichkeit nicht zur Verfügung.

Bezüglich der Einstellung der Serbinnen und Serben zum EU-Beitritt können daher nur Hypothesen gebildet und auf ihre Plausibilität geprüft werden. Detailliertere Untersuchungen und eine Gewichtung der einzelnen Faktoren würden vollen Zugang zu den Umfrageergebnissen oder das Durchführen eigener Interviews in Serbien voraussetzen.

Euroskeptische Tendenzen innerhalb der serbischen Bevölkerung werden zwar in der Literatur gelegentlich erwähnt, sind aber – vermutlich aufgrund der immer noch hohen Zustimmungswerte zum Beitritt – bis dato sehr wenig untersucht worden. Der Chef des Umfrageinstituts Ipsos Srđan Bogosavljević hat 2007 einen Artikel über die Einstellung der serbischen Bevölkerung zur EU veröffentlicht und Zoran Lutovac hat einen Beitrag zur Übernahme von EU-Werten in Serbien geschrieben. Taggart und Szczerbiak haben eine Ausgabe des *Journal of West European Politics* herausgegeben, die ausschließlich den Referenden in den Beitrittsländern von 2004 gewidmet ist und Dejan Jović interpretiert in einem Beitrag zum Beitrittsreferendum in Kroatien die Einstellung der Bevölkerung zur EU.

Zusätzlich stützt sich die Arbeit auf zwei Experteninterviews, deren Einschätzungen

ebenfalls in die Arbeit eingeflossen sind. Diese wurden am 7. Februar 2017 mit Dr. Vedran Džihic vom Österreichischen Institut für Internationale Politik und am 17. Februar 2017 mit Dr. Ksenija Crnomarković von der Universität Jena geführt.

Der nächste Abschnitt widmet sich der Erweiterungspolitik der EU und einer chronologischen Darstellung der formalen Eckpunkte der EU-Annäherung Serbiens seit dem Jahr 2000. Darauf folgt die Untersuchung der wichtigsten Regierungsparteien bezüglich ihrer Position zur Europäisierung. Dabei stellt sich insbesondere die Frage, in welchen nationalen Konstellationen es zu Europäisierung gekommen ist und was Parteien dazu bringt, ihre Positionen zur EU-Mitgliedschaft zu verändern. Der letzte Abschnitt des analytischen Teils enthält eine Annäherung an die Einstellung der Bevölkerung zur Europäisierung, vor allem hinsichtlich Anzeichen eines sich formierenden Euroskeptizismus in breiteren Bevölkerungsschichten.

3.2 Serbien und der EU-Erweiterungsprozess

3.2.1 Die EU-Erweiterungsstrategie am Westbalkan

Im November 2000 wurde am Gipfel des Europäischen Rats in Zagreb der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess vorgestellt, womit sich für die Staaten des Westbalkans⁷² eine Beitrittsperspektive eröffnete. Kurz zuvor waren zwei autokratisch regierende Staatsoberhäupter der Region von der politischen Bildfläche verschwunden. Franjo Tuđman verstarb Ende 1999 und Slobodan Milošević wurde nach der Präsidentschaftswahl im Jahr 2000 entmachtet. Im Juni 2003, am Gipfel von Thessaloniki, wurde die Aussicht auf eine Vollmitgliedschaft für die Länder des Westbalkans bekräftigt und ein politischer und finanzieller Rahmen für den SAP vorgestellt.⁷³ Der Beitrittsperspektive lagen nicht zuletzt sicherheitspolitische Überlegungen zugrunde: Durch die Unterstützung der Demokratisierung in der Region

⁷² Der Begriff gilt als eine Schöpfung der EU-Bürokratie und tauchte erstmals auf dem besagten Gipfel auf, siehe: Džihic, Vedran/ Nadjivan, Silvia/ Paić, Hrvoje/ Stachowitsch, Saskia (2006): Europa – verflucht begehrt. Europavorstellungen in Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Serbien, 1. Auflage, Braumüller, Wien, S. 179.

Damals umfasst der Westbalkan Kroatien, Bosnien und Herzegowina, (Rest-) Jugoslawien (später Serbien und Montenegro), Mazedonien und Albanien. Kroatien ist mittlerweile EU-Mitglied, Montenegro ist ein unabhängiger Staat geworden und Kosovo ist als Staat, dessen Status umstritten ist, hinzugekommen.

⁷³ Bandović, Igor/ Vujačić, Marko: The European Question in Serbia's Party Politics; In: Stratulat, Corina (Hrsg.) (2014): EU Integration and Party Politics in the Balkans, European Policy Center, Issue Paper Nr. 77, Brüssel, S. 62.

sollten die Konflikte der 90er Jahre der Vergangenheit angehören.⁷⁴ Nach dem Ende des Kalten Krieges war der Wunsch groß, den europäischen Einigungsprozess voranzutreiben und es herrschte eine Art Erweiterungseuphorie vor. Diese fand ihren Ausdruck im sogenannten *big bang enlargement* 2004 und dem kurz darauffolgenden EU-Beitritt Rumäniens und Bulgariens.

Seit dem Gipfel in Thessaloniki sind fast fünfzehn Jahre vergangen und mittlerweile werden in der Politikwissenschaft verschiedenste Ausdrücke bemüht, um die Verschlechterung der Beziehungen zwischen der EU und den Westbalkanstaaten zum Ausdruck zu bringen: „enlargement fatigue, [...] 'digestion' difficulties of the 2004-2007 rounds of enlargement“⁷⁵, „depression“⁷⁶, „fading interest“⁷⁷, „dampening of enthusiasm for enlargement“ und natürlich „crisis of EU enlargement“⁷⁸.

Obwohl sich die EU in ihrer, von der Hohen Vertreterin für Sicherheits- und Außenpolitik Federica Mogherini im Jahr 2016 veröffentlichten, „Global Strategy“ weiterhin zu einer Beitrittsperspektive für die Westbalkanstaaten (und die Türkei) bekennt, gibt es im selben Dokument auch Anzeichen dafür, dass ein Beitritt in Zukunft schwieriger sein wird als bisher. So heißt es bspw., die Erweiterungspolitik werde „sich durch eine stärkere Überprüfung der Reformen, einen klarer definierten Reformbedarf und Rückmeldungen seitens der Europäischen Kommission und der Mitgliedstaaten sowie der Zivilgesellschaften vor Ort auszeichnen“⁷⁹. Da dies auch bisher schon in den jährlich erscheinenden Fortschrittsberichten geschah, ist davon auszugehen, dass in Zukunft die Voraussetzungen höher sein werden und ihre Erfüllung strenger geprüft wird. Dies kann auch daran abgelesen werden, dass Kroatien bereits 35 Kapitel verhandeln musste, im Gegensatz zu früheren Beitrittskandidaten, für die es reichte, die Bedingungen aus 31 Kapiteln zu erfüllen.

Corina Stratulat schreibt, die Kopenhagener Kriterien wurden in den letzten Jahren

74 Balfour, Rosa/ Stratulat, Corina: Between Engagement and Cold Feet: Ten Years of the EU in the Western Balkans; In: Prifti, Eviola (Hsg.) (2013): The European Future of the Western Balkans: Thessaloniki@10 (2003-2013), European Union Institute for Security Studies, Paris, S. 19-20.

75 Ebenda, S. 19.

76 Ristić, Irena: Stuck between a Rock and a Hard Place: Serbia's EU Integration Process; In: Petritsch, Wolfgang/ Svilanović, Goran/ Solioz, Christophe (Hrsg.) (2009): Serbia Matters: Domestic Reforms and European Integration, 1. Auflage, Nomos, Baden-Baden, S. 49.

77 Günay, Cengiz/ Džihic, Vedran (2016): Decoding the Authoritarian Code: Exercising 'Legitimate' Power Politics through the Ruling Parties in Turkey, Macedonia and Serbia, Southeast European and Black Sea Studies, Nr. 16 (4), S. 531.

78 Panagiotou, Ritsa (2013): The Greek Crisis as a Crisis of EU Enlargement: How Will the Western Balkans Be Affected?, In: Southeast European and Black Sea Studies, Nr. 13 (1), S. 89.

79 Europäische Kommission (2016): Gemeinsame Vision, gemeinsames Handeln: Ein stärkeres Europa. Eine globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, Brüssel, S. 17.

detaillierter ausformuliert bzw. informell erweitert um „good governance criteria – maintenance of the rule of law, and independent judiciary, efficient public administration, the fight against corruption and organised crime, civil society development, and media freedom“⁸⁰.

Aufgrund der Erfahrungen mit dem kroatischen Beitrittsprozess versucht die EU nun, die Kapitel, welche die schwierigsten Verhandlungsmaterien enthalten, nämlich Kapitel 23 über Rechtssprechung und Grundrechte sowie Kapitel 24 über Justiz, Freiheit und Sicherheit gleich in der Anfangsphase zu eröffnen (so geschehen im Falle Montenegros und Serbiens). Weiters wurden die Verhandlungen in noch mehr Stufen (*benchmarks*) unterteilt, die durchlaufen werden müssen. Durch frühes *screening* soll der Druck der EU schon vor den Verhandlungen erhöht werden und durch Monitoring-Mechanismen länger erhalten bleiben.⁸¹

Die Zusammensetzung der aktuellen Kommission deutet ebenfalls darauf hin, dass die Erweiterung keine hohe Priorität mehr hat. Unter Jean-Claude Juncker wurden die Zuständigkeiten der Kommissionsmitglieder verändert. Anstatt eines Kommissars für Erweiterung gibt es nun einen Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) und Erweiterungsverhandlungen. Dieser Posten wird vom Österreicher Johannes Hahn bekleidet. Der feine Unterschied zwischen Erweiterung und Erweiterungsverhandlungen kann als Signal dafür aufgefasst werden, dass die EU mehr an Verhandlungen als an tatsächlichen Erweiterungen interessiert ist. Zudem werden die nächsten Berichte der Kommission über die Kandidatenländer erst im Frühling 2018 erscheinen. Bisher wurden die Fortschrittsberichte jeweils im Herbst des Jahres veröffentlicht.⁸²

Dazu passt auch die Aussage des Kommissionspräsidenten Juncker, der vor dem Amtsantritt in seinen politischen Leitlinien festlegte: „Die EU muss bei der Erweiterung eine Pause einlegen, damit wir konsolidieren können, was die 28 Mitgliedstaaten erreicht haben. Unter meiner Präsidentschaft der Kommission werden deshalb die laufenden Verhandlungen fortgeführt, da insbesondere die westlichen Balkanstaaten weiter eine europäische Perspektive brauchen, es wird aber in den nächsten fünf Jahren keine Erweiterung mehr geben.“⁸³ Es hätte wohl kaum jemand, der die

80 Balfour, Rosa/ Stratulat, Corina: Between Engagement and Cold Feet: Ten Years of the EU in the Western Balkans; In: Prifti, Eviola (Hsg.) (2013): The European Future of the Western Balkans: Thessaloniki@10 (2003-2013), European Union Institute for Security Studies, Paris, S. 21.

81 Balfour, Rosa/ Stratulat, Corina: Ebenda, S. 21-22.

82 Stojić, Marko (2016): EU-Enlargement after Brexit: Temporary Turmoil or the Final Nail in the Coffin of Enlargement?; In: Eastern Monitor, Europeum, Prag, S. 3.

83 Juncker, Jean-Claude (2014): Politische Leitlinien für die nächste Europäische Kommission. Ein neuer

Erweiterungspolitik beobachtet, widersprochen, da sich bereits 2014 abzeichnete, dass kein Kandidatenland bis 2019 die Beitrittsreife erreichen würde. Dass Juncker sich dennoch dezidiert gegen Erweiterungen in seiner Periode ausspricht, muss daher als ein weiteres negatives Signal bezüglich der Aufnahmefähigkeit der EU gelesen werden. Der Hauptgrund dafür besteht darin, dass die Mehrheit der Bevölkerung in vielen Mitgliedsstaaten weitere Erweiterungen ablehnt, was sich wiederum auf die Haltung der jeweiligen Regierungen niederschlägt.⁸⁴

Allerdings sind zumindest einzelne Mitgliedsstaaten daran interessiert, den Beitrittsprozess am Leben zu halten. Von der deutschen Regierung wurde 2014 der sogenannte Berlin-Prozess angestoßen, ein Treffen der Staatsspitzen der Westbalkanländer mit den besonders an der Erweiterung interessierten Mitgliedsstaaten. Die erste Konferenz beschäftigte sich thematisch mit Infrastruktur und Verbesserung der Verkehrswege, hatte darüber hinaus aber „auch eine große symbolische Bedeutung, da der sonst technokratische EU-Annäherungsprozess politisch aufgeladen und besser sichtbar gemacht wird.“⁸⁵ Seither waren im Abstand von jeweils einem Jahr Wien und Paris die Gastgeber. Bei der letzten Konferenz nahmen neben den Westbalkanstaaten auch Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich, Kroatien, Slowenien und Vertreter der Europäischen Kommission teil. Dort wurde die Beitrittsperspektive für Serbien (und die anderen Westbalkanstaaten) erneut bekräftigt, allerdings wurde das Treffen vom Volksentscheid in Großbritannien, die EU zu verlassen, überschattet. Dieser in der Geschichte der Union einmalige Vorgang wurde als Schwächung der EU interpretiert. Überdies galt Großbritannien als Befürworter von Erweiterungen.⁸⁶

Die trotz der genannten Initiativen weit verbreitete Erweiterungsmüdigkeit innerhalb der EU wird häufig als ausschlaggebender Faktor für mangelnde Fortschritte einzelner Kandidatenländer verantwortlich gemacht. Wäre der größte Anreiz, die Verhandlungen erfolgreich abzuschließen – nämlich der Beitritt – realistischer, würden sich die Länder rascher, nachhaltiger und tiefgreifender europäisieren.⁸⁷ Die herausragende Wichtigkeit

Start für Europa: Meine Agenda für Jobs, Wachstum, Fairness und demokratische Wandel, Straßburg, S. 12.

84 Schwarz, Oliver (2010): Erweiterung als Überinstrument der Europäischen Union? Zur Europäisierung des westlichen Balkans seit der EU-Osterweiterung, 1. Auflage, Nomos, Baden-Baden, S. 155, 180.

85 Feyerabend, Florian, u. a. (2016): 3. Westbalkan-Konferenz in Paris. Reaktionen und Wahrnehmungen aus Deutschland und dem Westbalkan, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sonderbericht, Berlin, S. 1.

86 Stojić, Marko (2016): EU-Enlargement after Brexit: Temporary Turmoil or the Final Nail in the Coffin of Enlargement?, In: Eastern Monitor, Europeum, Prag, S. 2-3.

87 Elezi, Gentian: Weak Conditionality and Uncertain Membership Perspective. Discussing EU Integration of the Western Balkans; In: Laursen, Finn (Hrsg.) (2014): EU Enlargement – Current Challenges and Strategic Choices, P.I.E. Peter Lang, Brüssel/ Bern/ u.a., S. 238.

des Modells externer Anreize für die Europäisierung von Beitrittsaspiranten wurde bereits herausgearbeitet (siehe 2.2.2). Dennoch kann eine solche Sichtweise problematisch sein, da sie den Blick auf politische Vorgänge und ihre Dynamik innerhalb der Kandidatenländer⁸⁸ verstellt. In den letzten Jahren lässt sich ein zunehmendes Desinteresse für den Westbalkan seitens der EU und ihrer Mitgliedsstaaten beobachten. Die EU ist daher kein omnipotenter Akteur (mehr), der gleichzeitig die Spielregeln vorgibt, ihre Einhaltung überwacht und Erfolge belohnt, während die Kandidatenländer bloß reagieren und von der EU in die gewünschte Richtung gesteuert werden können. Da die Aufnahmewilligkeit der EU zurzeit gering ist, kann sie weder starken Druck auf die Westbalkanstaaten ausüben, noch haben ihre Werte starke Anziehungskraft, weil die Uneinigkeit innerhalb der Union größer als je zuvor erscheint. Deshalb ist der politische Spielraum für die Regierungen der Kandidatenländer größer geworden. Der internen Machtkonstellation in diesen Ländern kommt somit entscheidende Bedeutung für den Fortgang der EU-Annäherung zu.

3.2.2 Chronologie der EU-Annäherung Serbiens

Wie in allen Republiken der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (SFRJ) wurden auch in Serbien in den 1990er Jahren, erstmals seit der Machtübernahme der Kommunisten, Mehrparteienwahlen durchgeführt, doch es kam nicht zu einer tiefgreifenden Demokratisierung. Slobodan Milošević regierte das Land autokratisch, führte es aufgrund blutiger Konflikte in und mit den Nachbarstaaten in die Isolation und ging auf Konfrontationskurs zur EU. Es folgten Sanktionen der internationalen Gemeinschaft. Nach tagelangen Massenprotesten im Oktober 2000 war der Amtsinhaber Milošević gezwungen, seine Niederlage bei den Wahlen zum jugoslawischen Staatspräsidenten gegen den gemeinsamen Kandidaten der Opposition, Vojislav Koštunica, einzugestehen.⁸⁹ Damit eröffnete sich für Serbien eine Beitrittsperspektive zur EU.

Der erste Ministerpräsident nach dem demokratischen Umbruch, Zoran Đinđić, verfolgte einen Kurs der EU-Annäherung und lieferte umgehend Slobodan Milošević an den

⁸⁸ Unter Kandidatenland und Beitrittskandidat werden in der Folge nicht nur jene Länder verstanden, denen der Kandidatenstatus offiziell zuerkannt wurde, sondern alle Westbalkanstaaten, die noch nicht Mitglied der EU sind.

⁸⁹ Sundhaussen, Holm (2012): Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten 1943-2011 – Eine ungewöhnliche Geschichte des Gewöhnlichen, 1. Auflage, Böhlau Verlag, Wien/ Köln/ Weimar, S. 449-450.

Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag aus. Ab November 2000 war Serbien Teil des oben erwähnten SAPs der EU. Diese hob ihre Sanktionen auf, stellte finanzielle Mittel zur Verfügung und gewährte sogenannte *Autonomous Trade Measures* (ATM). Das bedeutete, dass für den Import von Waren aus Jugoslawien in die EU, abgesehen von einigen Ausnahmen, keine mengenmäßigen Beschränkungen mehr bestanden und keine Zölle anfielen. Zudem nahm das Land nun an der „Europäischen Partnerschaft“ teil, die Kandidatenländern dabei helfen soll, kurz- und mittelfristige Maßnahmen zu identifizieren, die für einen EU-Beitritt notwendig sind.⁹⁰ Damals bildete Serbien noch gemeinsam mit Montenegro die Bundesrepublik Jugoslawien (ab 2003 Serbien und Montenegro), allerdings waren die bundesstaatlichen Institutionen sehr schwach, weshalb die EU bald für beide Republiken getrennte Evaluierungen vornahm.⁹¹

Im Jahr 2003 wurde Ministerpräsident Đinđić erschossen. Obwohl sein Nachfolger Zoran Živković versuchte, den EU-freundlichen Kurs fortzusetzen, geriet die Annäherung in der Folge ins Stocken. Im Oktober 2005 begannen schließlich Verhandlungen über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen unter der Regierung Vojislav Koštunica, die allerdings aufgrund mangelnder Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) im Mai 2006 eingefroren und erst im Juni 2007 wieder aufgenommen wurden (unter der Bedingung der vollen Kooperation mit dem ICTY). Im April 2008 wurde das Abkommen von Serbien, der EU und ihren Mitgliedsstaaten unterzeichnet, der Ratifikationsprozess wurde allerdings von Fortschritten bei der Kooperation mit dem Strafgerichtshof in Den Haag abhängig gemacht.

Daraufhin begann Serbien im Jänner 2009 mit der unilateralen Anwendung des noch nicht ratifizierten Abkommens. Im Dezember desselben Jahres stellte das Land unter Ministerpräsident Mirko Cvetković und Staatspräsident Boris Tadić formal ein Beitrittsgeuch. Zudem trat die Visaliberalisierung in Kraft. Schließlich begannen die EU und ihre Mitgliedsstaaten im Juni 2010 den Ratifikationsprozess des SAA. Im April 2011 schickte Serbien die letzten Antworten auf den umfangreichen Fragebogen der EU, auf Basis dessen die Kommission im Oktober desselben Jahres empfahl, Serbien den Kandidatenstatus zu verleihen. Dem war die Verhaftung des letzten vom ICTY

90 Europäische Kommission (2005): Serbia and Montenegro – Progress Report, {COM (2005) 561 final}, Brüssel, S. 5.

91 Delević, Milica: Serbia's EU Integration: Unfinished Business, but Who Is to Finish It?; In: Petritsch, Wolfgang/ Svilanović, Goran/ Solioz, Christophe (Hrsg.) (2009): Serbia Matters: Domestic Reforms and European Integration, 1. Auflage, Nomos, Baden-Baden, S. 42.

Gesuchten, Goran Hadžić, im Juli 2011 vorausgegangen, sowie die Verhaftung des ebenfalls angeklagten ehemaligen Generals Ratko Mladić einen Monat zuvor.⁹² Nachdem die Europäische Kommission im März 2012 zum zweiten Mal die Verleihung des Kandidatenstatus empfohlen hatte, kam der Europäische Rat dieser Empfehlung nach.

Unter einer neuen Regierung empfahl die EK im April 2013 den Beginn der Verhandlungen, der von den Staats- und Regierungsspitzen im Europäischen Rat im Juni desselben Jahres beschlossen wurde. Im September 2013 trat das SAA in Serbien in Kraft.⁹³ Alle anderen Staaten des Westbalkans (ausgenommen Bosnien-Herzegowina und Kosovo) hatten diesen Schritt schon früher gesetzt. Im Jänner 2014 wurden die Beitrittsverhandlungen auf einer intergouvernementalen Konferenz mit den höchsten Repräsentanten und Repräsentantinnen der serbischen Regierung und sieben Außenministern und Außenministerinnen von EU-Mitgliedsstaaten eröffnet. Die Eröffnung der ersten beiden Kapitel im Dezember 2015 markierte den eigentlichen Beginn der Verhandlungen. Es handelte sich dabei um Kapitel 32 (Finanzkontrolle) und Kapitel 35 (Sonstiges), das u.a. die Normalisierung der Beziehungen mit Kosovo beinhaltet.

Im Juli 2016 wurden die Kapitel 23 (Rechtssprechung und Grundrechte) und 24 (Justiz, Freiheit und Sicherheit) eröffnet.⁹⁴ Die kroatische Regierung, die im Wahlkampf und nach ihrem Amtsantritt vor allem durch nationalistische Töne auffiel, blockierte die Eröffnung und begründete dies mit der Unzufriedenheit über ein serbisches Gesetz zur Verfolgung von Kriegsverbrechen, das die Zuständigkeit serbischer Gerichte auf Nachbarländer ausdehnt und den mangelnden Schutz der kroatischen Minderheit in Serbien.⁹⁵ Nach Verhandlungen gab sie ihr Veto auf.

Laut Angaben der EU-Delegation in Serbien wurden dem Land seit 2000 über drei Milliarden Euro aus EU-Fonds zur Verfügung gestellt, das bedeutet im Schnitt ca. 200 Mio. Euro pro Jahr. Das Geld sollte dazu verwendet werden, Serbien in

92 Homepage des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien: The Fugitives, <http://www.icty.org/en/about/office-of-the-prosecutor/the-fugitives>, abgerufen am 10.1.2017.

93 Bandović, Igor/ Vujačić, Marko: The European Question in Serbia's Party Politics; In: Stratulat, Corina (Hrsg.) (2014): EU Integration and Party Politics in the Balkans, European Policy Center, Issue Paper Nr. 77, Brüssel, S. 50.

94 Homepage der Europäischen Kommission: Serbia – Membership Status, https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/countries/detailed-country-information/serbia_en, abgerufen am 5.1.2017.

95 EU Observer, 2.6.2016: Croatia Lifts Veto on EU-Serbia Accession Talks, <https://euobserver.com/enlargement/133668>, abgerufen am 10.2.2017.

unterschiedlichen Bereichen an EU-Standards heranzuführen, z.B. wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung, Landwirtschaft, Bildung, Gesundheit, grenzübergreifende Zusammenarbeit und administrative Kapazität.⁹⁶

Im Vergleich zu den postkommunistischen Staaten Osteuropas, die schon 2004 und 2007 Mitglieder der Union wurden, begann der EU-Annäherungsprozess Serbiens erst mit zehn Jahren Verspätung. In der Gruppe der Westbalkanstaaten geriet Serbien erneut in Rückstand, und zwar einerseits zu Kroatien, das bereits 2013 der Union beitrat und andererseits zu Montenegro, das mit 22 offenen und zwei wieder geschlossenen Kapiteln im Verhandlungsprozess schon weit fortgeschritten ist. Das erklärte Ziel aller serbischen Regierungen seit dem Sturz Miloševićs war zwar eine Annäherung an die EU, allerdings waren die an der Regierung beteiligten Parteien und Personen in recht unterschiedlichem Maße gewillt, bestimmte Forderungen der Union umzusetzen. Zeitweise kam die EU-Annäherung und folglich der Prozess der Europäisierung fast gänzlich zum Erliegen, obwohl die Zustimmung der Bevölkerung kontinuierlich hoch war. Um dies zu erklären, wird im folgenden Abschnitt versucht, die Positionen der Parteien darzustellen, die diese Regierungen bildeten.

3.3 Die Positionen der serbischen Regierungsparteien zur Europäisierung

Die Anpassung an den rechtlichen Besitzstand der EU und ihre politischen Praktiken stellt jedes Kandidatenland vor große Herausforderungen, da zahlreiche verschiedene Politikfelder betroffen sind und fast jede Einheit der staatlichen Verwaltung Veränderungen durchführen muss. Deshalb ist es schwierig, die Einstellung von Parteien zur Europäisierung zu messen oder zu beschreiben, weil nicht alle Bereiche, in denen die EU Forderungen stellt, in einer Arbeit untersucht werden können. Die Grundannahme in der vorliegenden Arbeit besteht darin, dass sich die Einstellung von Parteien zur Europäisierung an bestimmten Themenkomplexen ablesen lässt. Das sind jene Bereiche, in denen erstens keine Einigkeit zwischen EU und Kandidatenland besteht und die zweitens von den Organen der EU besonders häufig erwähnt werden und im EU-Diskurs des Kandidatenlands sehr präsent sind. Dies verweist auf die hohe Priorität, die diesen

⁹⁶ RTS, 24.2.2017: Kuda ide novac iz Evropske Unije? [Wohin geht das Geld aus der Europäischen Union], <http://www.rts.rs/page/stories/sr/story/13/ekonomija/2642480/gde-ide-ide-novac-iz-evropske-unije.html>, abgerufen am 26.2.2017.

Themen seitens der EU zugemessen wird. Schafft es eine Regierung nicht, in diesem Bereich zu einem Kompromiss zu kommen, ist ein EU-Beitritt nicht denkbar. Im Falle Serbiens waren die heikelsten Punkte seit 2000 der Status des Kosovo und die Zusammenarbeit mit dem ICTY. In den letzten Jahren gibt es Anzeichen dafür, dass auch die Rechte sexueller Minderheiten und die Beziehungen zu Russland sich zu solchen Themen entwickeln könnten.

Politische Konflikte zwischen einem Beitrittskandidat und der EU können sich an einer Vielzahl unterschiedlicher Forderungen entzünden. Bei bisherigen Kandidatenländern haben sich z.B. das unbeschränkte Recht von Ausländern und Ausländerinnen Land zu kaufen oder die Reform der Agrarförderungen als problematisch erwiesen (u.a. weil die Agrarförderung, die den Beitrittsaspiranten angeboten wurde, wesentlich niedriger war als für die bestehenden EU-Mitglieder).⁹⁷ Cengiz Günay bezeichnet die EU als „neoliberal hegemon“, worunter er versteht, dass der Grundpfeiler der Außenwirtschaftspolitik der Union der Glaube an die Rationalität freier Märkte ist. Diese würden Wohlstand schaffen, weshalb die EU Liberalisierungen und Privatisierungen in vielen Bereichen fordert.⁹⁸ Man könnte daher annehmen, dass in den Kandidatenländern Diskussionen über Verteilungsfragen und Profiteure von Liberalisierungsprozessen geführt werden. Tatsächlich werden in Serbien EU-Forderungen im wirtschaftlichen Bereich aber meist ohne intensive Diskussion umgesetzt⁹⁹ und damit ohne auf die Frage einzugehen, wem diese Maßnahmen nützen bzw. schaden.

Andererseits gibt es eine Reihe von EU-Forderungen, die in der Öffentlichkeit zum Teil so intensiv diskutiert wurden, dass sie zum Sturz von Regierungen geführt haben (siehe 3.3.3). Sie alle stehen im Zusammenhang mit der nationalen Identität Serbiens bzw. einer Bedrohung ebendieser. In einem Aufsatz benennt Hannes Swoboda, der sich als Abgeordneter des Europaparlaments intensiv mit Südosteuropa befasste, die Hauptpunkte, welche die Beziehungen zur EU belasteten: die Zusammenarbeit mit dem Haager Tribunal, die Statusfrage des Kosovo, Probleme bezüglich der Staatenunion

97 Gülmez, Seçkin Barış: EU-Scepticism vs. Euroscepticism. Re-assessing the Party Positions in the Accession Countries towards EU Membership; In: Laursen, Finn (Hrsg.) (2014): EU Enlargement – Current Challenges and Strategic Choices, P.I.E. Peter Lang, Brüssel/ Bern/ u.a., S. 201-202.

98 Günay, Cengiz (2016): Reality Check: Why the EU Needs to Rethink its Neighbourhood Policy, 29 Papers, European Institute of the Mediterranean, S. 15.

Günay bezieht sich auf die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP), seine Annahmen sind aber für Kandidatenländer wie Serbien genauso, wenn nicht sogar in höherem Ausmaß zutreffend, wie für die ENP-Länder.

99 Interview mit Vedran Džihić am 7.2.2017, Wien.

Serbien und Montenegro (die allerdings 2006 nach Verhandlungen friedlich aufgelöst wurde), die Behandlung nationaler Minderheiten wie Ungarn und Ungarinnen oder Roma, die Beziehung zu den Nachbarländern, sowie die serbische Außenpolitik gegenüber der Russischen Föderation.¹⁰⁰

Hinzuzufügen ist noch die Behandlung sexueller Minderheiten, die in letzter Zeit an Relevanz gewonnen hat und meist im Zusammenhang mit der Abhaltung der Gay Pride in Belgrad diskutiert wird. 2001 endete die „Parade des Stolzes“ im Chaos, da die Polizei die an der Veranstaltung Teilnehmenden nicht vor den gewalttätigen Gegendemonstranten (hauptsächlich Männer) schützen wollte oder konnte. 2004 und 2009 konnte die Parade aufgrund von Sicherheitsbedenken nicht stattfinden, weshalb das Thema von der EU aufgegriffen wurde und sich zu einem weiteren Indikator der Beitrittsreife Serbiens entwickelte.¹⁰¹ Der Grund für die kontroverse Diskussion dieses Themas liegt in der serbischen Identität, in der traditionelle Werte und Familienbilder, wie sie die orthodoxe Kirche verfißt, eine wichtige Rolle spielen.

Das traditionell gute Verhältnis zwischen Serbien und Russland wird von Seiten der EU zum Teil mit Argwohn betrachtet, allerdings gibt es auch ein gewisses Verständnis dafür, dass Serbien seine Position (noch) nicht vollständig in Einklang mit der Außenpolitik der EU gebracht hat. Das Land hat sich den Sanktionen gegenüber Russland nicht angeschlossen, betont andererseits aber die territoriale Integrität der Ukraine und hat die Annexion der Krim durch die Russische Föderation nicht anerkannt.¹⁰² Die serbisch-russische Freundschaft wird von Regierungsverantwortlichen gerne zur Schau gestellt, sie wird aber nicht so stark mit der EU in Verbindung gebracht wie der ICTY oder Kosovo. Die Position der Regierungen bestand bisher darin, dass die EU-Annäherung gute Beziehungen zu Russland nicht ausschließt.

Auf der Agenda der EU stehen außerdem die Stellung nationaler Minderheiten und die Beziehungen zu den Nachbarstaaten (ausgenommen Kosovo). Diese haben aber den Beitrittsprozess bisher noch nicht so belastet wie die Themen Kosovo und Den Haag, die omnipräsent im EU-Diskurs in Serbien sind.¹⁰³ Die regionalen Beziehungen

100Swoboda, Hannes: Serbia and European Integration; In: Petritsch, Wolfgang/ Svilanović, Goran/ Solioz, Christophe (Hrsg.) (2009): Serbia Matters: Domestic Reforms and European Integration, 1. Auflage, Nomos, Baden-Baden, S. 36-39.

101Mikuš, Marek (2011): „State Pride”. Politics of LGBT Rights and Democratisation in „European Serbia”; In: East European Politics and Societies, Nr. 25 (4), SAGE Publications, S. 834-836.

102Euractiv, 8.5.2014: Serbia: Balancing between Russia and the West, <http://www.euractiv.rs/component/content/article/195-engleski/7230-serbia-balancing-between-russia-and-the-west-.html>, abgerufen am 18.2.2017.

103Salamurović, Aleksandra (2012): Der politische und mediale Diskurs in Serbien und Kroatien

(ausgenommen mit dem Kosovo) waren in den letzten Jahren stabil, auch wenn es derzeit Anzeichen für eine Verschlechterung gibt (bspw. die Blockade des Kapitel 23 durch Kroatien oder die Frage, wie Serbien auf die secessionistische Politik in der *Republika Srpska* reagieren wird). Auf gelegentliche Verstimmungen mit Nachbarländern aufgrund nationalistischer Rhetorik, insbesondere in Wahlkampfzeiten, folgte meist schnell eine rituelle Versöhnung. Diesbezügliche Treffen zwischen den Staatsspitzen sind an der Tagesordnung, wie die Zusammenkunft der kroatischen Präsidentin Kolinda Grabar-Kitarović mit dem serbischen Premier Aleksandar Vučić im Juni 2016 zeigt.¹⁰⁴

Die Stellung nationaler Minderheiten hat sich zwar in den letzten fünfzehn Jahren kaum verbessert, das Thema wird in der serbischen Öffentlichkeit aber selten mit der EU verknüpft, weshalb es für die Position der Parteien zur Europäisierung nicht entscheidend ist.

Mit Abstand am häufigsten werden in Publikationen über Serbiens Beziehungen zur EU die Zusammenarbeit mit dem ICTY und der umstrittene Status des Kosovo als Stolpersteine genannt. Unter der ersten von Vojislav Koštunica geführten Regierung, der persönlich die Auslieferung von Milošević ablehnte, gestaltete sich die Zusammenarbeit mit dem Haager Tribunal zunehmend schwierig und kam schließlich ganz zum Erliegen. In der Zwischenzeit hatte sich die Kooperation mit dem ICTY aber zum Hauptkriterium – laut Jelena Subotić zeitweise sogar zum einzigen, anhand der Auslieferungen leicht quantifizierbaren Kriterium – für eine EU-Annäherung entwickelt. Die Verhandlungen über das SAA wurden daher von der EU über ein Jahr lang ausgesetzt. Die zweite Regierung unter Koštunica zerbrach nach weniger als einem Jahr an der Frage, wie auf die einseitige, von den USA und den meisten EU-Mitgliedsstaaten¹⁰⁵ unterstützte Unabhängigkeitserklärung des Kosovo im Februar 2008 reagiert werden sollte. Die Statusfrage des Kosovo entwickelte sich in der Folge zum zweiten Stolperstein, der die Beitrittsverhandlungen bis heute regelmäßig überschattet.¹⁰⁶ Ab dem Jahr 2011 kam zwar

zwischen Euroskeptizismus und Populismus; In: Südosteuropa. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft Nr. 2, S. 248 - 249.

104Balkan Insight, 20.6.2016: Serbian, Croatian Leaders Sign Up to Closer Ties, <http://www.balkaninsight.com/en/article/serbian-pm-and-croatian-president-signed-declaration-on-improving-relationship-06-20-2016>, abgerufen am 7.3.2017.

105Fünf der 28 EU-Mitgliedsstaaten erkennen die Unabhängigkeit des Kosovo bis dato nicht an, nämlich Zypern, Griechenland, Rumänien, Slowakei und Spanien. Trotz der Uneinigkeit der EU ist der Druck auf Serbien groß den Kosovo anzuerkennen, da der Beitritt eines Landes mit umstrittenen Grenzen nach der Erfahrung mit Zypern wahrscheinlich nicht möglich sein wird und eine Rücknahme der kosovarischen Unabhängigkeit so gut wie ausgeschlossen ist.

106Subotić, Jelena (2010): Explaining Difficult States. The Problems of Europeanization in Serbia; In:

Bewegung in diese Sache, offiziell erkennt Serbien seinen südlichen Nachbarn aber weiterhin nicht an.

Im folgenden Abschnitt werden das ideologische Profil und die Einstellungen der wichtigsten serbischen Regierungsparteien zur EU untersucht. Diese kann vor allem an der Position zu und dem Umgang mit den Themenkomplexen Statusfrage des Kosovo und Zusammenarbeit mit dem ICTY abgelesen werden. Auch die Rechte sexueller Minderheiten und die Beziehungen zu Russland werden in Serbien gelegentlich in Bezug zum Beitrittsprozess gesetzt, weshalb sie einbezogen werden, sofern sie Aufschluss über die Position zur EU geben können. Der Schwerpunkt der Darstellung liegt auf einer Analyse der Rhetorik und der tatsächlichen Handlungen während einer Regierungsbeteiligung der jeweiligen Parteien.

Des Weiteren werden die Parteien hinsichtlich der Frage untersucht, ob ihre Einstellung zur EU eher durch externe Anreize geformt wird (rationalistischer Ansatz) oder auf der Verinnerlichung von Werten beruht (konstruktivistischer Ansatz).

3.3.1 Demokratische Partei (DS)

In ihrer Gründungsphase war die demokratische Partei eine Mitte-Rechts Partei, die marktliberale Werte vertrat. Erst später, während der Regierungsbeteiligung unter Zoran Đinđić, wurden sozialdemokratische Prinzipien im Parteiprogramm verankert und die DS trat dem europaweiten Parteienbündnis Sozialdemokratische Partei Europas (PES) bei. Während ihres ganzen Bestehens hindurch hat die Partei konsistent für einen EU-Beitritt Serbiens geworben. Dieses Ziel ist ein wesentlicher identitätsstiftender Faktor.¹⁰⁷ Parteichef Đinđić sagte bei einer Rede: „Europe is our house and no price is too high to pay [...] I am for Europe“¹⁰⁸.

Die DS war einer der Hauptakteure im Oppositionsbündnis DOS, das Miloševićs Rücktritt erzwang und 18 sehr unterschiedliche Oppositionsparteien vereinte. Während der ersten Regierungsbeteiligung zwischen 2000 und 2003 wurde Milošević, gegen den Willen des jugoslawischen Staatspräsidenten Koštunica, dessen Partei DSS ein

East European Politics and Societies, 24 (4), S. 600-607.

¹⁰⁷Stojić, Marko: Ideological Families and Party Attitudes toward the EU in Serbia and Croatia; In: Laursen, Finn (Hrsg.) (2014): EU Enlargement – Current Challenges and Strategic Choices, P.I.E. Peter Lang, Brüssel/ Bern/ u.a., S. 219.

¹⁰⁸Đinđić, Zoran, zit. nach: Subotić, Jelena (2011): Europe Is a State of Mind: Identity and Europeanization in the Balkans; In: International Studies Quarterly, Nr. 55, S. 324.

Koalitionspartner war, an den Strafgerichtshof in Den Haag ausgeliefert, was zur ersten schweren Regierungskrise des heterogenen Parteienbündnisses DOS führte. Đinđić wollte Milošević zwar vor Gericht stellen, allerdings sollte der Prozess in Serbien stattfinden. Die Auslieferung stand im Zusammenhang mit der Zusage von US-amerikanischer Finanzhilfe. Im März 2003 wurde der Parteivorsitzende der DS und amtierende Ministerpräsident Serbiens, Đinđić, im Zuge einer Operation namens „Den Haag stoppen“, von Mitgliedern der paramilitärischen Organisation „Rote Barette“, ermordet. Neuer Partei- und Regierungschef wurde Zoran Živković, der allerdings kurz darauf von Boris Tadić als Parteichef abgelöst wurde.¹⁰⁹ Das Attentat auf Đinđić offenbarte die Widerstände gegen den Europäisierungskurs der Regierung.

Noch unter Đinđić wurde im Jahr 2002 der Rat für europäische Integration geschaffen, ein die Regierung beratendes Organ und eine Ministerialabteilung gegründet, die demselben Zweck diene.¹¹⁰

Tadić wurde 2004 zum Präsidenten Serbiens gewählt und unter seiner Führung wurde die DS konservativer und nationalistischer.¹¹¹ Das hat wohl auch damit zu tun, dass die Frage des Status des Kosovo damals mehr und mehr in den Vordergrund rückte. Nach vorzeitigen Neuwahlen regierte die DS zwischen 2007 und 2008 im zweiten Kabinett von Koštunica wieder mit (siehe 3.3.3).

Die dritte Regierungsbeteiligung der DS bestand zwischen 2008 und 2012¹¹². Der Parteichef Boris Tadić war bei den Wahlen zum serbischen Präsidenten im Februar im Amt bestätigt worden und bei den Parlamentswahlen im gleichen Jahr erhielt die von der DS dominierte Liste „Für ein europäisches Serbien“ (ZES) die meisten Stimmen. Die EU hatte zuvor offen in den Wahlkampf eingegriffen und ihre Präferenzen für die Liste ZES deutlich kundgetan. Der Hohe Vertreter für Gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik der EU, Javier Solana, stellte in den Raum, das SAA mit Serbien noch vor

109Subotić, Jelena (2010): Explaining Difficult States. The Problems of Europeanization in Serbia; In: East European Politics and Societies, 24 (4), S. 601.

110Serbische Regierung (2011): Strategiju komunikacije o pristupanju Republike Srbije Evropskoj Uniji [Kommunikationsstrategie über den Beitritt der Republik Serbien zur Europäischen Union], Belgrad, S. 1.

111Bandović, Igor/ Vujačić, Marko: The European Question in Serbia's Party Politics; In: Stratulat, Corina (Hrsg.) (2014): EU Integration and Party Politics in the Balkans, European Policy Center, Issue Paper Nr. 77, Brüssel, S. 56.

112Die Regierung bestand neben der DS aus G17 Plus, SPS, SPO, LSV (Liberal-demokratische Partei), SDP (Demokratische Partei des Sandžak), PUPS (Partei der vereinten Pensionisten Serbiens) und JS (Einheitliches Serbien).

Ristić, Irena: Das politische System Serbiens; In: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.) (2010): Die politischen Systeme Osteuropas, 3. Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 915.

den Wahlen zu unterzeichnen, um nicht am Tag nach den Wahlen mit einem schlechten Gewissen aufzuwachen, was wohl eine Anspielung auf einen möglichen Sieg der SRS unter Vojislav Šešelj war.¹¹³

Schließlich wurde der parteilose, aber DS-nahe Mirko Cvetković Regierungschef, im Hintergrund behielt aber Präsident Tadić das Heft in der Hand. Dieser befürwortete zwar die Zusammenarbeit mit dem ICTY, so wurde prompt nach dem Regierungsantritt Radovan Karadžić verhaftet und nach Den Haag überstellt. Allerdings wollte die Regierung die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo nicht akzeptieren, weshalb sie ein Gutachten des Internationalen Gerichtshofs (IGH) anforderte, ob die einseitige Unabhängigkeitserklärung des Kosovo im Einklang mit dem Völkerrecht stehe. Der Gerichtshof kam 2011 zu dem Ergebnis, dass es im gegenständlichen Fall kein anwendbares, völkerrechtliches Verbot einer Unabhängigkeitserklärung gebe.¹¹⁴

Kurz nach ihrem Amtsantritt beschloss die Regierung das „Nationale Programm für die Integration der Republik Serbien in die EU“, in dem die administrativen und gesetzgeberischen Aktivitäten festgelegt sind, die für die Übernahme des *acquis communautaire* gesetzt werden müssen. Das 2004 gegründete Büro für europäische Integration berichtete der Regierung Cvetković von nun an alle drei Monate über die Fortschritte bei der Umsetzung des Programms. Im Jahr 2009 wurde offiziell das Beitrittsge such an die EU gerichtet, woraufhin die Kommission einen umfangreichen Fragebogen ausarbeitete.¹¹⁵ Die EK erhebt damit nicht nur Informationen, sondern der Fragebogen stellt auch eine Art Funktionstest der nationalen Bürokratie dar. Im Falle Serbiens mussten 2483 Fragen aus 33 den *acquis* betreffenden Kapiteln binnen dreier Monate beantwortet werden.¹¹⁶

Im Jahr 2011 wurde eine neue Kommunikationsstrategie beschlossen, deren Kernbotschaft lautet: „Die Veränderungen auf dem Weg in die Europäische Union sind – mit allen schweren Veränderungen, die sie mit sich bringen – die einzige Chance, dass jeder und jede von uns in einem ordentlicheren Land und einer gerechteren Gesellschaft

113Bandović, Igor/ Vujačić, Marko: The European Question in Serbia's Party Politics; In: Stratulat, Corina (Hrsg.) (2014): EU Integration and Party Politics in the Balkans, European Policy Center, Issue Paper Nr. 77, Brüssel, S. 64-65.

114Ebenda, S. 66.

115Serbische Regierung (2011): Strategiju komunikacije o pristupanju Republike Srbije Evropskoj Uniji [Kommunikationsstrategie über den Beitritt der Republik Serbien zur Europäischen Union], Belgrad, S. 3.

116Homepage des Büros für Europäische Integration der Serbischen Regierung: Odgovori na upitnik EK [Antworten auf den Fragebogen der EK], <http://www.seio.gov.rs/srl/dokumenta/nacionalna-dokumenta/odgovori-na-upitnik-ek>, abgerufen am 6.2.2017.

sein Leben und das Leben seiner Familie verbessert. [eig. Übers., *Anm. MS*]¹¹⁷ D.h. der Regierung zufolge ist der EU-Beitritt zwar mühsam, aber alternativlos.

Unter der Regierung Cvetković waren einige Abkommen mit dem Kosovo geschlossen worden, allerdings wurde die Implementierung stets auf die lange Bank geschoben. Die Unzufriedenheit innerhalb der EU mit den mangelnden Fortschritten in den Verhandlungen mit Prishtina zeigte sich am deutlichsten, als der europäische Rat auf Betreiben Deutschlands, der Empfehlung der EK Serbien den Kandidatenstatus zu verleihen Ende 2011 zunächst nicht nachkam. Erst im März 2012 entsprach der Rat der Empfehlung.¹¹⁸ „Die Ära Tadić [...] kann im Nachhinein als eine zynische Ära bezeichnet werden, in der trotz ständiger rhetorischer EU-Beteuerungen von Tadić kein Fortschritt auf dem Weg Serbiens Richtung EU erzielt werden konnte.“¹¹⁹

Im Jahr 2010 konnte erstmals die „Parade des Stolzes“ für LGBTI-Rechte durchgeführt werden, ohne dass es Gegendemonstranten gelang, die Veranstaltung zu stören, was eine Verbesserung gegenüber den früheren Jahren darstellte. Dennoch kam es zu gewalttätigen Ausschreitungen und es wurden über 150 Personen, vorwiegend Polizeikräfte, verletzt und die Parteiräume der DS in Brand gesteckt.¹²⁰ Die persönliche Anwesenheit des EU-Delegationsleiters in Serbien, Vincent Degert, zeigt die Wertigkeit, die der Veranstaltung beigemessen wurde. Der Serbien-Berichterstatler des Europäischen Parlamentes, Jelko Kacin, war nicht zufrieden und beurteilte die Signale aus Belgrad als außerordentlich schlecht.¹²¹

Ab 2012 war die DS nicht mehr in der Regierung. Kurz vor den Wahlen 2014 spaltete sich die Partei und Boris Tadić gründete die Neue Demokratische Partei (mittlerweile Sozialdemokratische Partei). Beide Parteien konnten bei den Wahlen knapp die 5%-Hürde für den Einzug ins Parlament überspringen¹²² und vertreten

117Serbische Regierung (2011): Strategiju komunikacije o pristupanju Republike Srbije Evropskoj Uniji [Kommunikationsstrategie über den Beitritt der Republik Serbien zur Europäischen Union], Belgrad, S. 8.

118Ehrke, Michael: Serbien: Zwischen Kosovo und EU, Friedrich-Ebert-Stiftung, Belgrad, S. 2.

119Džihic, Vedran/ Sagmüller, Maximilian (2014): Serbien zwischen EU-Pragmatismus und neuen autoritären Tendenzen, Österreichisches Institut für Internationale Politik, Arbeitspapier Nr. 75, Wien, S. 7.

120Der Standard, 10.10.2010: Straßenschlachten rund um Homosexuellenparade, <http://derstandard.at/1285200538293/Belgrad-Strassenschlachten-rund-um-Homosexuellenparade>, abgerufen am 14.1.2017.

121Der Standard, 11.10.2010: EU-Abgeordneter kritisiert Mangel an Toleranz, <http://derstandard.at/1285200561328/Belgrader-Pride-EU-Abgeordneter-kritisiert-Mangel-an-Toleranz>, abgerufen am 13.1.2017.

122Ristić, Irena (2014): Parliamentary Elections in Serbia: Replay or Reset?; In: Contemporary Southeastern Europe, Nr. 1 (2), S. 82.

europäisierungsfreundliche Positionen ohne nennenswerte Unterschiede.¹²³ Auch bei den Wahlen 2016 gelang der DS der Einzug ins Parlament nur knapp.

Auf ihrer Internetseite bezeichnet die DS die Europäische Integration als außenpolitische Priorität Serbiens, die beschleunigt werden muss (allerdings bleibt im Dunklen warum). In diesem Zusammenhang heißt es, „die Demokratische Partei unterstützt den Dialog zwischen Belgrad und Prishtina und spricht sich für seine Intensivierung aus, sowie auch für den Schutz des serbischen Erbes in Kosovo und Metochien und die Verteidigung der Menschenrechte unserer Bürger [eig. Übers., *Anm. MS*]“¹²⁴ Dieses Zitat offenbart das Dilemma, in dem die DS schon während ihrer Regierungszeit zwischen 2008 und 2012 steckte. Einerseits hat sie sich traditionell immer für die Mitgliedschaft in der EU ausgesprochen, andererseits fürchtet sie aber, bei Zugeständnissen in der Kosovo-Frage als Verräter dargestellt zu werden. Um nur ja keine Assoziationen zum unabhängigen Staat Kosovo zu wecken, ist von „Kosovo und Metochien“ die Rede, wie die damals autonome Region zu Zeiten der SFRJ bezeichnet wurde. Auch die volle Kooperation mit dem ICTY wurde erst drei Jahre nach dem Regierungsantritt realisiert, als mit Mladić und Hadžić die letzten Gesuchten ausgeliefert wurden. Diese zaudernde Politik wurde aber schon bei den Wahlen 2012 zum Problem, als die Liste „Keine der angegebenen Antworten“ ca. 5% der Stimmen erhielt. Ihre Wähler und Wählerinnen sollen Analysen zufolge vor allem aus dem EU-freundlichen Lager gekommen sein und könnten damit der DS die entscheidenden Stimmen für den Sieg gekostet haben.¹²⁵

Aufgrund ihrer Rhetorik wird die Partei insgesamt als europäisierungsfreundlich klassifiziert, auch wenn Fortschritte bei den Themenkomplexen Kosovo und ICTY unter der DS-Regierung von 2008 bis 2012 nur nach erheblichem Druck der EU erreicht wurden. Daraus kann geschlossen werden, dass die DS nicht von den Ideen und Werten überzeugt ist, auf denen diese Forderungen basieren, sondern die EU-Annäherung vorantreibt, um in den Genuss von Vorteilen zu kommen. In der Kommunikationsstrategie, die von der DS-Regierung beschlossen wurde, wird der EU-Beitritt mit allgemeinen Zielen wie Ordnung, Gerechtigkeit und einem besseren Leben gerechtfertigt, nicht aber mit genuinen Werten der EU, wie sie z.B. im Art. 2 EUV definiert werden. Während der ersten DS-Regierungsbeteiligung unter Đinđić scheinen

¹²³Interview mit Vedran Džihic am 7.2.2017, Wien.

¹²⁴Homepage der DS: Spoljna politika i evropske integracije [Außenpolitik und europäische Integration], <http://www.ds.org.rs/program/spoljna-politika-i-evropske-integracije>, abgerufen am 13.1.2017.

¹²⁵Bandović, Igor/ Vujačić, Marko: The European Question in Serbia's Party Politics; In: Stratulat, Corina (Hrsg.) (2014): EU Integration and Party Politics in the Balkans, European Policy Center, Issue Paper No. 77, Brüssel, S. 64.

die Identifikation mit bestimmten Werten und das Gefühl der Zugehörigkeit zur EU noch eine größere Rolle gespielt zu haben.

3.3.2 G17 Plus/ Vereinte Regionen Serbiens (URS)

Aus der Expertengruppe G17 Plus ging später die gleichnamige Partei hervor, die ein Mitglied des DOS-Bündnisses wurde. Bis 2013 war G17 Plus in jeder Post-Milošević Regierung vertreten, ab 2012 unter dem Namen Vereinte Regionen Serbiens (URS). Als relativ kleine Partei blieb ihr Einfluss eher beschränkt. Abgesehen von der DS ist sie die einzige konsequent europäisierungsfreundliche Regierungspartei. „The URS maintained a rather vague position on politically sensitive issues – from Kosovo to the ICTY cooperation – but at all critical junctures sided with the pro-EU camp and opposed nationalistic discourses.“¹²⁶ Im Jahr 2005 wurde die liberal eingestellte Partei assoziiertes Mitglied der Europäischen Volkspartei. Als die EU die Verhandlungen über das SAA wegen mangelnder Kooperation mit dem ICTY abbrach, trat Miroslav Labus als Vizepremier und Parteichef von G17 Plus zurück. Der Finanzminister Mlađan Dinkić übernahm den Parteivorsitz und G17 Plus blieb an der Regierung beteiligt.¹²⁷

In ihrem Programm sprach sich die Partei für einen Bruch mit der Vergangenheit und einen Neuanfang Serbiens aus. Was darunter im Detail zu verstehen ist, bleibt unklar, allerdings sollte dieser auch ein historisches Abkommen mit den Völkern Europas sowie den Kosovo-Albanern beinhalten.¹²⁸ Marko Stojić bezeichnet die Partei als „firm supporter of Serbian EU-Integration“¹²⁹.

Von allen untersuchten Parteien ist die Quellenlage bei G17 Plus am schlechtesten, was zum einen daran liegt, dass sie bei den meisten Wahlen nur knapp die Hürde von fünf Prozent überspringen konnte und als Kleinpartei nicht so viel akademisches Interesse auf sich zog. Zum anderen existiert keine Homepage mit programmatischen Dokumenten, da sich die Nachfolgepartei URS 2014 auflöste, nachdem sie den Einzug in die serbische

¹²⁶Ebenda, S. 56.

¹²⁷Orlović, Slaviša (2008): Parties and the Party System of Serbia and European Integrations; In: Journal of Southern Europe and the Balkans Online, Nr. 10 (2), S. 212-214.

¹²⁸Komšić, Jovan: Političke stranke u Srbiji i evropske vrednosti – programi i praksa [Politische Parteien in Serbien und europäische Werte – Programme und Praxis]; In: Lutovac, Zoran (2007): Političke stranke u Srbiji i Evropska Unija [Politische Parteien in Serbien und die Europäische Union], Friedrich-Ebert-Stiftung/ Fakultet političkih nauka, Belgrad, S. 35.

¹²⁹Stojić, Marko: Ideological Families and Party Attitudes toward the EU in Serbia and Croatia; In: Laursen, Finn (Hrsg.) (2014): EU Enlargement – Current Challenges and Strategic Choices, P.I.E. Peter Lang, Brüssel/ Bern/ u.a., S. 229.

Skupština nicht mehr schaffte. G17 Plus beschäftigte sich hauptsächlich mit wirtschaftlichen Themen und es gelang ihr über Jahre hinweg, strategisch wichtige Ministerposten zu besetzen und die Finanz- und Wirtschaftspolitik zu prägen. In diesem Bereich sprach sich die Partei für Reformen im Sinne des Washingtoner Konsensus aus¹³⁰, was sich gut mit der Forderung nach Anpassungen, die für einen EU-Beitritt notwendig sind, kombinieren ließ. Der Prozess der Europäisierung wurde somit vor allem befürwortet, weil sich die Partei mit der wirtschaftlichen Agenda der EU identifizierte. Die Frage der Kooperation mit dem ICTY und dem Status des Kosovo scheint eine eher untergeordnete Rolle gespielt zu haben, so lange bestimmte Anpassungen an EU-Standards durchgeführt wurden.

G17 Plus war eine Partei mit stark europäisierungsfreundlicher Programmatik, war aber auch an Regierungen beteiligt, unter denen die Europäisierung stagnierte. In solchen Konstellationen übte sie zwar Druck aus, die Forderungen der EU umzusetzen, verließ jedoch über 13 Jahre hinweg nie die Regierung, was auf ein stark strategisch motiviertes Handeln hindeutet.

3.3.3 Demokratische Partei Serbiens (DSS)

Die demokratische Partei Serbiens war ebenfalls Teil des Bündnisses DOS und an der ersten demokratischen Regierung beteiligt. Sie ist eine konservative Partei, die traditionelle Werte und gemäßigt nationalistische Positionen vertritt. Wegen der Auslieferung Miloševićs nach Den Haag verließ die Partei im Jahr 2001 die DOS-Regierung.

Nach den Wahlen 2004 wurde Parteichef Vojislav Koštunica Ministerpräsident¹³¹. Er hielt zunächst an seiner Position fest, keine Auslieferungen mehr durchzuführen, sprach sich aber gleichzeitig für einen Beitritt aus. Die EU ihrerseits machte jegliche Annäherung von einer Kooperation mit dem ICTY abhängig, weshalb die DSS ihre Position nach kurzer Zeit modifizieren musste und gemäß einer neuen Strategie vorging.

¹³⁰Đurković, Miša: Programski identiteti desnih partija u Srbiji krajem prve decenije ovog veka [Die programmatische Identität rechter Parteien in Serbien am Ende des ersten Jahrzehnts dieses Jahrhunderts]; In: Orlović, Slaviša (Hrsg.) (2011): Partije i izbori u Srbiji – 20 godina [Parteien und Wahlen in Serbien – 20 Jahre], Friedrich-Ebert-Stiftung/ Fakultet Političkih nauka, Belgrad, S. 211-213.

¹³¹An der Regierung waren neben G17 Plus auch SPO und NS (Neues Serbien) beteiligt. Zudem wurde sie von der SPS unterstützt, die aber nicht Teil der Regierung war.
Ristić, Irena: Das politische System Serbiens; In: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.) (2010): Die politischen Systeme Osteuropas, 3. Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 915.

Die Regierung rief die Gesuchten auf, sich zum Wohle des Landes freiwillig zu stellen, dazu kamen pressewirksame Verabschiedungen durch Premier Koštunica und Vertreter der Serbisch-Orthodoxen Kirche. Zudem wurde ein staatlicher Fonds geschaffen, der die Kosten für die Verteidigung übernimmt und die Familien der Angeklagten finanziell unterstützt. Nach der Auslieferung (bzw. freiwilligen Stellung) von über zehn Personen wurden 2005 Verhandlungen über das SAA aufgenommen.¹³²

Noch im Jahr 2004 hat das Serbische Parlament einer Resolution über den EU-Beitritt zugestimmt, in dem dieser als nationales strategisches Ziel definiert wurde. Alle 129 anwesenden Abgeordneten stimmten für die Resolution, die Abgeordneten der SPS und der SNS und einige andere hatten zuvor den Saal verlassen.¹³³ In dieser Resolution heißt es unter anderem:

„Das nationale Parlament der Republik Serbien erklärt seine volle Bereitschaft, [...] alle unumgänglichen Vorbedingungen zu erfüllen, die für eine beschleunigte Integration in die Europäische Union notwendig sind; [...] dass alle Personen, die verdächtigt werden, Verbrechen während der bewaffneten Konflikte zwischen 1991 und 2000 auf dem Gebiet der ehemaligen SFRJ begangen zu haben, im Einklang mit den positiv-rechtlichen Vorschriften und internationalen Verpflichtungen, dem Recht zugeführt werden [eig. Übers., *Anm. MS*]¹³⁴.

Diese Resolution steht symptomatisch für den Zickzackkurs der Regierungspartei DSS. Auf abstrakter Ebene wird volle Bereitschaft zur Umsetzung aller Bedingungen gezeigt, während bei konkreten Fragen wie der Zusammenarbeit mit dem Haager Tribunal, Formulierungen gewählt werden, die großen Interpretationsspielraum offen lassen. Es stellt sich die Frage, ob die positiv-rechtlichen Vorschriften, die laut Rechtsauffassung des Kabinetts Koštunica die Auslieferung von Staatsbürgern verbieten, über der völkerrechtlichen Verpflichtung zur Zusammenarbeit mit dem ICTY stehen.

Im darauffolgenden Jahr wurde von der Regierung die 192 Seiten umfassende „Nationale Strategie Serbiens für den EU-Beitritt der Staatenunion Serbien und Montenegro“ vorgestellt. Darin wurde betont, dass die Umsetzung der EU-Forderungen nicht nur dem Beitritt dient, sondern eine modernere Gesellschaft, prosperierende

132Subotić, Jelena (2010): Explaining Difficult States. The Problems of Europeanization in Serbia; In: East European Politics and Societies, 24 (4), S. 602-603.

133B92, 13.10.2004: Usvojena Rezolucija o pridruživanju EU [Resolution über den EU-Beitritt gefasst], http://www.b92.net/info/vesti/index.php?yyyy=2004&mm=10&dd=13&nav_category=11&nav_id=153174, abgerufen am 26.1.2017.

134Serbisches Parlament (2004): Rezolucija o pridruživanju Evropskoj Uniji [Resolution über den Beitritt zur Europäischen Union], Nr. 48, 13.10.2004, Belgrad, S.1-2.

Wirtschaft und Demokratie ermöglichen sollen. Mehrmals wurden die bedingungslose und vollständige Zusammenarbeit mit dem ICTY sowie die Lösung des Statusproblems des Kosovo als sehr wichtig herausgestrichen.¹³⁵ In der tatsächlichen Politik fanden diese Bekenntnisse freilich wenig Anwendung. Im Jahr 2006 wurde eine neue Verfassung beschlossen, die bis heute in Kraft ist, in deren Präambel der Kosovo als Bestandteil Serbiens definiert wurde¹³⁶, wodurch der rechtliche Spielraum jeder Regierung für Zugeständnisse bezüglich Kosovo eingeschränkt wurde.

Obwohl sich einige der Angeklagten freiwillig gestellt hatten, befanden sich immer noch prominente Gesuchte auf freiem Fuß, darunter Ratko Mladić und Radovan Karadžić, weshalb der ICTY den Druck auf Serbien verstärkte. Im Mai 2006 wurden die SAA-Verhandlungen seitens der EU aus diesem Grund ausgesetzt. Der Druck auf die Regierung stieg, insbesondere deshalb, weil sich die Frage nach dem Status des Kosovo immer drängender stellte und Serbien seine Verhandlungsposition durch die Nicht-Kooperation weiter schwächte.¹³⁷ Nach den Parlamentswahlen 2007 wurden die SAA-Verhandlungen, trotz fehlender Fortschritte im Zusammenhang mit dem Internationalen Strafgerichtshof, neuerlich aufgenommen, was man als Versuch interpretieren darf, die EU-freundlichen Kräfte innerhalb Serbiens zu stärken. Der neue Premierminister hieß einmal mehr Vojislav Koštunica, aber die Mehrheit der Minister wurde von den europäisierungsfreundlichen Parteien DS und G17 Plus gestellt, da die DSS bei den Wahlen nur den dritten Platz erreicht hatte. Zwar gelang es, die Verhandlungen über das SAA abzuschließen, allerdings wurde es von der EU aufgrund mangelnder Kooperation mit dem ICTY nicht unterschrieben.¹³⁸ Durch die einseitige Unabhängigkeitserklärung des Kosovo, die von der DSS aufs Schärfste abgelehnt wurde¹³⁹, zerbrach die Regierung nur ein Jahr nach ihrem Amtsantritt.

Die Ankündigung seitens der EU vor den Parlamentswahlen 2007, die SAA-

135Serbische Regierung (2005): Nacionalna Strategija Srbije za pristupanje Srbije i Crne Gore Evropskoj Uniji [Nationale Strategie Serbiens für den Beitritt Serbiens und Montenegros zur Europäischen Union], Belgrad, S. 5-6.

136Ristić, Irena: Das politische System Serbiens; In: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.) (2010): Die politischen Systeme Osteuropas, 3. Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 905.

137Subotić, Jelena (2010): Explaining Difficult States. The Problems of Europeanization in Serbia; In: East European Politics and Societies, 24 (4), S. 604-605.

138Ristić, Irena (2009): Serbia's EU Integration Process: The Momentum of 2008; In: Panoeconomicus, Nr. 1, S. 113-114.

139Vergleiche dazu die von der DSS im Parlament mitbeschlossene „Resolution über Schutz von Souveränität, territorialer Integrität und Verfassungsordnung der Republik Serbiens“ in der erstmals auch von Neutralität die Rede ist: Serbisches Parlament (2007): Rezolucija o zaštiti suvereniteta, teritorijalnog integriteta i ustavnog poretka Republike Srbije [Resolution über den Schutz der Souveränität, territorialen Integrität und der Verfassungsordnung der Republik Serbien], Nr. 47, 26.12.2007, Belgrad, S. 2.

Verhandlungen wieder aufzunehmen, trugen wohl zur Stärkung der DS und G17 Plus bei. Allerdings waren diese Kräfte zu schwach, um ohne die DSS zu regieren, weshalb Javier Solana sich für eine Unterzeichnung des SAA noch vor den Parlamentswahlen 2008 aussprach. Er rief die serbische Bevölkerung dazu auf, die Wahl zu nutzen, um zu zeigen, dass sie die EU-Integration Serbiens unterstützt¹⁴⁰, wodurch der Urnengang 2008 zu einem „informal referendum for and against the EU“¹⁴¹ gemacht wurde.

Während ihrer Regierungszeit unterstützte die DSS grundsätzlich die EU-Mitgliedschaft, war aber nicht bereit, wesentliche Forderungen dafür zu erfüllen. Nach der Unabhängigkeitserklärung des Kosovos 2008 war sie in keiner Regierung mehr vertreten und nahm eine immer ablehnendere Haltung gegenüber der Europäisierung ein.¹⁴²

Kurz vor den Wahlen 2014 beschloss die DSS auf ihrem elften Parteitag das Programmdokument „Prinzipien der politischen Neutralität Serbiens“. Die Überschrift des ersten Absatzes lautet „Serbien ist bedroht“ und weiter heißt es:

„Bedroht sind der Staat, sein Territorium, die Verfassungsordnung, die Wirtschaft, die Entwicklung des Landes, die Demographie, aber auch die moralischen und traditionellen Werte. Die heutige Beziehung der Europäischen Union gegenüber Serbien ist der Hauptauslöser der staatlichen, nationalen und wirtschaftlichen Krise [eig. Übers., *Anm. MS*]“.¹⁴³

Die DSS tritt für politische und militärische Neutralität ein, wobei zweitens auf einen, seit den Bombardements im Jahr 1999, sehr umstrittenen NATO-Beitritt anspielt. Die EU wird abgelehnt, weil sie die Anerkennung des Kosovos zur Bedingung mache, die historische Identität und das nationale serbische Bewusstsein gefährde, notwendige Liberalisierungen nur zu materiellem Schaden für Serbien führen würden und nicht klar sei, ob die EU morgen überhaupt noch bestehe.¹⁴⁴

Unter dem Motto „Serbien hat keine Alternative“ stellte die DSS nach 2008 die EU-Kritik ins Zentrum ihrer Kampagne¹⁴⁵, konnte mit dieser Haltung bei der Bevölkerung

¹⁴⁰Bandović, Igor/ Vujačić, Marko: The European Question in Serbia's Party Politics; In: Stratulat, Corina (Hrsg.) (2014): EU Integration and Party Politics in the Balkans, European Policy Center, Issue Paper Nr. 77, Brüssel, S. 64.

¹⁴¹Ristić, Irena (2009): Serbia's EU Integration Process: The Momentum of 2008; In: Panoeconomicus, Nr. 1, S. 114

¹⁴²Stojić, Marko: Ideological Families and Party Attitudes toward the EU in Serbia and Croatia; In: Laursen, Finn (Hrsg.) (2014): EU Enlargement – Current Challenges and Strategic Choices, P.I.E. Peter Lang, Brüssel/ Bern/ u.a., S. 225.

¹⁴³Homepage der DSS: Program stranke, Načela političke neutralnosti [Parteiprogramm, Prinzipien der politischen Neutralität], <http://www.dss.rs/program-stranke/#1454948061455-a2c5319a-01c1>, abgerufen am 30.1.2017.

¹⁴⁴Ebenda.

¹⁴⁵Stojić, Marko: From Deep-Seated Animosity to Principled Disagreement – A Comparative Analysis of

aber offensichtlich nicht punkten, da sie Stimmen verlor und 2014 sogar aus dem Parlament flog. Nur auf einer Liste mit der rechts-nationalen Partei Dveri schaffte sie 2016 wieder den Einzug in die *Skupština*.¹⁴⁶

Die DSS sprach sich anfänglich für einen Beitritt aus, lehnte jedoch zentrale Forderungen der EU ab. Die Regierungsbeteiligung scheint die Hauptursache gewesen zu sein, dass sie dem Druck nachgab und einige Personen an den ICTY auslieferte. Wichtige Gesuchte blieben aber, vermutlich mit Wissen Koštunicas, auf freiem Fuß. Je mehr der Beitrittsprozess von der Kosovo-Frage überlagert wurde, desto stärker kritisierte die DSS die Forderungen der EU. Mittlerweile ist sie stark europäisierungsskeptisch eingestellt. Sie lehnt den Beitritt nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen ab, sondern weil sie die Union als Bedrohung der Nation und als Auslöser mannigfacher Krisen in Serbien betrachtet.

3.3.4 Sozialistische Partei Serbiens (SPS)

Die sozialistische Partei Serbiens wurde von Slobodan Milošević gegründet und ging aus dem Bund der Kommunisten Jugoslawiens und einer weiteren kommunistischen Organisation hervor. Sie war in den 90er Jahren die dominierende Kraft in Serbien und nahm, bedingt durch die Auslieferung ihres Parteichefs an den ICTY, zunächst eine sehr EU-kritische Haltung ein. Nach dem Tod Miloševićs wurde Ivica Dačić zum neuen Parteichef gewählt, der eher für Reformen und eine Abkehr vom autoritären Erbe der Partei steht, wenngleich er zum Teil auch sehr konservative Ansichten vertritt (z.B. bezüglich sexueller Minderheiten).

Schon seit den frühen 2000er Jahren wurde die SPS graduell immer EU-freundlicher, was von Igor Bandović und Marko Vujačić auf drei Gründe zurückgeführt wird: Erstens nahm die Partei eine größere Distanz zu den Fehlern der Milošević-Ära ein, zweitens strebte das Führungspersonal der SPS Regierungsämter an und drittens wurde der EU-Beitritt in Serbien nach und nach zum „only game in town“. ¹⁴⁷ Dennoch stimmte die SPS

Party-Based Euroscepticism in Serbia; In: Branslav Radeljić (Hrsg.) (2013): Europe and the Post-Yugoslav Space, Ashgate, Farnham, S. 145.

146Homepage des Serbischen Parlaments: Narodna Skupština u brojkama [Das serbische Parlament in Zahlen], <http://www.parlament.gov.rs/narodna-skupstina-/narodna-skupstina-u-brojkama.1737.html>, abgerufen am 16.1.2017.

147Bandović, Igor/ Vujačić, Marko: The European Question in Serbia's Party Politics; In: Stratulat, Corina (Hrsg.) (2014): EU Integration and Party Politics in the Balkans, European Policy Center, Issue Paper Nr. 77, Brüssel, S. 56, 59-61.

noch im Jahr 2004 im serbischen Parlament gegen die Resolution für den EU-Beitritt des Landes (siehe 3.3.3).

Für den Wandel zu einer europäisierungsfreundlichen Partei scheinen besonders die Regierungsbeteiligungen bzw. das Streben danach ausschlaggebend gewesen zu sein. Bereits 2004 unterstützte die SPS das erste Kabinett von Koštunica, das über keine Mehrheit in der serbischen *Skupština* verfügte, obwohl diese Regierung mutmaßliche Kriegsverbrecher an den Internationalen Strafgerichtshof auslieferte, dessen Rechtmäßigkeit von der SPS in Frage gestellt wurde. Nach den Wahlen 2008 und 2012 fiel der SPS jeweils die Position der Königmacherin zu. Damit ging im Jahr 2008 die Entscheidung einher, entweder eine Koalition mit der europäisierungsfreundlichen DS, oder mit der europäisierungsskeptischen SRS einzugehen. Die Wahl fiel letztlich auf die DS und im Jahr 2010 wurde im neuen Parteiprogramm der endgültige Bruch mit der euroskeptischen Rhetorik vollzogen, wie Bandović und Vujačić feststellen.¹⁴⁸ Diesem nach wie vor gültigen Programm zufolge befürwortet die SPS den EU-Beitritt Serbiens aufgrund gemeinsamer Werte und gemeinsamer ökonomischer Interessen und die Verhandlungen werden „voll unterstützt“. Gleichzeitig wird aber im Kapitel über die Autonome Region Kosovo und Metochien und an anderer Stelle kategorisch festgehalten, dass die Partei den „Quasi-Staat“ Kosovo nicht anerkennt. Letztendlich soll das Statusproblem durch Verhandlungen unter Berücksichtigung der Interessen beider Seiten gelöst werden, allerdings unter Erhaltung der territorialen Integrität Serbiens.¹⁴⁹ In Interviews mit hohen Parteifunktionären und -funktionärinnen fand Stojić heraus, dass ihre Meinung bezüglich der EU-Integration Serbiens sehr positiv ist. Die Partei versucht sich jedoch bezüglich der EU bedeckt zu halten, da sie sonst ihre eher nationalistisch eingestellte Kernwählerschaft verschrecken könnte.¹⁵⁰

Rein pragmatisch scheint auch die Haltung zur Durchführung der Gay Pride 2010:

„Minister of Internal Affairs Ivica Dačić, factually a key ally of the organisers, said not him but citizens decided the Parade will happen – by toppling the former regime of Slobodan Milošević in 2000 and choosing to 'enter Europe and accept European values.' He added that 'Europe' had been 'attacking him for a year' about the cancelled 2009 Parade.“¹⁵¹

148Ebenda, S. 60.

149SPS (2010): Program socijalističke partije Srbije [Programm der sozialistischen Partei Serbiens], Belgrad, S. 20-21, 24-25.

150Stojić, Marko: From Deep-Seated Animosity to Principled Disagreement – A Comparative Analysis of Party-Based Euroscepticism in Serbia; In: Branislav Radeljić (Hrsg.) (2013): Europe and the Post-Yugoslav Space, Ashgate, Farnham, S. 150.

151Mikuš, Marek (2011): „State Pride“. Politics of LGBT Rights and Democratisation in „European Serbia“, In: East European Politics and Societies, Nr. 25 (4), SAGE Publications, S. 835.

Die SPS ist seit 2008 durchgehend in der Regierung vertreten, zwischen 2012 und 2014 wurde Dačić als Chef der drittstärksten Partei sogar Ministerpräsident.¹⁵² In dieser Funktion war er der erste, der sich zu direkten Gesprächen mit seinem Gegenüber aus dem Kosovo, Hashim Thaçi, traf. Die von der EU vermittelten Verhandlungen mündeten 2013 im „First Agreement of Principles Governing the Normalization of Relations“. Ohne die politische Rückendeckung des wesentlich stärkeren Koalitionspartner SNS wäre dieser Durchbruch kaum möglich gewesen.¹⁵³

In der SPS ist somit ein deutlicher Widerspruch zwischen dem Parteiprogramm und den Einstellungen der führenden Funktionärinnen und Funktionäre zur Europäisierung zu beobachten, was durch den Versuch der Partei überbrückt wird, sich zu diesem Thema wenig oder nur vage zu äußern. In der Regierung erlaubt dies der SPS einen erstaunlichen Pragmatismus an den Tag zu legen und weitgehende Forderungen der EU zu erfüllen, sogar wenn diese in ihrem Parteiprogramm explizit ausgeschlossen werden. Daraus kann gefolgert werden, dass ihre Position zur EU hauptsächlich auf strategischen Überlegungen basiert und der jeweiligen Situation angepasst wird. Da die SPS stets die kleinere Koalitionspartei war, sind ihre Positionen stark von den Präferenzen der jeweiligen Koalitionspartner abhängig (diese waren eher europäisierungsfreundlich). Allerdings lässt sich in den Parteiprogrammen ein Wandel von grundsätzlicher Ablehnung bestimmter Forderungen hin zur Formulierung des EU-Beitritts als langfristiges Ziel Serbiens feststellen, weshalb die SPS bis 2006 als schwach europäisierungsskeptisch und danach als schwach europäisierungsfreundlich charakterisiert wird.

3.3.5 Serbische Radikale Partei (SRS) und Serbische Fortschrittspartei (SNS)

Die Serbische Radikale Partei wurde von Vojislav Šešelj gegründet. Er war in den 90er Jahren Politiker und Befehlshaber von paramilitärischen Gruppen und wurde als

¹⁵²Neben SPS, SNS und URS (bis 2013) wurde auch von PUPS, SDPS (Sozialdemokratische Partei Serbiens), SDAS (Partei der demokratischen Aktion des Sandžaks), NS (Neues Serbien) und PS (Bewegung der Sozialisten; ab 2013) je ein Minister im Kabinett Dačić gestellt.

Vgl.: Homepage der Serbischen Regierung, 26.7.2012: Ekspoze Ivice Dačića, mandatar za sastav Vlade Republike Srbije [Exposé von Ivica Dačić, Mandatar für die Regierungszusammensetzung der Republik Serbien], <http://www.srbija.gov.rs/pages/article.php?id=195230>, abgerufen am 6.3.2017.

¹⁵³Džihic, Vedran (2013): Serbien zwischen EU-Pragmatismus und der Gefahr einer neuen Form der Partokratie, Kurzanalyse, Österreichisches Institut für Internationale Politik, Wien, S. 3.

mutmaßlicher Kriegsverbrecher an den ICTY ausgeliefert. Im März 2016 kam es jedoch zu einem überraschenden Freispruch vom Vorwurf Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen begangen zu haben (die Anklage kündigte an, Berufung einzulegen).¹⁵⁴

Die SRS verfolgt die Idee eines Großserbiens, das Serbien, Montenegro, die Republika Srpska und das Gebiet der (nicht mehr existenten) „Republik Serbische Krajina“ einschließen soll. Diese nationalistische Position wird kombiniert mit traditionellen Werten, bspw. bezüglich der Familie oder der Rolle der Serbisch-orthodoxen Kirche. Abgesehen von moderateren Tönen Mitte der 2000er Jahre unter Vizepräsident Tomislav Nikolić, nahm die SNS stets eine sehr negative Haltung zur EU ein. Insgesamt scheint das Thema für die Partei lange aber keine große Rolle gespielt zu haben, weshalb es in programmatischen Dokumenten und öffentlichen Äußerungen kaum behandelt wurde. Die negative Positionierung steht im Zusammenhang mit der Kritik am ICTY. Gleichzeitig gilt die Partei als sehr russlandfreundlich.¹⁵⁵ In seinem „politischen Testament“ schreibt Šešelj fest, dass sich die Radikalen „stark gegen alle Versuche stellen, dass Serbien der NATO oder der EU beitrifft, weil dort die traditionellen Feinde Serbiens konzentriert sind [eig. Übers., *Anm. MS*]“¹⁵⁶

Die serbische radikale Partei war in der Post-Milošević Periode nie an der Regierung beteiligt, obwohl sie 2003 und 2007 als stärkste Partei aus den Wahlen hervorgegangen war und auch 2008 fast 30% der Stimmen erreicht hatte. Der Streit zwischen der ideologisch motivierten EU-Kritik des Langzeit-Parteichefs Šešelj und dem moderateren EU-Kurs von Nikolić mit Fokus auf andere Themen wie Arbeitslosigkeit, Korruption oder die Reformunfähigkeit der regierenden Parteien führte schließlich zur Spaltung. Drei Monate nach den Parlamentswahlen, im September 2008, verließen 22 Mandatare (von 78) die Partei, darunter Vizepräsident Nikolić, sowie der Generalsekretär der SRS, Aleksandar Vučić. Unter dem Eindruck der Parteispaltung und der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo, die der EU zugeschrieben wurde, verhärtete die

154Der Spiegel, 31.3.2016: Serbischer Nationalist Vojislav Seselj freigesprochen, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/vojislav-seselj-serbischer-nationalist-freigesprochen-a-1084770.html>, abgerufen am 16.1.2017.

155Stojić, Marko: From Deep-Seated Animosity to Principled Disagreement – A Comparative Analysis of Party-Based Euroscepticism in Serbia; In: Branislav Radeljić (Hrsg.) (2013): Europe and the Post-Yugoslav Space, Ashgate, Farnham, S. 139-143.

156Komšić, Jovan: Političke stranke u Srbiji i evropske vrednosti – programi i praksa [Politische Parteien in Serbien und europäische Werte – Programme und Praxis]; In: Lutovac, Zoran (2007): Političke stranke u Srbiji i Evropska Unija [Politische Parteien in Serbien und die Europäische Union], Friedrich-Ebert-Stiftung/ Fakultet političkih nauka, Belgrad, S. 15.

SRS wieder ihre fundamentale EU-Ablehnung. Im Zusammenhang mit der Finanzkrise wird zudem versucht, die EU als komplett gescheitertes Projekt darzustellen.¹⁵⁷ Bei den Wahlen 2012 und 2014 verpasste die Partei den Einzug ins Parlament. 2016 erreichte sie, kurz nach dem Freispruch Šešeljs wieder über acht Prozent der Stimmen.

Die abgespaltenen Mandatare gründeten die Serbische Fortschrittspartei und inszenierten sich statt als Vertreter Großserbiens, als moderne, den EU-Annäherungsprozess unterstützende Mitte-Rechts Partei. In ihrem Parteiprogramm, das erst drei Jahre nach Gründung der Partei veröffentlicht wurde, stand ursprünglich, dass Serbien nur als Ganzes – also inklusive Kosovo – der EU beitreten solle. Die Nennung des Kosovo wurde später gestrichen.¹⁵⁸ Die SNS vertritt die Meinung, dass die Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo gar keine Bedingung der EU für einen Beitritt Serbiens darstellt. Wenn doch, könnte es ein Referendum geben. Im Parteiprogramm der SNS heißt es zwar kategorisch: „Die Serbische Fortschrittspartei kann und wird die Unabhängigkeit des Kosovo nicht anerkennen“¹⁵⁹. Gleichzeitig wird im restlichen Teil des Kapitels „Kosovo und Metochien – Teil Serbiens“ eine langfristige Lösung zwischen Serben und Albanern beschworen und die zunächst offensiv-nationalistisch klingenden Formulierungen bieten bei näherer Betrachtung großen Spielraum für unterschiedliche Auslegungen. Somit hat es die Parteispitze in der Hand, das Programm bei Bedarf in die eine oder andere Richtung zu interpretieren, je nachdem, ob ein Kompromiss gewünscht ist oder nicht.

Im Jahr 2012 gewann die SNS die Wahlen, allerdings mit nur sechs Mandaten Vorsprung vor der DS. Erstmals kam es nun zu einer Regierungsbeteiligung der SNS, wobei sich der Parteichef der SPS, Iвица Dačić, den Posten des Premierministers sicherte und der nunmehrige Parteichef der SNS, Vučić, zu seinem ersten Stellvertreter wurde. Vielen Beobachterinnen und Beobachtern schien die plötzlich europäisierungsfreundliche Rhetorik damals unglaublich. Michael Ehrke beschrieb die SNS als eine politische „Kraft, die als unkalkulierbar zu bezeichnen ein Euphemismus wäre“¹⁶⁰ und es wurde befürchtet, dass die Partei in der Regierung versuchen würde, ihre großserbische Ideologie umzusetzen. Tatsächlich wurden aber unter der SNS die 2011 begonnenen

157Stojić, Marko: From Deep-Seated Animosity to Principled Disagreement – A Comparative Analysis of Party-Based Euroscepticism in Serbia; In: Branislav Radeljić (Hrsg.) (2013): Europe and the Post-Yugoslav Space, Ashgate, Farnham, S. 140-142.

158Ebenda, S. 147.

159SNS (2011): Bela knjiga – Programom do promena [Weißbuch – Das Programm für Veränderung], Belgrad, S.37.

160Ehrke, Michael: Serbien: Zwischen Kosovo und EU, Friedrich-Ebert-Stiftung, Belgrad, S. 2.

technischen Verhandlungen in Brüssel auf die höchste politische Ebene gehoben. Die Regierungschefs Thaçi und Dačić sprachen, unter den Auspizien der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Catherine Ashton, direkt miteinander. Das 2013 geschlossene Normalisierungsabkommen wird als Meilenstein in den Beziehungen zwischen Belgrad und Prishtina angesehen.

Die überraschende Abkehr des Führungspersonals der SNS von früheren Positionen liegt Florian Bieber zufolge an drei Gründen: Die Partei wollte die Glaubwürdigkeit ihrer EU-freundlichen Haltung beweisen, die Gegner des Abkommens innerhalb Serbiens waren geschwächt und die SNS erkannte den schwindenden Einfluss Serbiens im Kosovo und versuchte daher, das Maximum an politischen Ergebnissen herauszuholen. Zudem erlaubte das sehr vage abgefasste Abkommen der serbischen Regierung, ihre Linie der Nicht-Anerkennung des Kosovos beizubehalten.¹⁶¹

Nach nur zwei Regierungsjahren wurden 2014 Neuwahlen ausgerufen, um die hervorragenden Umfragewerte der SNS zu realisieren. Dies gelang und die Partei sicherte sich mit 48,4% der Stimmen 158 Mandate im Parlament und somit die absolute Mehrheit der insgesamt 250 Sitze. Dennoch wurden Koalitionspartner an Bord genommen, womit auch die Verfassungsmehrheit erreicht wurde.¹⁶²

Bezüglich der Gay Pride 2014 zeigte sich die EU erstmals voll zufrieden, weil die Gegendemonstration friedlich geblieben war. Der Kommissar für Erweiterung, Štefan Füle, bezeichnete die Durchführung als „milestone in the history of modern Serbia“, während Premier Vučić sein Fernbleiben damit begründete, Besseres zu tun zu haben.¹⁶³

Durch die Wahlen in der EU (Europaparlament), in Serbien und im Kosovo und insbesondere die schwierige Regierungsbildung im Kosovo ergab sich eine elfmonatige Unterbrechung der Verhandlungen. Danach wurde der Dialog zwischen Belgrad und Prishtina weitergeführt und im August 2015 Details für die Implementierung verschiedener Abkommen festgelegt, insbesondere auch bezüglich der heiklen Frage eines Bundes der mehrheitlich serbischen Gemeinden im Nordkosovo. Bis September

¹⁶¹Bieber, Florian (2015): The Serbia-Kosovo Agreements: An EU Success Story?; In: Review of Central and East European Law, Nr. 40, S. 305, 313.

¹⁶²In der Regierung stellten neben SNS und SPS auch SDPS, NS und PS je einen Minister.

Vgl.: Politika, 28.4.2014: Biografije premijera i ministara, <http://www.politika.rs/sr/clanak/291337/BIOGRAFIJE-PREMIJERA-I-MINISTARA>, abgerufen am 6.3.2017.

¹⁶³EU Observer, 29.9.2014: Belgrade Gay Pride a 'Milestone', <https://euobserver.com/social/125795>, abgerufen am 13.1.2017.

2015 waren insgesamt 28 Abkommen geschlossen worden.¹⁶⁴

Bei neuerlich vorgezogenen Neuwahlen im Jahr 2016 sicherte sich die SNS abermals die absolute Mehrheit, wenn auch mit weniger Mandaten (131) als noch 2014. Die Koalition mit der SPS wurde fortgeführt¹⁶⁵, weshalb die Opposition die Frage stellte, wieso diese Wahlen überhaupt notwendig gewesen seien. Aufmerksamkeit erregte die Ernennung der parteiunabhängigen Ana Brnabić zur Ministerin für Verwaltung, da sie offen lesbisch lebt. Dies stellte für Serbien ein Novum dar und wurde in erster Linie als Signal an die EU gedeutet.¹⁶⁶

Gleichzeitig bedienen sich Nikolić und Vučić zunehmend wieder der nationalistischen Rhetorik der Radikalen. In diesem Zusammenhang fällt auf, dass Staatspräsident Nikolić stärker als Premierminister Vučić russlandfreundliche Positionen vertritt. Es wurde daher darüber spekuliert, ob die Führungsfiguren Meinungsunterschiede innerhalb der Partei verkörpern, oder ob es sich um eine Strategie handelt, sowohl Russland als auch die EU bei Laune zu halten.¹⁶⁷ Im Vorfeld der anstehenden Präsidentschaftswahlen gab es einen Machtkampf zwischen den beiden, den Vučić letztendlich für sich entschied.¹⁶⁸

Der vorläufige Höhepunkt der nationalistischen Eskalation war ein diplomatischer Zwischenfall im Jänner 2017, als ein Zug von Belgrad nach Kosovska Mitrovica im Nordkosovo fahren sollte, auf dem in 21 verschiedenen Sprachen geschrieben stand „Kosovo ist Serbien“. Nachdem klargemacht wurde, dass kosovarische Spezialeinheiten den Zug aufhalten würden, veranlasste Premier Vučić, den Zug in Raška, zehn Kilometer vor der Grenze zum Kosovo, zu stoppen. Er bezichtigte Prishtina „Kriegsspiele“ vorzubereiten und sagte: „I am just begging them not to kill Serbs because we will protect our people“.¹⁶⁹ Auch Präsident Nikolić erklärte, dass er Militär in den Kosovo schicken würde und er und seine Söhne bereit seien zu kämpfen, falls Serben getötet

¹⁶⁴Bieber, Florian (2015): The Serbia-Kosovo Agreements: An EU Success Story?; In: Review of Central and East European Law, Nr. 40, S. 312.

¹⁶⁵Neben SNS und SDP stellten PUPS, SDPS und PS je einen Minister in der Regierung.

Vgl.: Balkan Insight, 10.8.2016: New Serbian Cabinet is Mix of Old and New, <http://www.balkaninsight.com/en/article/new-serbian-cabinet-is-mix-of-old-and-new-08-09-2016>, abgerufen am 25.2.2017.

¹⁶⁶Der Standard, 10.8.2016: Neue Regierung, Alte One-Man-Show in Serbien,

<http://derstandard.at/2000042668735/Neue-Regierung-alte-One-Man-Show-in-Serbien>, abgerufen am 17.1.2017.

¹⁶⁷Peščanik, 7.6.2016: Zašto EU više hvali Vučića nego Đinđića [Warum die EU Vučić mehr dankt als Đinđić], <http://pescanik.net/zasto-eu-vise-hvali-vucica-nego-dindica/>, abgerufen am 10.2.2017.

¹⁶⁸ORF.at, 20.2.2017: Serbischer Regierungschef gewinnt Machtkampf, <http://orf.at/stories/2380194/>, abgerufen am 14.3.2017.

¹⁶⁹Balkan Insight, 14.1.2017: Serbia Accuses Prishtina of Planning Attack on Train,

<http://www.balkaninsight.com/en/article/serbian-pm-kosovo-tried-to-provoke-conflict-01-14-2017>, abgerufen am 27.1.2017.

würden.¹⁷⁰ Federica Mogherini lud daraufhin beide Seiten früher als geplant zu einem Treffen in Brüssel ein. Das Manöver wurde als Vorbereitung für den serbischen Präsidentschaftswahlkampf im Frühling 2017 gedeutet.¹⁷¹

Es fällt auf, dass die nationalistischen Aussagen, ähnlich wie im Parteiprogramm, nur unter Vorbehalt gemacht werden, nämlich für den Fall, dass Serben getötet würden. Mit solchen Konstruktionen gelingt es, die eigene Wählerschaft, die den Kosovo überwiegend für wichtiger hält als die EU¹⁷², auf sich aufmerksam zu machen, ohne auf die aggressiven Worte Taten folgen lassen zu müssen. Ob solche Aussagen als Anzeichen für eine deutliche Verschlechterung der Beziehungen zwischen Belgrad und Prishtina zu lesen sind oder doch nur der kurzfristigen Mobilisierung der eigenen Anhängerschaft dient, ist schwer zu beantworten. Jedenfalls waren Präsident und Premier Serbiens bereit, sich nur wenige Tage später in Brüssel mit ihren kosovarischen Gegenübern zu treffen. Würde irgendjemand in der Belgrader Regierung einen drohenden Krieg mit dem Kosovo für möglich halten, würde die Staatsspitze wohl kaum nach Brüssel fahren, um über eine Normalisierung der Beziehungen zu verhandeln. Das Ziel der harten Haltung gegenüber Prishtina könnte es sein, die serbische Verhandlungsposition zu verbessern und Unstimmigkeiten innerhalb des Kosovos zu schüren (die nationalistische Oppositionspartei Vetevendosje hat Gesetze im Zusammenhang mit dem Abkommen mehrmals durch Tränengasattacken im kosovarischen Parlament blockiert). Jedenfalls hilft radikale Rhetorik gegenüber dem Kosovo der SNS, die Kluft zwischen ihrer nationalistisch eingestellten Wählerschaft und den europäisierungsfreundlichen Positionen der letzten Jahre zu überbrücken.

Denkbar ist aber auch, dass es die Regierung nach einigen Jahren der pragmatischen Freundlichkeit gegenüber der EU wieder wagt, ihre ursprüngliche ideologische Grundhaltung stärker zu vertreten. Obwohl den Koalitionen unter Vučić einige wichtige Erfolge gelungen sind, die viel Anerkennung seitens der EU eingebracht hatten, gibt es inzwischen Anzeichen dafür, dass die Regierung die aktuelle Schwäche der EU

170Balkan Insight, 20.1.2017: Serbian President's War Talks Startles Veterans, <http://www.balkaninsight.com/en/article/serbian-pm-kosovo-tried-to-provoke-conflict—01-14-2017>, abgerufen am 27.1.2017.

171EU Observer, 24.1.2017: Serbia-Kosovo Talks Back on Track, <https://euobserver.com/foreign/136639>, abgerufen am 27.1.2017.

172Müsste sich die Wählerschaft der SNS bei einem Referendum zwischen EU und Kosovo entscheiden, würden einer Umfrage aus dem Jahr 2012 zufolge nur 14% ersteres wählen, während sich 78% für zweiteres aussprechen würden.

B92, 8.11.2012: KiM ili EU: Dve trećine za Kosovo [Kosovo und Metochien oder EU: zwei Drittel für Kosovo], http://www.b92.net/info/vesti/index.php?yyyy=2012&mm=11&dd=08&nav_category=12&nav_id=658779, abgerufen am 7.3.2017.

ausnutzen möchte. Abgesehen von der Einigung auf eine eigene Telefonvorwahl für Kosovo Ende 2016¹⁷³ wurden seit Ende 2015 bei der Normalisierung der Beziehungen zwischen Belgrad und Pristina kaum mehr sichtbare Fortschritte erzielt (wobei es schwierig ist, den tatsächlichen Stand der Verhandlungen zu beurteilen, da nicht viel von den Gesprächen nach außen dringt). Der größte Streitpunkt ist die Ausgestaltung des Bundes mehrheitlich serbischer Gemeinden im Nordkosovo, der als eine juristische Person innerhalb der kosovarischen Rechtsordnung geplant ist. Die von der Regierung in Belgrad dominierte Liste *Srpska*, die einen Großteil der serbischen Bevölkerung im Nordkosovo vertritt, weigert sich aber derzeit an den Verhandlungen teilzunehmen.¹⁷⁴

Der aktuelle Bericht der EU kritisiert außerdem, dass Serbien nicht mehr vollständig mit dem ICTY zusammenarbeitet und sich weigert, drei Personen auszuliefern, die verdächtigt werden, Druck auf Zeugen ausgeübt zu haben. Zudem wird festgehalten, dass die SNS in Moskau ein Kooperationsabkommen mit der Putin-Partei Einiges Russland unterzeichnet hat.¹⁷⁵ Gleichzeitig konstatiert die Nicht-Regierungsorganisationen European Movement for Serbia einen Anstieg EU-feindlicher Rhetorik seitens der Regierung.¹⁷⁶

Stojić konstatiert, dass die SNS zu einer *catch-all* Partei ohne klare Ideologie geworden ist,¹⁷⁷ die sich sowohl nationalistischer als auch EU-freundlicher Rhetorik bedient. Seit die Partei an der Regierung beteiligt ist, wurden aufgrund der Fortschritte hinsichtlich des Kosovos die Beitrittsverhandlungen und vier Kapitel eröffnet, mittlerweile scheint der Normalisierungsprozess mit Pristina aber wieder zu stagnieren. Die SNS wird daher insgesamt als schwach europäisierungsfreundlich klassifiziert.

173Balkan Insight, 15.12.2016: Kosovo Hails Receipt of Own Telephone Code, <http://www.balkaninsight.com/en/article/383-kosovo-s-dial-code-12-15-2016>, abgerufen am 17.2.2017.

174Balkan Insight, 7.2.2017: Kosovo Serb Association Depends on Boycott Ending, Minister Says, <http://www.balkaninsight.com/en/article/government-waits-on-kosovo-serbs-for-their-municipal-association-02-06-2017>, abgerufen am 9.2.2017.

175Europäische Kommission (2016): Serbia 2016 Report, {COM(2016) 715 final}, Brüssel, S. 57.

176Balkan Insight, 9.2.2017: Anti-EU Tide is Rising in Serbia, NGO Warns, <http://www.balkaninsight.com/en/article/governments-anti-eu-rhetoric-affects-serbian-citizens-02-07-2017>, abgerufen am 9.2.2017.

177Stojić, Marko (2016): The 2016 Serbian Elections: The Triumph of 'Europe' or a Eurosceptic Backlash, In: The European Parties, Referendums and Elections Network Blog, <https://epern.wordpress.com/2016/06/23/the-2016-serbian-elections-the-triumph-of-europe-or-a-eurosceptic-backlash/>, abgerufen am 7.3.2017.

3.3.6 Positionen der Parteien gegenüber der EU

Die Einordnung der Parteien in das entwickelte theoretische Raster (siehe 2.4) gestaltet sich aus zwei Gründen schwierig. Erstens ist die Einstellung der Parteien über den Zeitverlauf nicht stabil, sondern unterliegt einem teilweise verblüffenden Wandel. Der in der Tabelle 4 angegebene Zeitpunkt, ab dem eine Partei einer anderen Kategorie zugeordnet werden kann, ist daher nur als Orientierungshilfe zu verstehen. Zweitens vermitteln die herangezogenen Quellen nicht immer ein einheitliches Bild, was die Gesamtzuordnung ebenfalls erschwert. Wie in den methodologischen Ausführungen erwähnt, widersprechen sich bei manchen Parteien das Programm und die Aussagen der Führungsriege oder die realen Beziehungen zur EU bleiben während einer Regierungsbeteiligung hinter der Rhetorik zurück.

		Einstellung zur Europäisierung	
		europäisierungsskeptisch	europäisierungsfreundlich
Ausprägung	stark	SRS, DSS (ab 2008)	DS, G17 Plus/URS
	schwach	SPS (bis 2006), DSS (bis 2008)	SNS, SPS (ab 2006)

Tabelle 4: Position der wichtigsten Regierungsparteien zur Europäisierung; Eigene Zusammenstellung.

Die Parteien, die seit 2000 ihre Positionen nicht wesentlich verändert haben, sind zugleich auch jene, die eine stark positiv oder negativ ausgeprägte Haltung zur Europäisierung aufweisen (ausgenommen die DSS). Am stark europäisierungsskeptischen Rand des Spektrums ist die SRS zu finden, deren Wandel zu einer schwach europäisierungsskeptischen Partei durch die Abspaltung der SNS unterbrochen wurde. Mittlerweile bedient sie sich wieder der nationalistischen, antiwestlichen und Anti-EU-Rhetorik der 90er Jahre. Vermutlich war sie aufgrund dieser Positionierung nie an einer Regierung beteiligt und hat nach der Abspaltung viele Stimmen verloren.

DS und G17 Plus stehen hingegen am stark europäisierungsfreundlichen Rand des Spektrums. Im Gegensatz zur SRS waren diese Parteien an Regierungen beteiligt und in diesem Zusammenhang wurde die EU-freundliche Positionierung manchmal relativiert. G17 Plus war von 2000 bis 2013 durchgehend in der Regierung vertreten und koalierte dabei auch mit Parteien, die eine weniger europäisierungsfreundliche Position vertraten.

Als Kleinpartei war ihr Gewicht meist zu gering, um den größeren Koalitionspartner (z.B. die DSS) zu Zugeständnissen bezüglich EU-Forderungen zu bewegen, weshalb die Linie von G17 Plus oft vage erschien. Mittlerweile ist die Partei von der politischen Bildfläche verschwunden.

Die DS vertrat seit 2000 eine stark europäisierungsfreundliche Position und für einen Teil ihrer Wählerschaft ist dies ein entscheidendes identitätsstiftendes Element. Unter Premierminister Đinđić begann die EU-Annäherung Serbiens, unter Parteichef Tadić wurde der EU-Kurs pragmatischer. Um nicht als Verräter abgestempelt zu werden, handelte seine Regierung oft zögerlich. Durch die einseitige Unabhängigkeitserklärung des Kosovo dominierte dieses Thema den EU-Diskurs, weshalb große Fortschritte im Beitrittsprozess bis zur Verleihung des Kandidatenstatus 2012 ausblieben. Die DS vertrat jedoch durchgehend europäisierungsfreundliche Positionen, genau wie ihre stimmenmäßig stark dezimierten Nachfolgeparteien.

Die DSS ist die einzige Partei, deren Haltung zur EU im Untersuchungszeitraum deutlich europäisierungsskeptischer wurde. Deklarativ unterstützte sie anfangs den EU-Beitritt, verließ jedoch schon nach einem Jahr aufgrund der Zusammenarbeit mit dem ICTY die DOS-Regierung. Als sie ab 2004 selbst den Premierminister stellte, schien die Nichtauslieferung serbischer Bürger und die Verhinderung der internationalen Anerkennung des Kosovos wichtiger zu sein als der EU-Beitritt. Sie wird daher in der Zeit bis 2008 als schwach europäisierungsskeptische Partei klassifiziert. Die Haltung der EU zur Unabhängigkeitserklärung des Kosovo trug allerdings dazu bei, dass die Skepsis der Partei gegenüber einem EU-Beitritt zunahm. In einem Programmdokument von 2014 wurde die völlige Ablehnung des Beitritts festgeschrieben, der in den Augen der DSS nicht nur mit einer Bedrohung der nationalen Identität einhergeht, sondern auch wirtschaftliche Ausbeutung bedeuten würde. Die beiden stark europäisierungsskeptischen Parteien, die SRS und die DSS ab 2008, sind die einzigen (untersuchten) Parteien, die das Wohlstandsversprechen der EU in Frage stellen.

Die SPS war nach dem Sturz ihres Parteichefs Milošević und seiner Auslieferung an das Haager Tribunal anti-westlich und europäisierungsfeindlich eingestellt. Graduell veränderte sich diese Position, als Zäsur gilt der Tod Miloševićs 2006. Die volle Unterstützung für die Beitrittsverhandlungen wurde 2010 ins Parteiprogramm aufgenommen und die Einstellung der Parteiführung gegenüber der Union scheint noch positiver zu sein als das Programm vermuten lässt. Dennoch spielt nationalistische

Rhetorik nach wie vor eine große Rolle und es entsteht der Eindruck, dass die Positionierung der Partei gegenüber der EU strategisch motiviert ist. Die SPS laviert zwischen einer eher euroskeptischen Wählerschaft und dem Streben nach Regierungsämtern, was eine pragmatische Haltung zur EU notwendig macht.

Formal hat sich die Position der SNS nicht verändert. Seit ihrer Gründung 2008 hat sie sich einer sehr EU-freundlichen Rhetorik bedient und in der Regierung wichtige Einigungen mit dem Kosovo erzielt. Zunehmend benutzt sie aber auch wieder nationalistische Rhetorik ähnlich jener der SRS, von der sie sich abgespalten hat. Deshalb wird sie als schwach europäisierungsfreundlich klassifiziert. Die plötzliche Abkehr vom großserbischen Nationalismus scheint stark durch den Wunsch, in die Regierung zu kommen, motiviert gewesen zu sein. In jüngster Zeit gibt es Anzeichen dafür, dass sich – nach einer Phase der Kompromissbereitschaft – die Haltung bezüglich der Stolpersteine Kosovo und ICTY wieder verhärtet. Bezüglich der SNS ist es am schwierigsten vorherzusagen, ob und in welcher Weise sich die Haltung zum EU-Beitritt verändern wird, da sie schon einmal ihre Position aus strategischen Gründen fundamental verändert hat. Hinzu kommt, dass die innerparteiliche Demokratie schwach ausgeprägt ist und der Parteichef Vučić eine solche Entscheidung quasi im Alleingang treffen könnte.

Bemerkenswert ist, dass alle untersuchten Parteien, die eine Mitgliedschaft in der EU befürworten, dies hauptsächlich aufgrund der erwarteten Vorteile tun. Einzig die DS unter Đinđić bildete eine Ausnahme, da in dieser Phase auch die Identifikation mit der Union und ihren Werten entscheidend war. Die Ablehnung der EU durch die SRS und die DSS beruht hingegen sowohl auf wirtschaftlichen Gründen (rationalistischer Ansatz) als auch auf von der EU ausgehende Bedrohungen der nationalen Identität (konstruktivistischer Ansatz).

3.3.7 Phasen der Europäisierung

Die oben herausgearbeiteten Positionen der Parteien waren entscheidend für das Handeln der verschiedenen Regierungen. Unter Berücksichtigung der formalen Schritte, die vor einem EU-Beitritt gesetzt werden müssen, kann dieses grob in vier Phasen eingeteilt werden (siehe Tabelle 5).

Die DS-geführten Kabinette Đinđić und – in geringerem Maße – Živković trieben die

Europäisierung voran, weil sie von der Zugehörigkeit Serbiens zu „Europa“ überzeugt waren. Serbien wurde Teil des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und einige innenpolitisch heftig umstrittene Forderungen, wie die Auslieferung von Angeklagten an den ICTY, wurden erfüllt. Da die EU-Annäherung damals noch ganz am Anfang stand, ging es zunächst darum, diplomatische Beziehungen zu knüpfen und administrative Strukturen aufzubauen, um überhaupt Reformen im Sinne des *acquis* durchführen zu können. Die Ermordung des Premiers zeigt die starken Widerstände, die es gegen seine EU-Politik gab. Diese Phase kann als vorbehaltlose Europäisierung klassifiziert werden.

Die beiden von Koštunica geführten Kabinette waren von einer Stagnation der Europäisierung geprägt. Obwohl der Beitritt als Ziel definiert wurde, traf die Forderung der EU nach Auslieferung von mutmaßlichen Kriegsverbrechern zunächst auf fundamentale Ablehnung. Schließlich wurde ein Modus gefunden, in dem die Regierung ihr Gesicht wahren und trotzdem den Forderungen teilweise nachkommen konnte. Allerdings belastete dann die Frage nach dem Status des Kosovo die Beziehungen und es kam aufgrund mangelnder Kooperation mit dem ICTY zur schwersten Krise zwischen der EU und Serbien nach 2000. Das Verhalten der Regierung unter Koštunica ist ein gutes Beispiel für die Grenzen des Modells externer Anreize, da nicht eine rationale Abwägung von Kosten und Nutzen, sondern konservative Werte der DS ausschlaggebend für die Ablehnung der EU-Forderungen waren.

Das Jahr 2008 markiert eine Zäsur bezüglich der Einstellungen der Parteien zur Europäisierung. Die EU äußerte im Wahlkampf deutlich ihre Präferenzen für europäisierungsfreundliche Kräfte und trotz heftiger Reaktionen auf die Anerkennung des Kosovo, die von der serbischen Öffentlichkeit der EU und den USA zugeschrieben wurden, gewann das Bündnis „Für ein Europäisches Serbien“ mit dem Wahlslogan „Europa hat keine Alternative“.¹⁷⁸ Der Führungskader der geschlagenen SRS spaltete sich ab und gründete die strategisch europäisierungsfreundliche SNS. Die SPS, die ihre Transformation zur europäisierungsfreundlichen Partei schon früher begonnen hatte, unterstützte das Bündnis „Für ein Europäisches Serbien“ und wurde Teil der Regierung. Die DSS hingegen verabschiedete sich ab diesem Zeitpunkt von der Idee des EU-Beitritts und wurde zunehmend europäisierungsskeptischer. Bei den darauffolgenden Wahlen waren es stets europäisierungsfreundliche Parteien, die den weitaus größten Teil

¹⁷⁸Salamurović, Aleksandra (2012): Der politische und mediale Diskurs in Serbien und Kroatien zwischen Euroskeptizismus und Populismus; In: Südosteuropa. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft, Nr. 2, S. 252.

der Stimmen auf sich vereinen konnten und Themen abseits der EU gewannen in den Wahlkämpfen wieder mehr an Relevanz.

Die von DS-Chef Tadić dominierte Regierung schaffte es nicht, die Europäisierung so voranzutreiben, wie es in Anbetracht des starken Mandats seitens der Wähler und Wählerinnen zu erwarten gewesen wäre (was aber auch daran lag, dass sich der Kosovo genau in dieser Phase für unabhängig erklärte). Zwar wurden gleich zu Beginn der Amtszeit Verdächtige an den ICTY ausgeliefert, die letzten Gesuchten aber erst 2011. Anstatt die Unabhängigkeit des Kosovo zumindest de facto zu akzeptieren, konzentrierte sich die serbische Diplomatie bis zum Gutachten des IGH von 2011 darauf, weitere Anerkennungen zu verhindern. Erst danach begannen Gespräche mit Prishtina. Unter der DS-Regierung wurde das Beitrittsgesuch gestellt, die Kommission schickte ihren Fragebogen, und die Visaliberalisierung trat in Kraft. Die EU war aber nicht gewillt, Serbien den Kandidatenstatus ohne tatsächliche Fortschritte zu verleihen und griff in den Wahlkampf nicht ein. Diese Phase kann als zögerliche Europäisierung klassifiziert werden.

Am konsequentesten wurde die Europäisierung überraschenderweise von den Regierungskoalitionen aus SNS und SPS vorangetrieben, insbesondere von den ersten beiden Kabinetten in dieser Konstellation, obwohl das Führungspersonal dieser Parteien nur ein Jahrzehnt vor der Regierungsbeteiligung noch eine europäisierungsskeptische Haltung eingenommen hatte. Trotz anfänglichen Misstrauens seitens der EU wurden die Verhandlungen mit Serbien offiziell begonnen und vier Kapitel eröffnet. Der Beitritt wird nicht ideologisch, sondern mit utilitären Überlegungen begründet und die europäisierungsfreundliche Position wurde hauptsächlich eingenommen, um die Legitimität der Regierung zu steigern. Diese Phase ist daher als strategische Europäisierung zu charakterisieren. Mittlerweile häufen sich die Anzeichen für eine Stagnation der Europäisierung unter derselben Regierung.

Jahr	PräsidentIn	Premierminister	Koalition	Europäisierung
2000	Milan Milutinović (SPS)	Interim	ad-hoc	vorbehaltlose Europäisierung
2001		Zoran Đinđić (DS)	DOS (= Koalition aus DS, DSS, GSS, G17 Plus und 15 anderen politischen Parteien, Bewegungen und Gewerkschaften; seit 2002 ohne DSS)	
2002				
2003	Nataša Mičić (GSS) *	Zoran Živković (DS)		
2004	Dragan Maršićanin (DSS) *	Vojislav Koštunica (DSS)	DSS, G17 Plus, SPO (Minderheitsregierung mit Unterstützung der SPS)	stagnierende Europäisierung
2005	Boris Tadić (DS)			
2006				
2007				
2008		Vojislav Koštunica (DSS)	DS, DSS, G17 Plus	
2009	Boris Tadić (DS)	Mirko Cvetković (parteilos, DS-nah)	DS, SPS, G17 Plus	zögerliche Europäisierung
2010				
2011				
2012	Tomislav Nikolić (SNS)	Ivica Dačić (SPS)	SNS, SPS, URS **	strategische Europäisierung
2013			SNS, SPS	
2014		Aleksandar Vučić (SNS)	SNS, SPS	
2015				
2016		Aleksandar Vučić (SNS)	SNS, SPS	

Tabelle 5: Die Phasen der Europäisierung; Eigene Zusammenstellung; Quellen: Bandović, Igor/ Vujačić, Marko: The European Question in Serbia's Party Politics; In: Stratulat, Corina (Hrsg.) (2014): EU Integration and Party Politics in the Balkans, European Policy Center, Issue Paper No. 77, Brüssel, S. 51; Homepage des Serbischen Parlaments: Narodna Skupština u brojka [Das Serbische Parlament in Zahlen], <http://www.parlament.gov.rs/narodna-skupstina-/narodna-skupstina-u-brojkama.1737.html>, abgerufen am 16.1.2017; u.a.

* kommissarisch (da bei den Präsidentschaftswahlen das Quorum nicht erreicht wurde, übte der Präsident bzw. die Präsidentin der *Skupština* die Funktion aus)

** URS hervorgegangen aus G17 Plus

Seit dem Sturz von Milošević setzten sich alle Regierungskoalitionen den EU-Beitritt

zum Ziel, allerdings gab es große Unterschiede bezüglich der erzielten Fortschritte. Das Bekenntnis zur EU kann daher als unverzichtbares Mittel zur Machtsicherung verstanden werden. Das beste Beispiel dafür ist die Radikale Partei, der es nie gelang in die Regierung zu kommen. Dies schaffte erst die strategisch europäisierungsfreundliche Fortschrittspartei, die sich 2008 von der SRS abgespalten hatte.

Die EU neigt dazu, den Fortschritt in den Verhandlungen auf jeweils ein zentrales Thema zu reduzieren. In der Vergangenheit bis zur Auslieferung der letzten Gesuchten war dies der ICTY, mittlerweile ist es der Kosovo. Sie ist bereit, jede Regierung zu unterstützen, solange diese stark ist und in den genannten Bereichen Fortschritte erzielt. Bei der aktuellen Regierung mehren sich die Anzeichen, dass sie dieses Spiel durchschaut hat und für ihre eigenen Zwecke nützt. Sie erkaufte sich Lob aus Brüssel mit Fortschritten in heiklen Bereichen und nutzte die Zeit dazu, ihre eigene Machtbasis v.a. durch Kontrolle der Medien zu vergrößern. Mittlerweile kommen auch vermeintlich abgehakte Themen, wie die Zusammenarbeit mit dem Gerichtshof in Den Haag, wieder auf die Tagesordnung, da die Regierung diesbezüglich die Kooperation verweigert.

Nach den Wahlen im Jahr 2008 konnte man den Eindruck gewinnen, die EU-Annäherung sei zum *only game in town* geworden. Die ehemalige Milošević-Partei SPS entschied sich dafür, nicht die Radikalen zu unterstützen, sondern mit dem Bündnis „Für ein Europäisches Serbien“ zu koalieren, woraufhin sich die SRS spaltete. Die neu entstandene Fortschrittspartei vermittelte am Anfang ihrer Regierungsbeteiligung den Eindruck, es mit der Europäisierung ernst zu meinen, mittlerweile nimmt EU-feindliche Rhetorik bei ihr aber wieder zu.

3.4 Die Einstellung der serbischen Bevölkerung zur Europäisierung

3.4.1 Europäisierungsskeptische Tendenzen

Im Beitrittsge such an die EU aus dem Jahr 2009 hielt die serbische Regierung fest, dass „ein allgemeiner gesellschaftlicher Konsens hinsichtlich der europäischen Orientierung der Republik Serbien“¹⁷⁹ besteht (welcher interessanterweise durch einen Regierungsbeschluss zum Ausdruck gebracht wurde). Die öffentliche Meinung ist für einen EU-Beitritt entscheidend, allerdings ist es empirisch schwer fassbar, ob der von

¹⁷⁹Serbische Regierung (2009): Beitrittsge such an die EU vom 19. Dezember 2009, http://www.srbija.gov.rs/extfile/sr/173683/pismokandidatura_lat.pdf, abgerufen am 20.2.2017.

der Regierung dekretierte Konsens tatsächlich besteht. Der Meinungsforscher Srđan Bogosavljević attestiert eine „Konfusion, die in der öffentlichen Meinung sichtbar ist“¹⁸⁰ aufgrund der wechselnden und widersprüchlichen Positionen der politischen Elite in Serbien. Die folgende Analyse stützt sich auf Daten von Befragungen, die vom Büro für Europäische Integration der Serbischen Regierung seit dem Jahr 2002 in Auftrag gegeben wurden¹⁸¹, sowie auf vorhandene Literatur, insbesondere zu Euroskeptizismus und Identität.

Tabelle 6 zeigt, dass die Zahl der Personen, die bei einem Referendum für den Beitritt stimmen würde, seit 2002 tendenziell gesunken ist. So liegen die Werte bis Juni 2010 – mit einer geringfügigen Ausnahme (Mai 2009: 59%) – stets über 60%. Nach dem Juni 2010 wird diese Marke nicht mehr erreicht und die Zustimmung sinkt bei den Befragungen bis Dezember 2012 stets. Ab Dezember 2011 liegt der Anteil der Beitrittsbefürworterinnen und -befürworter konstant zwischen 51% und 41%, weshalb man von einer weitgehenden Stabilisierung sprechen kann.

Zwischen Juni 2002 und Dezember 2010 liegt der Anteil der Personen, die gegen einen Beitritt stimmen wollen, zwischen 9% und 18%, die Tendenz ist leicht steigend. Ab Juni 2011 liegt der Wert stets über 19%. Über den gesamten Zeitraum betrachtet, hat sich der Anteil der Beitrittsgegner also gesteigert. Der zweithöchste Wert wurde bei der aktuellen Umfrage gemessen (Dezember 2016: 29% gegen einen Beitritt).

Die Gruppe der Menschen, die vorhat gar nicht zu wählen, liegt relativ stabil zwischen 10% und 21%, in den letzten Jahren aber zumeist im oberen Bereich dieses Rahmens.

Die Anzahl der Unentschlossenen bleibt über den ganzen Untersuchungszeitraum weitgehend konstant. Ihr Anteil liegt mit nur zwei Ausnahmen (Juni 2014 und Juni 2016 mit jeweils 15%) stets bei 10% oder weniger, wobei zu bedenken ist, dass die Ausnahmen jeweils nur kurze Zeit zurückliegen, was auf eine geringfügige tendenzielle Steigerung hindeutet.

180Bogosavljević, Srđan: Evropa i Srbija u Evropi u svesti građana Srbije [Europa und Serbien in Europa im Bewusstsein der Bürger Serbiens]; In: Lutovac, Zoran (2007): Političke stranke u Srbiji i Evropska Unija [Politische Parteien in Serbien und die Europäische Union], Friedrich-Ebert-Stiftung/ Fakultet političkih nauka, Belgrad, S. 52.

181Sofern nicht anders angegeben, stammen alle angegebenen Umfragedaten vom Büro für Europäische Integration der Serbischen Regierung: Evropska orijentacija građana Srbije – Istraživanje javnog mnjenja [Die Europäische Orientierung der Bürger Serbiens – Untersuchung der öffentliche Meinung]; Erhebungszeitraum von September 2002 bis Dezember 2016, jeweils ca. 1000 volljährige Befragte aus ganz Serbien ohne Kosovo, face-to-face Interview, Schwankungsbreite ca. 3%; <http://www.seio.gov.rs/srl/dokumenta/nacionalna-dokumenta/istrazivanja-javnog-mnjenja>, abgerufen am 18.1.2017.

Seit Herbst 2012 gibt es auch Eurobarometerdaten, die Zustimmungswerte sind dort meist etwas höher.

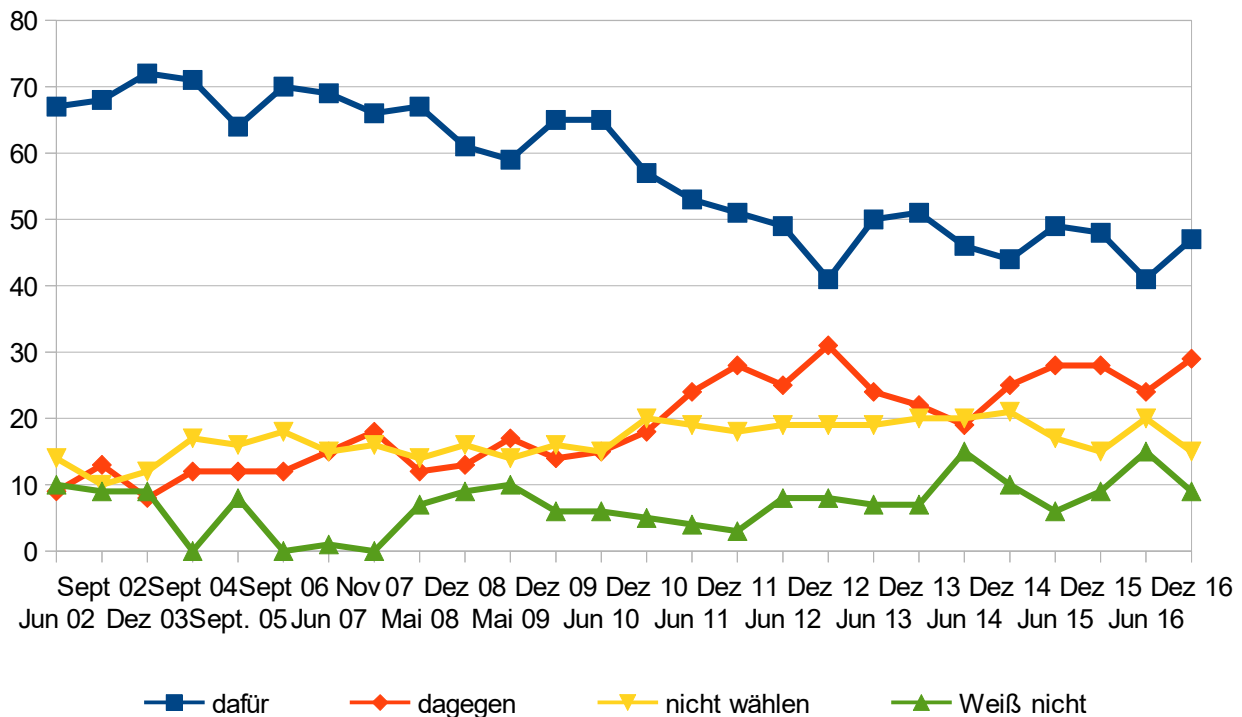


Tabelle 6: Einstellung zur EU-Mitgliedschaft; Frage: „Wenn morgen ein Referendum mit der Frage ausgeschrieben würde: 'Unterstützen Sie den Beitritt unseres Landes zur Europäischen Union?', wie würden sie abstimmen?"; Eigene Grafik; Quelle: Büro für Europäische Integration der Serbischen Regierung, Erhebungsmethodik siehe Fußnote 181.

Vergleicht man die Werte für ein Beitrittsreferendum mit der Frage, welche Reaktion die EU als Ganzes hervorruft, so zeigt sich ein deutlicher Unterschied zwischen der Einstellung zur EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes und dem Bild von der Europäischen Union. Der Anteil der Personen, die der EU positiv gegenüberstehen, liegt konstant unter dem Anteil derer, die dem EU-Beitritt Serbiens zustimmen würden (siehe Tabelle 7).¹⁸²

¹⁸²Die Werte für die Einstellung zur EU sind erst ab Mai 2008 verfügbar.

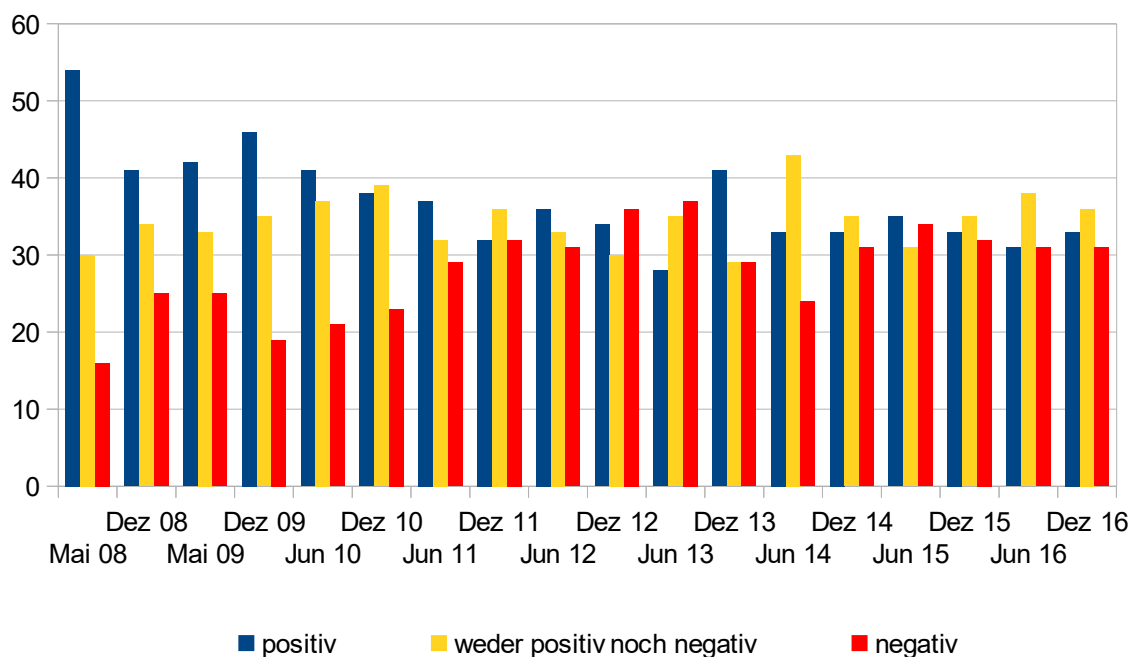


Tabelle 7: Einstellung zur EU; Frage: „Allgemein gesprochen, das bestehende Bild der Europäischen Union ruft bei Ihnen welche Reaktion hervor?"; Eigene Grafik; Quelle: Büro für europäische Integration der serbischen Regierung, Erhebungsmethodik siehe Fußnote 181.

Bei beiden Umfrageserien zeigt sich eine ähnliche Tendenz: Wie bei der vorhergehenden Grafik werden die hohen Zustimmungswerte der ersten Befragungen später nicht mehr erreicht. Allerdings stabilisieren sich die Werte auf einem etwas niedrigeren Niveau: Ab Dezember 2010 liegt die Zahl der Personen, welche die EU positiv sehen – bis auf eine Ausnahme (Dezember 2013: 41%) – stets zwischen 28% und 38%.

Der Prozentsatz der Befragten, die gegenüber der EU weder positiv noch negativ eingestellt sind, bewegt sich ohne deutlich erkennbare Tendenz zwischen 29% und 43%.

Der Anteil der Personen, die der EU negativ gegenüberstehen, beträgt bis zum Dezember 2010 nie mehr als ein Viertel. Ab diesem Zeitpunkt liegt er – abgesehen von einer Ausnahme (Juni 2014: 24%) – stets über einem Viertel. Im Dezember 2012 und Juni 2013 gibt sogar die relative Mehrheit der Befragten an, die EU negativ zu sehen.

Aufgrund ähnlicher Trends bei beiden Fragestellungen kann man davon ausgehen, dass die Einstellung zur EU einerseits und zur Mitgliedschaft andererseits eng miteinander verbunden ist. Des Weiteren kann man darauf schließen, dass ein Teil der Bevölkerung entweder genau zwischen der EU und der Mitgliedschaft unterscheidet, oder dass es tatsächlich eine Konfusion der öffentlichen Meinung gibt, wie Bogosavljević attestierte,

weshalb die Zustimmung zum Beitritt höher ist als die Beliebtheit der EU.

3.4.2 Drei Hypothesen

Die Umfragen zeigen, dass die serbische Bevölkerung heute europäisierungsskeptischer eingestellt ist als zu Beginn der Erhebungen. Daraus ergibt sich die Frage nach den Faktoren für diesen Trend, allerdings sollte nicht übersehen werden, dass sich die Einstellung in den letzten fünf Jahren stabilisiert hat. Die Zustimmung zur EU ist auch in vielen Mitgliedsstaaten gesunken (siehe 2.3), jedoch ist diese Entwicklung in Serbien noch brisanter, da dadurch der Beitrittsprozess zum Erliegen gebracht werden könnte. In der aktuellen Kommunikationsstrategie der Regierung wird herausgearbeitet, dass sich die Gegner des EU-Beitritts aus drei Gruppen zusammensetzen. Erstens ist ein Teil der Bevölkerung

„einfach nicht ausreichend über den Prozess des Beitritts der Republik Serbien zur EU informiert und ein zweiter Teil ist gegen den Beitritt der Republik Serbien zur EU, weil er das Gefühl hat, dass er persönlich im bisherigen Prozess des Wandels (während der Transition) verloren hat, während für die negativen Ansichten des dritten Teils Stereotype und Ängste vor dem Prozess des Beitritts Serbiens zur EU eine Rolle spielen, in Folge einer falschen Auslegung der nationalen Interessen, religiöser Überzeugungen (Verlust der nationalen Souveränität, Identität und Kultur). [eig. Übers., *Anm. MS*]“¹⁸³

Die Ergebnisse der Meinungsumfragen in Serbien deuten tatsächlich darauf hin, dass der Wissensstand der Bevölkerung über den Beitrittsprozess eher niedrig ist. Zwar wird das Thema in landesweiten Zeitungen, Radio- und TV-Sendungen behandelt, die Informationen kommen aber primär von Politikerinnen und Politikern. Dies führt dazu, dass die Glaubwürdigkeit der Informationen angezweifelt wird und die Wahrnehmung entsteht, die EU sei ein rein politisches Thema, das die Bürger und Bürgerinnen nicht persönlich betrifft.¹⁸⁴ Für die Koordination der Kommunikation bezüglich des EU-Beitritts ist in erster Linie das Büro für Europäische Integration der serbischen Regierung verantwortlich. In der soeben zitierten Kommunikationsstrategie werden Zielgruppen, Botschaften und Kommunikationsmittel definiert, um die Bevölkerung sowohl zu informieren, als auch von den Vorteilen des EU-Beitritts zu überzeugen. Auch

¹⁸³Serbische Regierung (2011): Strategiju komunikacije o pristupanju Republike Srbije Evropskoj Uniji [Kommunikationsstrategie über den Beitritt der Republik Serbien zur Europäischen Union], Belgrad, S. 11.

¹⁸⁴Ebenda, S. 5.

andere Organisationen widmen sich dieser Aufgabe (wenn auch nicht ausschließlich), z.B. die EU-Delegation in Serbien, die Organisation European Movement in Serbia oder die Friedrich-Ebert-Stiftung. Es darf daher bezweifelt werden, dass sich die Meinung der Bevölkerung zur EU verändert hat, weil sie heute schlechter informiert ist als vor 15 Jahren.

Die zweite Gruppe umfasst diejenigen, die das Gefühl haben, von der Transformation nicht profitiert zu haben. Einer Fokusgruppen-Untersuchung aus Kroatien zufolge befinden sich unter den zahlreichen Gründen für Euroskeptizismus viele, die mit der wirtschaftlichen Situation bzw. der Furcht vor einem (neo-)liberalen Markt zu tun haben, z.B. der Sorge vor der Vernichtung der kroatischen Produktion, dem Ausverkauf von Immobilien, mehr Konkurrenz, sowie der Ausbeutung von Arbeitskräften und natürlichen Ressourcen.¹⁸⁵

Manchmal werden solche Sorgen mit dem Argument heruntergespielt, dass sie lediglich eine Folge des niedrigen Informationsstandes der Bevölkerung seien, oder Euroskeptizismus wird überhaupt mit Populismus gleichgesetzt.¹⁸⁶ Es ist zweifellos eine interessante Frage, inwiefern Euroskeptizismus und Populismus Hand in Hand gehen und welche Rolle das erstgenannte Phänomen in nationalistischen Mobilisierungsstrategien spielt. Allerdings können solche Argumente auch den Blick auf wirtschaftliche Zusammenhänge verstellen, d.h. reale wirtschaftliche und soziale Probleme werden nicht mehr als solche wahrgenommen und Euroskeptizismus ausschließlich als Folge nationalistischer Diskurse verstanden, was zur Delegitimierung plausibler ökonomischer Argumente führt.

Es wird oft übersehen, dass nicht die gesamte Bevölkerung im gleichen Ausmaß davon profitieren muss, wenn das Bruttoinlandsprodukt eines Landes durch den EU-Beitritt um einen bestimmten Prozentsatz ansteigt. Vielmehr ist es häufig so, dass bestimmte Gruppen gewinnen, während andere verlieren. In anderen Ländern hat sich gezeigt, dass die besser gebildeten Schichten mit höherem Einkommen dem EU-Beitritt positiver gegenüberstehen als die weniger Gebildeten mit niedrigeren Gehältern (siehe 2.3.2). Es stellt sich daher die Frage, ob jene Menschen in Südosteuropa, deren wirtschaftliche

¹⁸⁵Skoko, Božo/ Bagić, Dragan (2011), Zit. nach: Jović, Dejan (2012): Hrvatski referendum o članstvu u Europskoj uniji i njegove posljedice za smanjeni Zapadni Balkan [Das kroatische Referendum über die Mitgliedschaft in der Europäischen Union und seine Auswirkungen auf den verkleinerten Westbalkan]; In: *Anali hrvatskog politološkog društva*, Nr. 9, S. 171-172.

¹⁸⁶Mehler, Andrea/ Petrović, Ksenija/ Bieber, Florian (2009): Populismus und Euroskeptizismus in Südosteuropa seit 1989; In: *Südosteuropa. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft*, Nr. 2, S. 155.

Erwartungen an den Europäisierungsprozess enttäuscht wurden, eher zu Euroskeptizismus neigen. Für diese Sichtweise spricht, dass utilitäre Überlegungen im EU-Diskurs der serbischen politischen Parteien die Hauptrolle spielen und das Wohlstandsversprechen der EU an Glaubwürdigkeit verloren hat. Das sogenannte Konvergenznarrativ, dass also der EU-Beitritt Stabilität und Wirtschaftswachstum sicherstellt, wurde durch die Krise in Griechenland deutlich in Frage gestellt.¹⁸⁷ Die erste zu untersuchende Hypothese lautet daher, ob der steigende Euroskeptizismus mit der negativen Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage in Serbien und der EU zu tun hat.

Die dritte Gruppe, die in der Kommunikationsstrategie genannt wird, umfasst jene, die Identität oder Souveränität des Landes bedroht sehen. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, wenn die DS-Regierung, die jahrelang EU *und* Kosovo versprochen hat und damit selbst zum größten Hindernis für die EU-Annäherung wurde, ihrer Bevölkerung in der Kommunikationsstrategie vorwirft, die nationalen Interessen „falsch“ zu interpretieren. Man kann aber festhalten, dass nationale Identität eine große Rolle im Beitrittsprozess spielt, worauf auch die Erfahrung aus Kroatien hindeutet. Dieses Land begann seinen EU-Annäherungsprozess nicht nur gleichzeitig mit Serbien, sondern blickt auch auf eine vergleichbare Erfahrung mit Krieg und Transformation in den 90er Jahren zurück.

In einem Referendum Anfang 2012 sprach sich die Mehrheit der kroatischen Wählerschaft für einen Beitritt aus, obwohl laut Umfragen ein großer Teil der Bevölkerung der EU-Mitgliedschaft gegenüber ablehnend eingestellt war. Der Zagreber Politikwissenschaftler Dejan Jović schreibt, dass sich der kroatische Euroskeptizismus im Vergleich mit seinen Pendants in anderen Ländern durch einige Besonderheiten auszeichnet, die im Zusammenhang mit der jüngeren Vergangenheit des Landes stehen. In der Phase vor dem Referendum wurde im politischen und medialen Diskurs intensiv der Bürgerkrieg zwischen 1991 und 1995 (und indirekt auch der zweite Weltkrieg) thematisiert, dessen Deutung die kroatische politische Identität stark prägt. Im jugoslawischen Zerfallsprozess wird Kroatien als Opfer fremder Aggression gesehen, dass sich ohne Hilfe Europas verteidigen musste. Das Haager Tribunal stellte das Narrativ des Verteidigungskrieges später allerdings in Frage und rüttelte damit an den ideellen Grundfesten des kroatischen Staates. Es wurde befürchtet, dass, nur zwei Jahrzehnte nachdem die Unabhängigkeit von Jugoslawien erkämpft worden war, die

¹⁸⁷Panagiotou, Ritsa (2013): The Greek Crisis as a Crisis of EU Enlargement: How Will the Western Balkans Be Affected?, In: Southeast European and Black Sea Studies, Nr. 13 (1), S. 97.

Europäische Union die kroatische Souveränität erneut bedroht. Abgesehen davon fühlte man sich ungerecht behandelt: Es herrschte die Überzeugung vor, dass die EU sich sofort nach der Erfüllung aller Forderungen neue Bedingungen ausdenken würde, mit dem Ziel Kroatien zu erniedrigen.¹⁸⁸ Die Mischung aus strikter Konditionalität auf der einen Seite und der modernen kroatischen Identität auf der anderen Seite, die stark durch den blutigen Auflösungsprozess Jugoslawiens in den 90er Jahren geprägt ist, führte zu einer negativen Einstellung der Bevölkerung gegenüber der EU.

Die zweite zu untersuchende Hypothese ist daher, dass in Serbien ein ähnlicher Zusammenhang zwischen Euroskeptizismus und dem Gefühl, dass die EU die nationale Identität bedroht, besteht.

Auch die dritte Hypothese steht im Zusammenhang mit der politischen Identität Serbiens. Die Zunahme des Euroskeptizismus innerhalb der Bevölkerung könnte damit zusammenhängen, dass Russland als aufsteigende Macht gesehen und dadurch der EU-Beitritt nicht mehr als die einzige Option wahrgenommen wird. Der Wunsch nach einem stärkeren Engagement Russlands am Balkan steht im Zusammenhang mit den – seit dem 19. Jahrhundert traditionell guten – serbisch-russischen Beziehungen. Diese könnten revitalisiert und das russische Modell damit wieder konkurrenzfähig werden.

3.4.3 Schlechte wirtschaftliche Perspektive

Der Politikwissenschaftler Jan Zielonka schreibt in einem Essay über die Zukunft der europäischen Integration: „'Crisis' is the word we have come to associate with the EU“¹⁸⁹. Die multiplen Krisen der EU werden innerhalb und außerhalb der Union medial intensiv diskutiert, was dazu führt, dass die EU auch in den serbischen Medien hauptsächlich im Zusammenhang mit ihren inneren Problemen dargestellt wird. Die überwiegend schlechten Nachrichten über die EU unterminieren die Kommunikationsstrategie der Regierung und der meisten europäisierungsfreundlichen Parteien Serbiens, die darauf setzen, den persönlichen und gesamtgesellschaftlichen Nutzen eines Beitritts hervorzuheben. „The more the EU fails to deliver on its promise of prosperity and well-being, the more people in the Balkans lose hope in the future and

188Jović, Dejan (2012): Hrvatski referendum o članstvu u Europskoj uniji i njegove posljedice za smanjeni Zapadni Balkan [Das kroatische Referendum über die Mitgliedschaft in der Europäischen Union und seine Auswirkungen auf den verkleinerten Westbalkan]; In: Anali hrvatskog politološkog društva, Nr. 9, S. 168-170.

189Zielonka, Jan (2014): Is the EU doomed?, Polity Press, Cambridge, S. 1.

in the value of pursuing European integration.“¹⁹⁰

Dieser Effekt lässt sich an der Frage ablesen „Denken Sie, dass Sie persönlich durch die EU-Mitgliedschaft irgendwelche Vorteile hätten?“. Darauf antwortet im Dezember 2016 die relative Mehrheit der Befragten, nämlich 39%, dass sie gar keine Vorteile oder mehr Nach- als Vorteile hätten. Dem stehen 35% der Befragten gegenüber, die angeben, Vorteile oder sogar viele Vorteile aus der EU-Mitgliedschaft Serbiens ziehen zu können. Der Rest, also 27% der Personen, gibt entweder an, es nicht zu wissen, gleichviele Vorteile wie Nachteile zu haben, oder verweigert die Antwort. Die Bevölkerung ist also laut Umfrage in drei annähernd gleich große Teile gespalten. Eine ähnliche Aufteilung in drei Gruppen ergibt sich bei der Frage, wie die EU überhaupt gesehen wird (siehe Tabelle 7), was darauf hindeutet, dass sich die Einstellungen bezüglich dieser Fragen überschneiden. Es kann also von einer engen Verbindung zwischen utilitären Überlegungen und der Einstellung zur EU ausgegangen werden. Auf die Frage, ob der EU-Beitritt nicht der befragten Person, sondern Serbien als Ganzem nützen würde, ergibt sich ein nur geringfügig positiveres Stimmungsbild.

Die Meinung, keine Vorteile zu haben, könnte mit den wirtschaftlichen Erfahrungen in den Jahren seit dem demokratischen Umbruch zu tun haben, die vielfach unter den Erwartungen blieben. Die Arbeitslosigkeit ist laut den letzten Daten der Europäischen Kommission höher als zu Beginn der 2000er Jahre, auch wenn sie derzeit tendenziell zurückgeht. Fünf Jahre lang lag die Arbeitslosenquote sogar bei knapp 20% oder mehr. In der globalen Finanzkrise schrumpfte die Wirtschaft einmal mehr und die Wachstumsraten des BIP waren bis 2008 fast immer höher als die BIP-Zuwächse nach diesem Zeitpunkt. Die Aussicht auf mehr Konkurrenz aus dem Ausland und weitgehende Liberalisierung vieler Wirtschaftssektoren infolge eines EU-Beitritts machte gerade diejenigen skeptisch gegenüber der Union, die sich schon derzeit in einer wirtschaftlich schwierigen Situation befinden.

Jahr	'01	'02	'03	'04	'05	'06	'07	'08	'09	'10	'11	'12	'13	'14	'15
Veränderung des BIP in %	5.3	4.3	2.5	9.3	5.4	3.6	5.4	3.8	-3.5	1.0	1.4	-1.0	2.6	-1.8	0.8
Arbeitslosenrate in %	13.3	14.5	16.0	18.7	21.1	21.0	18.3	13.6	16.1	19.2	22.9	23.9	22.1	19.2	17.6

¹⁹⁰Stratulat, Corina (2016): To Be or Not to Be an EU-Member State – A Question for the Balkan Aspirants as Well?, European Policy Center Commentary, Brüssel, S. 2.

Tabelle 8: Wirtschaftliche Kennzahlen; Reale Veränderung des BIP im Vergleich zum Vorjahr und Anteil der Arbeitslosen an der arbeitsfähigen Bevölkerung; Eigene Zusammenstellung; Quelle: Europäische Kommission (2016): Serbia 2016 Report, {COM(2016) 715 final}, Brüssel, S. 87, 89; Europäische Kommission (2010): Analytical Report, {COM(2011) 668}, Brüssel, S. 135, 137.

Bei den Umfragen zeigte sich aber auch, dass die EU mehr mit positiven Veränderungen assoziiert wird als mit negativen. Die EU steht für die Befragten über den ganzen Zeitraum hinweg am ehesten für eine bessere Zukunft für die jungen Menschen und leichtere Beschäftigungsmöglichkeiten. Oft genannt werden auch Reisefreiheit innerhalb der Union, sowie die Möglichkeit, den Zustand des Landes zu verbessern. Auf negative Aussagen wie den Verlust der eigenen Identität oder die Vorstellung von der EU als bürokratischem Apparat entfallen bei den meisten Befragungen deutlich weniger Nennungen als auf die drei oben genannten positiven Aussagen. Sehr wenige Nennungen (zuletzt 5%) entfallen übrigens auf die Aussage, dass die EU langanhaltenden Frieden garantiere.¹⁹¹

Die Ablehnung von Liberalisierung und Privatisierung als treibender Faktor für Euroskeptizismus lässt sich an den Meinungsumfragen nicht direkt ablesen und ist auch im öffentlichen Diskurs kaum präsent, obwohl die Europäische Kommission Privatisierungen bzw. Restrukturierungen beim staatlichen Gasanbieter (Srbijagas), Stromanbieter (Elektroprivreda Srbije) sowie der Eisenbahn (Železnice Srbije) fordert.

Für einen großen Teil der Bevölkerung ist das Wohlstandsversprechen der EU nach wie vor glaubwürdig. Wie sich in anderen Ländern gezeigt hat, hängt die Einstellung zur EU jedoch von den Chancen ab, die ein Individuum mit dem Beitritt verbindet. Man darf bezweifeln, dass die Regierung allein mit der Betonung der Vorteile eines Beitritts jene überzeugen kann, deren wirtschaftliche Erwartungen bereits enttäuscht wurden und die ihre Position durch mehr Konkurrenz bedroht sehen. Der langsame Rückgang der

¹⁹¹Mehrfachnennung möglich. Die Zahlen sind über den Zeitverlauf nur bedingt vergleichbar, da laut Auskunft des Büros für europäische Integration im Dezember 2015 die Darstellungsform geändert wurde (seitdem wird der Prozentanteil an den Gesamtnennungen aller Aussagen angegeben und nicht mehr der relative Anteil der Befragten die eine bestimmte Behauptung nennen). Auf die Frage: „Welche der folgenden Behauptungen beschreibt am besten, was für Sie persönlich die Europäische Union darstellt?“ gab es im Juni 2016 folgende Antworten (Anteil an den Gesamtnennungen in Prozent): „Mehr Möglichkeiten für Beschäftigung (17%), der Weg zu einer besseren Zukunft für die jungen Menschen (16%), die Möglichkeit, dass ich innerhalb der Europäischen Union reise wohin ich will (15%), die Möglichkeit, dass man den Zustand in unserem Land in Ordnung bringt (11%), das Risiko die eigene kulturelle Identität zu verlieren (9%), ein schwerfälliger bürokratischer Apparat bzw. der Verlust von Geld und Zeit (8%), nur ein Traum, eine utopische Idee (8%), ein Weg die Rechte der Bürger zu schützen (6%), die Garantie eines langanhaltenden Friedens in der Europäischen Union (5%), ein Mittel zur Verbesserung der allgemeinen, wirtschaftlichen Situation in der Europäische Union (4%).“

Arbeitslosigkeit könnte die Zustimmung zum EU-Beitritt erhöhen, allerdings nur dann, wenn auch aus dem Inneren der EU gute Nachrichten kommen.

3.4.4 Bedingungen der EU

Auf die Frage, wodurch der Beitrittsprozess am meisten belastet bzw. verlangsamt wurde, antworten mit Abstand die meisten Befragten, nämlich 35% „die Politik der ständigen Bedingungen und Bewertungen, die die EU gegenüber unserem Land betreibt“. Das bedeutet, dass in Serbien bei vielen Bürgerinnen und Bürgern der Eindruck besteht, dass ihr Land von der EU ungerecht behandelt wird. Einige sind der Meinung, dass sogar wenn Serbien alle Bedingungen erfüllen würde, die EU ihrerseits nur wieder neue Forderungen stellen würde. Dieser Eindruck entsteht aus drei Gründen: Erstens wird die Hebelwirkung der EU auf Serbien größer, da der Beitritt näher gerückt ist. Das Tempo der Veränderungen und der Druck nimmt daher zu, was Gegenreaktionen hervorrufen kann. Zweitens trägt die Erweiterungsmüdigkeit der Europäischen Union dazu bei, dieses Gefühl zu verstärken. Die Betonung der beschränkten Aufnahmefähigkeit der Union und das Definieren immer schärferer Kriterien und weiterer Stufen im Beitrittsprozess führt auf serbischer Seite zu einem Gefühl der Ungewolltheit, weshalb sich ein Teil der Bürgerinnen und Bürger von der EU abwendet. Drittens versuchen serbische Politiker und Politikerinnen, genauso wie ihre Pendants innerhalb der EU, die politischen Kosten für Reformen niedrig zu halten, indem sie diese rhetorisch auf die EU überwälzen und die Union als Sündenbock benutzen.

Auf die Frage nach den Beitrittsbedingungen der EU werden am häufigsten zwei genannt. Bis Juni 2011 wurde stets von den meisten Befragten die Zusammenarbeit mit dem Haager Tribunal angegeben, in späteren Umfragen nennen die meisten das Thema Kosovo. Das Haager Tribunal hingegen scheint ab der Verhaftung und Auslieferung der letzten gesuchten Angeklagten aus dem Bewusstsein der Öffentlichkeit fast völlig verschwunden zu sein, obwohl die volle Kooperation mit dem ICTY nach wie vor eine Bedingung der EU ist. Andere Themen wie die Bekämpfung der Korruption, eine Reform der Justiz und politische Reformen im Allgemeinen führen im Vergleich dazu ein Schattendasein und werden nur von sehr wenigen Befragten genannt.

Genauso wie in Kroatien wurde auch in Serbien die nationale Identität entscheidend in den 90er Jahren geprägt. „Das Verhältnis zum Erbe des Milošević-Regimes steht in

direktem Zusammenhang mit Europavorstellungen.“¹⁹² In einer weit verbreiteten Sichtweise, die vor allem von nationalistischen Parteien, Nicht-Regierungsorganisationen und Medien sowie der orthodoxen Kirche vertreten wird, wird Serbien stets als Opfer dargestellt. Die Forderungen nach Zusammenarbeit mit dem Haager Tribunal oder der Lösung der Statusfrage des Kosovo treffen in einer solchen Sicht auf großes Unverständnis, da dies als weitere Bestrafung des Opfers Serbien angesehen wird. Einer Studie des Belgrader Zentrums für Menschenrechte aus dem Jahr 2011 zufolge glauben 40% der Befragten, dass der Zweck des Internationalen Strafgerichts darin besteht, Serbien die Schuld zuzuschreiben und 73% sind überzeugt, dass das Gericht nicht unabhängig arbeitet.¹⁹³ Der Zwang zur Auslieferung von Staatsangehörigen wird als Eingriff in die staatliche Souveränität gewertet.

Die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo, der von Milošević zur mythischen Wiege des Serbentums verklärt wurde, wird als Verletzung der territorialen Integrität des Landes gedeutet. Laut einer Umfrage aus dem Jahr 2012 würden sich im Falle eines Referendums über die Frage Kosovo oder EU 59% für den Kosovo und nur 27% für die Union entscheiden. Bei der Wählerschaft von SNS und SPS könnten sich sogar noch weniger Menschen vorstellen zugunsten der EU auf den Kosovo zu verzichten.¹⁹⁴ Sowohl das Thema Kosovo als auch ICTY steht symbolisch für viele Serbinnen und Serben für eine Bedrohung der eigenen Nation.

Je weiter die Beitrittsverhandlungen fortschreiten, desto größer wird der Druck, den die EU auch in diesen sensiblen Bereichen ausüben kann. Die wahrgenommene Bedrohung der nationalen Identität durch EU-Forderungen hat daher zu einer steigenden Ablehnung der Mitgliedschaft geführt. Würde die EU primär mit Bedingungen assoziiert werden, die auf breite Zustimmung stoßen (z.B. Demokratie, Reformen, etc.), dann könnte die Politik der Bedingungen und Bewertungen seitens der EU die Zustimmungsraten sogar erhöhen. In einer derartigen Konstellation könnte die Union sich als Garant für die Durchsetzung von Reformen profilieren, indem sie deren Umsetzung überwacht und diese gegen innere Widerstände durchsetzt. In Serbien wird die EU aber nicht in erster

¹⁹²Džihic, Vedran/ Nadjivan, Silvia/ Paic, Hrvoje/ Stachowitsch, Saskia (2006): Europa – verflucht begehrt. Europavorstellungen in Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Serbien, 1. Auflage, Braumüller, Wien, S. 176.

¹⁹³Balkan Insight, 4.1.2017: Hague Tribunal Prepares for Shutdown in 2017, <http://www.balkaninsight.com/en/article/the-last-year-for-the-icty-01-02-2017-1>, abgerufen am 9.2.2017.

¹⁹⁴Ipsos-Umfrage mit 1002 Befragten; B92, 8.11.2012: KiM ili EU: Dve trećine za Kosovo [Kosovo und Metochien oder EU: zwei Drittel für Kosovo], http://www.b92.net/info/vesti/index.php?yyyy=2012&mm=11&dd=08&nav_category=12&nav_id=658779, abgerufen am 7.3.2017.

Linie als Agent der Modernisierung gesehen, da diese positive Eigenschaft von den Themen Kosovo und Den Haag überlagert wird. Insbesondere im Verlauf der letzten fünf Jahre ist aber auch zu beobachten, dass die Zustimmungswerte zur EU sich nicht sehr stark verändert haben, was dadurch erklärt werden kann, dass die Bewältigung verschiedener Stufen im Beitrittsprozess (Kandidatenstatus, Eröffnung der Verhandlungen, usw.) von der Bevölkerung als Erfolg gesehen wird, wodurch die negativen Effekte ausgeglichen wurden, die aus dem Stellen heikler Forderungen und der Erweiterungsmüdigkeit der EU resultieren.

3.4.5 Russland als geopolitische Alternative

Einer Umfrage aus dem Jahr 2015 zufolge steht die serbische Bevölkerung Russland wesentlich wohlwollender gegenüber als der EU. 57% der Befragten sehen Russland positiv oder sehr positiv, während nur 21% diese Meinung bezüglich der EU vertreten. Auf der anderen Seite sehen Russland nur 15% negativ, die EU hingegen wird von der Hälfte der Befragten negativ gesehen.¹⁹⁵ Die Einstellung zur EU weicht zwar von den oben zitierten Umfragen des BEI ab, es ist aber eindeutig eine Präferenz zugunsten Russlands ablesbar. Dies spiegelt die traditionelle Freundschaft zwischen Serbien und Russland wider, die zwischen den beiden durch die Orthodoxie geprägten Ländern schon seit dem 19. Jahrhundert besteht. Im Unterschied zur EU stellt Russland aber keine Bedingungen, die den serbischen Nationalstolz bedrohen. Im Gegenteil, Russland, das über einen Sitz im UN-Sicherheitsrat verfügt, unterstützt die Position Serbiens, indem es den Kosovo ebenfalls nicht anerkennt. Darauf spielte auch Tomislav Nikolić an, als er im Jahr 2007 sagte: „It would be ideal if we could have both Russia and the EU, but these Union's are very different. EU only blackmails, humiliates, seizes our territory, while Russia helps.“¹⁹⁶ Eine andere Meinung vertritt der Politikwissenschaftler Bojan Ladjevac: „[Die] Dichotomie Russland – EU entspricht nicht den realen Verhältnissen, sondern entspringt eher historisch begründeten Emotionen. Ein Blick auf die Weltkarte,

¹⁹⁵Ipsos-Umfrage mit ca. 1000 Befragten in 67 Bezirken Serbiens, Unterschiede zur obigen Umfrage könnten sich aus einer anderen Gewichtung bzw. einer leicht abweichenden Fragestellung ergeben; Zitiert nach:

Lutovac, Zoran: Evropeizacija nacionalnog identiteta u procesu evropskih integracija Srbije [Die Europäisierung der nationalen Identität im Prozess der europäischen Integration Serbiens]; In: Vujačić, Ilija/ Belinac, Nikola (Hrsg.) (2015): Nova Evropa i njena periferija [Das neue Europa und seine Peripherie], Univerzitet u Beogradu/ Udruženje za političke nauke Srbije, Belgrad, S. 283.

¹⁹⁶Nikolić, Tomislav; Zit. nach: Subotić, Jelena (2011): Europe Is a State of Mind: Identity and Europeanization in the Balkans; In: International Studies Quarterly, Nr. 55, S. 322.

die Außenhandelsbilanzen und die Summe der überwiesenen Entwicklungshilfen macht klar, dass Serbien nur ein Weg wirklich offensteht: der europäische.“¹⁹⁷

Insbesondere in jüngster Vergangenheit scheint die Sympathie der serbischen Bevölkerung für Russland dennoch groß zu sein: Auf die Frage nach dem Modell eines welchen Landes die Menschen gerne leben würden, bevorzugte im Juni 2016 erstmals eine Mehrheit der Befragten das Modell Russlands. Auch auf die Frage nach den größten internationalen Geldgebern Serbiens nimmt Russland regelmäßig den ersten oder einen der vorderen Plätze ein, obwohl das Land laut Angaben des Büros für Europäische Integration überhaupt nicht zu den Geldgebern zählt. Tatsächlich ist der größte Geber die Europäische Union, was die Bürgerinnen und Bürger aber in nur in geringem Maß wahrnehmen.

Bereits im Jahr 2000 haben Russland und Serbien ein Freihandelsabkommen abgeschlossen. Zudem gibt es eine Rüstungskoooperation, Russland stellte Serbien einen Kredit über 800 Millionen Euro für die Erneuerung des Eisenbahnnetzes zur Verfügung und im Jahr 2012 wurden zwischenstaatliche Kredite in Höhe von einer Milliarde Euro zugesagt. Russische Investoren haben mehrere große Unternehmen in Serbien erworben und eine Tochterfirma von Gazprom ist Mehrheitseigentümer der Serbischen Ölindustrie.¹⁹⁸ Der Bau der Erdgaspipeline „Southstream“, die russisches Gas über Serbien in die EU bringen hätte sollen, wurde 2014 von der Europäischen Kommission gestoppt.¹⁹⁹ Im November desselben Jahres wurde eine Militärübung mit Russland abgehalten (die serbische Armee passt sich gleichzeitig aber auch an NATO-Standards an).²⁰⁰ Im Jahr 2016 wurde bekannt, dass Russland Serbien sechs gebrauchte MIG-29 Kampfflugzeuge, 30 Panzer, Gewehre und anderes Kriegsgerät schenken wird. Die notwendige Reparatur der Flugzeuge wird allerdings bis zu 230 Millionen Euro kosten.²⁰¹

Neben diesen konkreten gemeinsamen Projekten wird auch auf symbolischer Ebene versucht, das Bild der lange bestehenden serbisch-russischen Freundschaft zu

197Ladjevac, Bojan (2012): Russland und Serbien: Eine neue Ära der Beziehungen?, Internationale Politikanalyse, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, S. 7.

198Ladjevac, Bojan (2012): Russland und Serbien: Eine neue Ära der Beziehungen?, Internationale Politikanalyse, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, S. 2-6.

199EU Observer, 2.12.2014: Putin Says Will Not Build South Stream Gas Pipeline, <https://euobserver.com/foreign/126749>, abgerufen am 20.2.2017.

200Żornaczuk, Tomasz (2015): Have Your Cake and Eat It: The Dilemma of Serbia's Relations with the EU and Russia, The Polish Institute of International Affairs, Bulletin Nr. 39 (771), Warschau, S. 1-2.

201Danas, 21.12.2016: Migovi stižu u martu ili novembru [Die MIGs kommen im März oder November], http://www.danas.rs/politika.56.html?news_id=335010&title=Migovi+sti%5%beu+u+martu+ili+novembru, abgerufen am 24.2.2017.

revitalisieren. So nahm Vladimir Putin an den Gedenkfeiern zum 70. Jahrestag der Befreiung Belgrads von den Nazis durch Truppen der Roten Armee und der Partisanen teil. Der russische Staatspräsident scheint auch persönlich sehr populär zu sein, was darin zum Ausdruck kommt, dass er seit 2007 in mehr als einem Dutzend serbischer Städte (darunter die zweitgrößte Stadt Serbiens, Novi Sad) zum Ehrenbürger ernannt wurde.²⁰²

Einer der entscheidenden Faktoren für die zunehmend positive Wahrnehmung Russlands in der serbischen Bevölkerung sind Medien, die russlandfreundlich berichten. Boulevardzeitungen wie Informer, Blic und Kurir preisen Putin auf ihren Titelseiten, während sie den Westen häufig im Zusammenhang mit den NATO-Bombardements von 1999 darstellen. Der englischsprachige Fernsehsender RT der Nachrichtenagentur Rossija Sewodnja, die vom russischen Staat finanziert wird, ist in Serbien über Kabel zu empfangen. Die Aufgabe der Agentur ist es, die Weltsicht des Kremls vor allem in Bezug auf Außenpolitik zu verbreiten. Dafür wurde 2015 das Internet-Nachrichtenportal Sputnik gegründet, das u.a. in serbischer Sprache berichtet und auch über landesweite Radiosender verfügt. Das Motto des Portals lautet „Sputnik Tells the Untold“. Interessanterweise bekam Sputnik rasch Zugang zu Staatspräsident Nikolić, was normalerweise als Privileg etablierter Journalistinnen und Journalisten gilt.²⁰³ Die serbische Homepage von Sputnik wurde im April 2016 über 500 000 Mal aufgerufen. Dazu kommt, dass viele serbische Medien Inhalte von Sputnik übernehmen, da diese kostenlos veröffentlicht werden dürfen, solange die Quelle genannt wird.²⁰⁴ Die Politikwissenschaftlerin Ksenija Crnomarkovic beobachtet, dass russlandfreundliche Inhalte auch durch kleine Internet-Nachrichtenportale wie srbin.info („der Serbe“) oder snaganaroda.net („Kraft des Volkes“) und Youtube-Kanäle wie „Radio 2M“ oder „Radio Vedro“ verbreitet werden.²⁰⁵

Die serbische Regierung hat sich zum Ziel gesetzt, eine Brückenstellung zwischen der EU und Russland einzunehmen und versucht zu vermitteln, dass gute Beziehungen zu

202Balkan Insight, 23.2.2017: Serbian Towns Queue to Make Putin Honorary Citizen, <http://www.balkaninsight.com/en/article/putin-honorary-citizen-in-a-dozen-serbian-cities-02-22-2017>, abgerufen am 24.2.2017.

203Committee to Protect Journalists Blog, 20.10.2016: How Influence of Russian Media Risks Making Serbia a Moscow Bureau, <https://cpj.org/blog/2016/10/how-influence-of-russian-media-risks-making-serbia.php>, abgerufen am 24.2.2017.

204South East European Media Observatory, 29.6.2016: The Growing Influence of Global Media in the Region, <http://mediaobservatory.net/radar/growing-influence-global-media-region>, abgerufen am 24.2.2017.

205Crnomarković, Ksenija: Persönliche Korrespondenz am 21.2.2017.

beiden Mächten sich nicht ausschließen. Im Großen und Ganzen wird diese Strategie von beiden Seiten geduldet, es wird aber immer schwieriger, den Zickzackkurs zwischen Moskau und Brüssel durchzuhalten, was sich z.B. an den Sanktionen der EU gegen Russland zeigt. Serbien hat sich diesen nicht angeschlossen, gleichzeitig wurde aber auf Druck der EU die Annexion der Krim verbal verurteilt (allerdings war die serbische Delegation nicht anwesend, als in der Generalversammlung der Vereinten Nationen über eine entsprechende Resolution abgestimmt wurde). Es zeichnet sich ab, dass über kurz oder lang der Zeitpunkt kommen wird, an dem Serbien eine Entscheidung treffen muss, denn „[n]o country with a pro-Russian policy has managed to join a tightly-knit economic and political integration system, such as the EU.“²⁰⁶. Laut Aussage des EU-Delegationsleiter in Serbien, Vincent Degert, wird Serbien vor dem Beitritt auf das 2000 geschlossene Freihandelsabkommen mit Russland verzichten müssen.²⁰⁷ Wenn die serbische Führung zur Aufgabe der guten Beziehungen zu Russland aufgrund dieser und möglicher anderer EU-Forderungen gezwungen wird, würde dies den Euroskeptizismus in der serbischen Bevölkerung (und Parteienlandschaft) mit großer Wahrscheinlichkeit befeuern. Die Beziehungen zu Russland könnten zu einem ähnlichen Politikum werden wie der Status des Kosovo, zumal Russland laut Umfragen wesentlich beliebter in der serbischen Bevölkerung ist als die EU.

3.4.6 Auswirkungen auf den Beitrittsprozess

Bei den Parlamentswahlen im April 2016 gingen ca. 85% der Stimmen an EU-freundliche Parteien²⁰⁸, obwohl sich laut einer Umfrage zwei Monate später nur 41% der Bevölkerung für den Beitritt aussprachen. Diese Situation erscheint paradox und deutet darauf hin, dass der EU-Beitritt unter den Bürgerinnen und Bürgern zwar an Attraktivität verliert, gleichzeitig aber als alternativlos gesehen wird, weshalb hauptsächlich europäisierungsfreundliche Parteien gewählt werden.

Eine ähnliche Konstellation gab es auch im jüngsten EU-Mitgliedsland Kroatien, wo die

206Đukić, Srećko: Serbia's Relations with Russia: An Overview of the Post-Yugoslav (Post-Soviet) Era; In: Minić, Jelica (Hrsg.) (2015): The Challenges of Serbia's Foreign Policy. Collection of Papers, Friedrich Ebert Stiftung/ European Movement Serbia, Belgrad, S. 32.

207Ladjevac, Bojan (2012): Russland und Serbien: Eine neue Ära der Beziehungen?, Internationale Politikanalyse, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, S. 6.

208Stiftung Wissenschaft und Politik, 28.4.2016: „Die Parlamentswahlen in Serbien waren kein Votum für oder gegen die EU,“, <https://www.swp-berlin.org/kurz-gesagt/2016/die-parlamentswahlen-in-serbien-waren-kein-votum-fuer-oder-gegen-die-eu/>, abgerufen am 20.2.2017.

EU vor dem Beitritt so negativ gesehen wurde wie in keinem anderen Staat des Westbalkans. Einer Umfrage zufolge hielten im Jahr 2010 lediglich 25% der Befragten in Kroatien die EU-Mitgliedschaft für eine gute Sache, während 38% der Bevölkerung sie weder für gut noch für schlecht hielten und 32% für schlecht.²⁰⁹ Dejan Jović spricht mit Blick auf die große Gruppe der Unentschlossenen von einer vorherrschenden Euroindifferenz, die durch die Abwesenheit jeglicher emotionaler Bindung gegenüber der EU gekennzeichnet ist. Trotzdem sprachen sich beim Referendum über den Beitritt 66,3% der Wählerinnen und Wähler für den Beitritt aus und 33,1% dagegen. Die Beteiligung lag mit lediglich 43,5%²¹⁰ um knapp 11% niedriger als bei den Parlamentswahlen, die nur eineinhalb Monate zuvor abgehalten worden waren. Fast alle kroatischen Parteien sprachen sich, ebenso wie die Regierung, unisono für den EU-Beitritt des Landes aus. Die diesbezügliche Kampagne wurde von Nicht-Regierungsorganisationen als nicht informativ, sondern propagandistisch bewertet. Darin wurde der Beitritt als alternativlos dargestellt und die öffentliche Finanzierung einer Gegenkampagne verhindert.²¹¹ Auf den nationalistischen Diskurs in den Medien antworteten die Befürworterinnen und Befürworter des Beitritts mit Katastrophenszenarien,

„so konnte man in dieser Kampagne hören, dass Kroatien wirtschaftlich, gesellschaftlich, politisch und sicherheitspolitisch vernichtetet würde, falls es außerhalb der EU bliebe. Die Auszahlung der Pensionen würde in Frage gestellt. Es wäre kein Geld für das Bedienen der Schulden da. Das Kredit-Rating würde fallen. Das Land würde wieder zum Anfang der Transition zurückkehren. Es wäre unmöglich, die Korruption zu stoppen. Und – was den kroatischen Euroskeptikern am sauersten aufstieß – Kroatien würde sich in eine Reihe mit den anderen Ländern des Balkans reihen und der Union zusammen mit Serbien und Bosnien-Herzegowina beitreten. [eig. Übers., *Anm. MS*]²¹²

Durch das Schüren von Ängsten gelang es, den Euroskeptizismus in Euroindifferenz zu verwandeln und so die Gegner und Gegnerinnen des Beitritts vom Wählen abzuhalten.

²⁰⁹Gallup (2010): *Balkan Monitor. Insights and Perceptions: Voices of the Balkans*, European Fund for the Balkans, S. 22.

²¹⁰Die niedrige Beteiligung hängt auch damit zusammen, dass ein großer Teil der wahlberechtigten kroatischen Diaspora im Ausland nie wählt und dass im Wahlregister mancher Städte mehr Wähler und Wählerinnen registriert sind, als es EinwohnerInnen gibt. Vgl.: Novi list, 24.1.2012: *Stvarno stanje, u Hrvatskoj je glasalo 61, a ne 41,3 posto građana* [Der wirkliche Stand, in Kroatien haben nicht 61, sondern 41,3 Prozent der Bürger gewählt], <http://www.vecernji.hr/eu/stvarno-stanje-u-hrvatskoj-je-glasalo-61-a-ne-413-posto-gradjana-369127>, abgerufen am 8.2.2017.

²¹¹Jović, Dejan (2012): *Hrvatski referendum o članstvu u Europskoj uniji i njegove posljedice za smanjeni Zapadni Balkan* [Das kroatische Referendum über die Mitgliedschaft in der Europäischen Union und seine Auswirkungen auf den verkleinerten Westbalkan]; In: *Anali hrvatskog politološkog društva*, Nr. 9, S. 164-167.

²¹²Ebenda, S. 172.

Mit anderen Worten, die deutliche Zustimmung wurde von der politischen Elite mit einer geringen Wahlbeteiligung erkaufte.

Auch bei den Referenden, die 2003 in neun Ländern abgehalten wurden (nicht in Zypern), war die Wahlbeteiligung vergleichsweise niedrig. In sieben dieser Länder lag die Wahlbeteiligung in einem Spektrum von 45,62% bis 64,06%. Mit Ausnahme Großbritanniens war in jedem zuvor beigetretenen Land die Beteiligung höher. Der niedrigen Wahlbeteiligung stand eine teilweise geradezu überwältigend hohe Zustimmungsrates gegenüber. Unter den Ländern mit den zehn höchsten Zustimmungsrates zum Beitritt sind alle acht postkommunistischen Staaten der fünften Erweiterungsrunde vertreten. Nur in Malta ging das Referendum knapp aus.²¹³

Die Besonderheit dieser Referenden besteht laut Taggart und Szczerbiak hauptsächlich darin, dass es kein alternatives Narrativ zum Beitritt gab, das sowohl glaubwürdig als auch attraktiv gewesen wäre. In den wirtschaftlich starken, kapitalistischen Demokratien des Westens war es leichter, ein solches Narrativ zu kreieren als in den Staaten Osteuropas, wo der EU-Beitritt als Rückkehr nach Europa und Abschluss des Transformationsprozesses verstanden wurde.²¹⁴

Neben der Einstellung der Bevölkerung kann auch die Position der politischen Elite unter bestimmten Bedingungen entscheidend sein. Die ursprüngliche These, dass es sich bei Referenden im Zusammenhang mit der EU um Abstimmungen zweiten Ranges handle, die in erster Linie als Popularitätstest für die Regierung zu verstehen sind, wurde inzwischen verfeinert. Ob eine Regierung ein Referendum zu ihren Gunsten beeinflussen kann, hängt nicht nur von ihrer Popularität und der Einheitlichkeit ihres Auftretens ab, sondern vor allem davon, ob das Thema für die Bevölkerung salient ist und die Wählerschaft stark ausgeprägte Präferenzen besitzt oder nicht. Mitentscheidend ist zudem, ob sich die Opposition der Regierung anschließt oder nicht. Für den Fall einer knappen Wahl, kann nicht nur die Popularität, sondern auch die Haltung der Regierung selbst entscheidend sein.²¹⁵

213Szczerbiak, Aleks/ Taggart, Paul (2004): The Politics of European Referendum Outcomes and Turnout: Two Models; In: West European Politics, Nr. 27 (4), S. 560-561.

Die Zustimmung- und Beteiligungsrates bei den Referenden im Jahr 2003: Slowakei (93,71%; 52,15%), Litauen (90,97; 63,37%), Slowenien (89,64%; 60,44%), Ungarn (83,67%; 45,62%), Polen (77,45%; 58,85), Tschechien (77,33%, 55,21%), Lettland (67,00%; 72,50%), Estland (66,83%; 64,06%) und Malta (53,64%; 90,86%).

214Szczerbiak, Aleks/ Taggart, Paul (2004): The Politics of European Referendum Outcomes and Turnout: Two Models; In: West European Politics, Nr. 27 (4), S. 562-563.

215Franklin, Mark N. (2002): Learning from the Danish Case: A comment on Palle Svendsen's critique of the Franklin's thesis, In: European Journal of Political Research, Nr. 41, S. 753.

Unter Nichtberücksichtigung der Unentschlossenen sind laut der aktuellsten Untersuchung des Büros für Europäische Integration knapp 62% der Befragten in Serbien für einen EU-Beitritt, während sich 38% im Falle eines Referendums dagegen aussprechen würden. Im Vergleich zur letzten Untersuchung konnten sowohl Unterstützer als auch Gegner in ungefähr gleichem Ausmaß zulegen (auf Kosten der Unentschiedenen und der Personen, die angeben, nicht wählen zu wollen). Derzeit sind Befürworterinnen und Befürworter der EU also klar in der Mehrheit, allerdings ist der Abschluss der Beitrittsverhandlungen noch nicht in Sicht. Im Falle Kroatiens vergingen ab der Eröffnung der Verhandlungen bis zu deren Abschluss fünf Jahre. Mittlerweile ist die Zukunft der Erweiterungspolitik aber unsicher geworden und Kroatien hatte außerdem keine mit dem Status des Kosovos vergleichbare Hürde aus dem Weg zu räumen (die Zusammenarbeit mit dem ICTY war in beiden Ländern problematisch). Die strikte Konditionalität, die nachlassende Attraktivität der EU, sowie die Konkurrenz durch das russische Modell könnten also dazu führen, dass in einigen Jahren der Anteil der europäisierungsfreundlichen und der europäisierungsskeptischen Menschen in Serbien gleich groß sein wird, oder letzterer sogar überwiegt.

Im Falle eines Referendums könnte eine europäisierungsfreundliche Regierung versucht sein, den europäisierungsskeptischen Teil der Bevölkerung dazu zu bringen, gar nicht erst zu wählen. Die kroatische Außenministerin hatte 2011 angekündigt, das Referendum nach sechs Monaten zu wiederholen, sollte sich die Mehrheit gegen den EU-Beitritt aussprechen.²¹⁶ Die Aussicht darauf, das Referendum so oft zu wiederholen, bis ein der Regierung genehmes Ergebnis erzielt wird, hat sicher nicht gerade zur Motivation der Gegnerinnen und Gegner beigetragen. Die Katastrophenszenarien der kroatischen Kampagne für den Beitritt sind, so sehr sie auch an den Haaren herbeigezogen sein mögen, genauso für Serbien anwendbar. Fraglich ist hingegen, ob das derzeit propagierte utilitäre Narrativ, in dem der EU-Beitritt als einzige Alternative präsentiert wird, von der serbischen Gesellschaft in so hohem Maße verinnerlicht oder zumindest akzeptiert wird, dass ein Referendum positiv ausgehen würde.

In Kenntnis dieses Problems wird mittlerweile versucht, die Legitimität des von den Eliten und der Bürokratie betriebenen Beitrittsprozesses zu erhöhen:

„The issue of accession talks and Serbia's progress in the process are monitored by the

²¹⁶Jović, Dejan (2012): Hrvatski referendum o članstvu u Europskoj uniji i njegove posljedice za smanjeni Zapadni Balkan [Das kroatische Referendum über die Mitgliedschaft in der Europäischen Union und seine Auswirkungen auf den verkleinerten Westbalkan]; In: *Anali hrvatskog politološkog društva*, Nr. 9, S. 166.

National Assembly on a regular basis, as defined under its Resolution on the Role of the National Assembly and Principles in the Negotiations on the Accession of the Republic of Serbia to the European Union, passed in 2013. Civil society organisations, which gather at the National Convention on the EU for monitoring negotiations, play a special role in talks. In fact, the involvement of the National Assembly and civil society constitutes a major element of the negotiation process, because in this way it is society rather than the government that takes ownership of it and, as a result, its legitimacy is stronger.“²¹⁷

Dass diese Strategie die Meinung der Bevölkerung stark beeinflussen wird, darf bezweifelt werden, obwohl der partizipatorische Gedanke natürlich zu begrüßen ist. Eine der Hauptursachen für euroskeptische Einstellungen in der Bevölkerung wird nämlich nichts entgegnet: Dem Bild von der strengen EU, die danach trachtet, das ewige Opfer Serbien noch weiter zu bestrafen. Zwar sind die Zustimmungswerte seit der Verleihung des Kandidatenstatus und darauffolgender, positiver Meldungen im Zusammenhang mit der EU (Eröffnung der Verhandlungen und einzelner Kapitel) nicht mehr weiter gefallen. Damit die Zustimmung zur EU wieder steigt, müsste aber auch eine emotionale Bindung hergestellt werden und nicht bloß der mühsame, aber alternativlose Beitritt propagiert werden. Die Änderung dieses Narrativs liegt zu einem guten Teil in der Hand der regierenden Elite Serbiens und der Medien (welche zunehmend von ebendieser Elite kontrolliert werden²¹⁸). Deshalb wird der weitere Verlauf der EU-Integration Serbiens vor allem davon abhängen, wie ernst einerseits die Beitrittsaspirationen der Regierung unter Vučić und andererseits die Beitrittsperspektive zur EU in ihrem derzeitigen Zustand zu nehmen sind.

4 Schlussfolgerungen

4.1 Resümee

In der vorliegenden Arbeit wurden die Positionen der Regierungsparteien und die Einstellung der Bevölkerung Serbiens zum EU-Beitritt ab dem demokratischen Umbruch im Jahr 2000 untersucht. Die forschungsleitenden Fragen dabei waren, wie und aus welchen Gründen sich die Positionen verändert haben und in welchem

²¹⁷Miščević, Tanja: Contemporary Relations between Serbia and the European Union; In: Minić, Jelica (Hrsg.) (2015): The Challenges of Serbia's Foreign Policy. Collection of Papers, Friedrich Ebert Stiftung/ European Movement Serbia, Belgrad, S. 17.

²¹⁸Zur Einschränkung der Medienfreiheit vgl.: Vogel, Toby (2016): Media Freedom and Integrity in the Western Balkans: Recent Developments, European Fund for the Balkans, S. 9-12.

Zusammenhang die Einstellungen von Regierung und Bevölkerung zueinander stehen.

Die Analyse offenbarte eine Kluft zwischen der politischen Führung und der Bevölkerung, die schon seit der Regierung unter Ministerpräsident Koštunica besteht. Den ersten Umfragen in den frühen 2000er Jahren zufolge lag die Zustimmung zum Beitritt bei ca. 70% (der Rest war gegen den Beitritt, unentschlossen oder gab an, nicht abstimmen zu wollen). Bei allen folgenden Umfragen waren mehr Befragte für den Beitritt als dagegen und wenn man die Unentschiedenen und deklarierten Nichtwähler und -wählerinnen nicht berücksichtigt, würden auch heute noch fast zwei Drittel bei einem Referendum mit Ja stimmen (es würden aber nur mehr 47% von allen Befragten mit Ja stimmen). Der Anteil der Beitrittsbefürworter und -befürworterinnen ist also zurückgegangen, der Großteil der aktiv partizipierenden serbischen Bevölkerung ist aber immer noch europäisierungsfreundlich eingestellt.

Die meisten Regierungen Serbiens teilten diesen Optimismus jedoch nicht, was sich daran zeigt, dass das Nachbarland Kroatien, das eine ähnliche Ausgangsposition hatte und zeitgleich mit den Beitrittsvorbereitungen begann, bereits 2013 Mitglied der Union wurde, während Serbien bis dato erst in vier der 35 Kapitel mit den Verhandlungen begonnen hat. Am intensivsten wurde der Prozess der Europäisierung von der Regierung unter Đinđić vorangetrieben, auch wenn damals in erster Linie die Voraussetzungen für den Beitrittsprozess geschaffen werden mussten. Unter den Premierministern Koštunica und Cvetković stagnierte der Prozess der Anpassung an EU-Vorgaben jedoch. Erst unter Dačić und später Vučić wurde dieser Prozess wieder beschleunigt, auch wenn sich in den letzten ein bis zwei Jahren die Anzeichen dafür häufen, dass Fortschritte nur auf dem Papier erzielt wurden.

Die Diskrepanz zwischen den Meinungen der Bevölkerung und bestimmter Regierungen zur EU hat in Serbien bereits zu Regierungswechseln geführt. Dies zeigt sich am Wahlsieg des Bündnisses „Für ein Europäisches Serbien“ im Jahr 2008 nach Jahren der Stagnation unter Koštunica und der Niederlage der DS in den darauffolgenden Wahlen, die mit der Enttäuschung über die stockende EU-Annäherung in Zusammenhang gebracht wurden. Auch die Spaltung der SRS und die Gründung der europäisierungsfreundlichen SNS ist ein Indiz dafür, dass die EU ein politisiertes Thema mit hoher Salienz ist. Andererseits darf der Einfluss der Bevölkerung auf den EU-Kurs eines Landes nicht überschätzt werden. Das Beispiel Kroatien zeigt, dass sich auch bei sehr niedrigen Zustimmungswerten die Mehrheit der Wählerschaft für den Beitritt

ausspricht, wenn es der Regierung gelingt, diesen als alternativlos darzustellen und euroskeptisch eingestellte Bürgerinnen und Bürger von den Wahlurnen fernzuhalten.

Der Grund für die langsam voranschreitende Europäisierung in Serbien liegt in der Einstellung der jeweils regierenden Parteien zu bestimmten heiklen Themen. Die EU stellte Forderungen im Zusammenhang mit dem ICTY und dem Kosovo, und in den letzten Jahren vermehrt auch bezüglich Russland und den Rechten sexueller Minderheiten, die mit den Werten und Narrativen, die im politischen Diskurs Serbiens vorherrschend sind, nicht in Einklang zu bringen sind. Immer wieder zeigten serbische Politiker und Politikerinnen, dass sie solche Forderungen nicht deshalb umsetzen, weil sie von ihrer Sinnhaftigkeit überzeugt sind, sondern weil sie an den Anreizen interessiert sind, die von der EU in Aussicht gestellt werden. Allerdings werden hier auch die Grenzen des Modells externer Anreize sichtbar. Im politischen Diskurs waren oft nicht die Vorteile ausschlaggebend, die eine EU-Mitgliedschaft mit sich bringt, sondern die Ängste vor einer Infragestellung der nationalen Identität, wenn die Forderungen der EU erfüllt werden. Oppositionsparteien schlachteten diese emotionalen Themen aus und schränkten so den Spielraum der Regierungen ein. Die Fokussierung der Europäisierungstheorie auf die Regierung greift in diesen Fällen zu kurz, da sie den nationalen Kontext und Diskurs außer Acht lässt.

Dass gerade eine von der SNS dominierte Regierung den Beitrittsprozess wieder in Schwung brachte, verwundert auf den ersten Blick, da das Führungspersonal dieser Partei vor dem Jahr 2008 stark europäisierungsskeptisch eingestellt war. Der Wandel kann zum einen damit erklärt werden, dass die Partei das Narrativ der EU-Integration als Rechtfertigung für strukturelle Reformen nutzte, die ihre eigene Machtbasis stärkten.²¹⁹ Zum anderen musste sie – im Unterschied zu den Vorgängerregierungen – nicht den Vorwurf aus dem nationalistischen Lager fürchten, das Land zu verraten, wenn sie Zugeständnisse machte, z.B. in der Kosovofrage. Die europäisierungsskeptische SRS und DSS waren marginalisiert und die meisten anderen Parteien unterstützten den EU-Kurs ohnehin. Deshalb kam es gerade unter der SNS zu einem ersten Meilenstein im Dialog mit Kosovo (die volle Kooperation mit dem Internationalen Strafgerichtshof war nach mehr als zehn Jahren Zickzackkurs schon von der Vorgängerregierung erreicht worden).

²¹⁹Günay, Cengiz/ Džihic, Vedran (2016): Decoding the Authoritarian Code: Exercising ‘Legitimate’ Power Politics through the Ruling Parties in Turkey, Macedonia and Serbia, *Southeast European and Black Sea Studies*, Nr. 16 (4), S. 534.

Mein persönliches Interesse für das Thema der vorliegenden Arbeit ergab sich aus der vermeintlichen Diskrepanz zwischen der Position der aktuellen Regierung, die sich demonstrativ zur EU-Integration bekennt und den Zustimmungswerten zum Beitritt, die deutlich niedriger sind als zu Beginn der EU-Annäherung. Die These, dass sich die Haltung der serbischen Bürgerinnen und Bürger in eine andere Richtung entwickelt als die der politischen Führung, kann eher nicht bestätigt werden. Erstens hat sich die Zustimmung der Bevölkerung zum Beitritt in den letzten fünf Jahren bei Werten zwischen 40% und 50% stabilisiert (20% bis 30% lehnen den Beitritt ab) und zweitens wurden Fortschritte bei den im Detail untersuchten Themen ICTY und Kosovo v.a. unter der ersten und zum Teil der zweiten Regierung mit SNS-Beteiligung erzielt. In den letzten ein bis zwei Jahren sind in diesen Bereichen (unter derselben Regierungskoalition) allerdings Stagnation oder Rückschritte zu verzeichnen. Die Gespräche über die Normalisierung der Beziehungen zwischen Belgrad und Prishtina brachten seit August 2015 kaum sichtbare Ergebnisse. Da über den Verlauf der Verhandlungen nur wenig nach außen dringt, ist es schwer zu sagen, an welcher Seite das liegt. Unbestritten ist, dass die von der serbischen Regierung dominierte Liste *Srpska* aus dem Nordkosovo sich weigert, an den Verhandlungen über die Gemeinschaft mehrheitlich serbischer Gemeinden teilzunehmen, was als Schlüsselpunkt der Verhandlungen gilt. Gleichzeitig kritisierte der Chef derselben Regierung Aleksandar Vučić, dass die EU sich nicht zu sagen traue, welche Seite für den Stillstand verantwortlich ist. Bezüglich der Zusammenarbeit mit dem ICTY kann man sogar von einem Rückschritt sprechen. Serbien weigert sich einmal mehr, mit dem Gerichtshof zusammenzuarbeiten und drei Verdächtige auszuliefern (diese werden keiner Kriegsverbrechen beschuldigt, sondern man verdächtigt sie, durch Einschüchterung von Zeugen unrechtmäßigen Einfluss auf das Verfahren Šešeljs genommen zu haben). Die Nicht-Regierungsorganisation European Movement weist zudem darauf hin, dass die SNS ihre vorübergehend abgelegte Anti-EU-Rhetorik in letzter Zeit wieder verstärkt.

Aus den bisherigen Erfahrungen kann geschlossen werden, dass für den Fortgang des Beitrittsprozesses der Umgang der politischen Elite mit dem Thema entscheidender ist als die Haltung der Bevölkerung. Derzeit ist Aleksandar Vučić der Mann, der alle wichtigen Entscheidungen in Serbien trifft und es ist davon auszugehen, dass er dies auch nach der Präsidentschaftswahl im April 2017 tun wird. Ob er langfristig europäisierungsfreundlich eingestellt ist, darf im Hinblick auf seine nationalistische

Vergangenheit und die Stagnation in wichtigen Fragen allerdings bezweifelt werden.

4.2 Ausblick

Kritische Journalisten und Journalistinnen sowie zivilgesellschaftliche Organisationen weisen darauf hin, dass die Fortschritte bei der EU-Annäherung Serbiens in den letzten Jahren wesentlich bescheidener ausfielen, als es das öffentliche Lob für das Land von Seiten der EU und den Regierungen verschiedener Mitgliedsstaaten annehmen ließe. Das European Movement in Serbia weist auf eine Stagnation des Europäisierungsprozesses hin, indem es den Fortschrittsbericht von 2016 folgendermaßen zusammenfasst:

„Recommendations such as the reduction of political influence on the judiciary, depoliticization and professionalization of public administration, improvement of the government’s cooperation with independent bodies, greater involvement of civil society, advancement of the legislative process and the adoption of the necessary amendments to the Constitution are repeated.”²²⁰

Mit anderen Worten, es gibt keine Fortschritte und alle wesentlichen Empfehlungen wurden wiederholt. Hinzu kommt eine Einschränkung der Meinungsfreiheit durch Kontrolle der Medien, wofür Indizes sowie die Einschätzung der interviewten Experten sprechen. Zuweilen gibt es eine verschärfte Rhetorik gegenüber der EU und anderen unerwünschten Einmischungen von außen, wie die Stiftung des Multimillionärs George Soros, die viele NGOs in Südosteuropa finanziert.²²¹

Dass dies nicht auf viel entschiedeneren Widerstand der EU stößt, ist ein Zeichen dafür, dass sich die Union und insbesondere ihre Erweiterungspolitik nach dem Brexit und aufgrund euroskeptischer Bewegungen in ganz Europa in einer schwachen Position befinden. Manche Beobachter vertreten die Meinung, dass die EU sich deshalb mit der serbischen Regierung verbündet hat, weil diese Stärke zeigt und Stabilität verspricht und die Berichte deshalb weniger kritisch ausfallen, als es die tatsächlichen Fortschritte rechtfertigen würden.²²² Bezüglich der Zukunft der Erweiterungspolitik kann nur

220Euractiv.rs, 10.11.2016: Serbia Generally Happy With EU Commission Report, <http://www.euractiv.rs/vesti/10664-serbia-generally-happy-with-european-commission-report>, abgerufen am 13.2.2017.

221Balkan Insight, 10.2.2017: Soros Foundation Blames Attacks on 'Illiberal Governments', <http://www.balkaninsight.com/en/article/soros-foundation-rebuffs-balkan-governments-attacks-02-09-2017>, abgerufen am 10.2.2017.

222Pešćanik, 7.6.2016: Zašto EU više hvali Vučića nego Đinđića [Warum die EU Vučić mehr dankt als

spekuliert werden, jedenfalls schlug Kommissionspräsident Jean Claude Juncker jüngst eine EU der multiplen Geschwindigkeiten vor.²²³ Es sieht also nicht so aus, als ob der Klub der 28 (bzw. 27) bald neue Mitglieder begrüßen würde. Mit der Schwäche der EU und dem begrenzten Einfluss der serbischen Bevölkerung auf den Fortgang der Verhandlungen stellt sich in erster Linie die Frage, welche Ziele die derzeit regierende SNS verfolgt. Einerseits gibt es immer noch eine klare Festlegung auf den EU-Beitritt, andererseits bekommt auch nationalistische Rhetorik mehr Raum, wie die Aussagen nach dem Zwischenfall mit dem „Kosovo ist Serbien“-Zug zeigen.

Möglicherweise nutzt Vučić nur die Schwäche der EU, solange diese das zulässt, wäre aber wieder zu Zugeständnissen bereit, wenn mehr Druck auf die Regierung ausgeübt wird und der Beitritt gefährdet scheint. Dafür spricht, dass Vučić die europäisierungsfreundliche Rhetorik als Legitimation seiner Politik braucht und die EU der größte Geldgeber Serbiens ist. In diesem Fall würde Serbien noch ein langer Weg bis zum Beitritt bevorstehen, da sich das Land in gewissen Bereichen von EU-Standards eher entfernt als annähert. Allerdings gibt es derzeit kaum Anzeichen dafür, dass die EU bald geeinter und fordernder gegenüber Serbien auftreten wird.

Das zweite Szenario ist, dass die Zugeständnisse an die EU nur strategisch waren, um den vorher stets misslungenen Sprung in die Regierung zu schaffen. Nun wird die Machtausübung mittels Kontrolle der Medien und ständiger Mobilisierung durch Wahlen in Zweijahresabständen (die Wahlen 2014 und 2016 wurden vorgezogen) konsolidiert. Nach und nach würde die Herrschaft autoritärer und ein Regierungswechsel trotz Wahlen unwahrscheinlich werden. Um nicht ihre Glaubwürdigkeit zu verlieren, würde die EU dann die Verhandlungen mit Serbien auf Eis legen oder ganz abbrechen.

Sollte ein EU-Beitritt als Option wegfallen, könnte sich die SNS erneut den nationalistischen Positionen der SRS zuwenden und eine stärkere Kooperation mit Russland anstreben. Dass die Bevölkerung Russland zunehmend in positivem Licht sieht, ist schon jetzt feststellbar. Eine zunehmend nationalistische Politik würde aber auch die bereits angespannten Beziehungen zum EU-Mitglied Kroatien verschärfen und die Frage aufwerfen, wie sich Serbien in Zukunft gegenüber der *Republika Srpska* (RS) verhalten wird. Diese steuert momentan auf eine Sezession von Bosnien und Herzegowina zu. Der Präsident der RS, Milorad Dodik, ignorierte 2016 ein Urteil des

Dinđić], <http://pescanik.net/zasto-eu-vise-hvali-vucica-nego-dindica/>, abgerufen am 10.2.2017.
223EU Observer, 24.2.2017: Juncker Envisages EU of Core Groups,
<https://euobserver.com/institutional/137023>, abgerufen am 27.2.2017.

gesamtstaatlichen Verfassungsgerichts (bezüglich des Feiertags der RS am 9. Jänner) und will angeblich 2018 ein Referendum über den Verbleib der Teilrepublik in Bosnien und Herzegowina abhalten. Eine gemeinsame Übung der Polizei Serbiens und der RS an der Drina wurde in Sarajewo mit Argwohn verfolgt.²²⁴

In der Politikwissenschaft gibt es das Bonmot „Europeanization is the only game in town, yet nobody is playing it“²²⁵, um die Situation der Westbalkanstaaten zu charakterisieren. Damit ist gemeint, dass der EU-Beitritt zwar alternativlos erscheint, die Europäisierung im Sinne der Grundwerte der EU, wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Minderheitenrechte und bürgerliche Freiheiten durch die regierende Elite aber nicht vorangetrieben wird. Es gibt deutliche Anzeichen dafür, dass genau das in Serbien der Fall ist und die Regierung diese Werte nicht teilt. Die Machtkonzentration der aktuellen Regierung könnte nicht nur das Ende der Demokratisierung einläuten. Es ist auch eine stärkere Anlehnung an Russland denkbar, sowie der Versuch, doch noch die großserbischen Pläne aus den 90er Jahren zu realisieren.

224Der Standard, 9.2.2017: Trump lässt den Balkan erzittern,

<http://derstandard.at/2000052330486/Trump-laesst-den-Balkan-erzittern>, abgerufen am 17.2.2017.

225Florian Bieber äußerte diesen Satz bei einer Diskussionsveranstaltung am Österreichischen Institut für Internationale Politik am 12.11.2015. Ob er auch der Urheber des Zitats ist, ist dem Autor nicht bekannt.

5 Quellenverzeichnis

5.1 Literatur

Balfour, Rosa/ Stratulat, Corina: Between Engagement and Cold Feet: Ten Years of the EU in the Western Balkans; In: Prifti, Eviola (Hsg.) (2013): The European Future of the Western Balkans: Thessaloniki@10 (2003-2013), European Union Institute for Security Studies, Paris, S. 19-25.

Bandović, Igor/ Vujačić, Marko: The European Question in Serbia's Party Politics; In: Stratulat, Corina (Hrsg.) (2014): EU Integration and Party Politics in the Balkans, European Policy Center, Issue Paper Nr. 77, Brüssel, S. 47-67.

Bieber, Florian (2015): The Serbia-Kosovo Agreements: An EU Success Story?; In: Review of Central and East European Law, Nr. 40, S. 285-319.

Bieling, Hans-Jürgen/ Lerch, Marika: Theorien der europäischen Integration: Ein Systematisierungsversuch; In: Bieling, Hans-Jürgen/ Lerch, Marika (2005): Theorien der europäischen Integration, 1. Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 9-40.

Bogosavljević, Srđan: Evropa i Srbija u Evropi u svesti građana Srbije [Europa und Serbien in Europa im Bewusstsein der Bürger Serbiens]; In: Lutovac, Zoran (2007): Političke stranke u Srbiji i Evropska Unija [Politische Parteien in Serbien und die Europäische Union], Friedrich-Ebert-Stiftung/ Fakultet političkih nauka, Belgrad, S. 51-62.

Börzel, Tanja (2003): Shaping and Taking EU Policies: Member State Responses to Europeanization; In: Queen's Papers on Europeanisation, Nr. 2, Queen's University, Belfast, S. 1-15.

Delević, Milica: Serbia's EU Integration: Unfinished Business, but Who Is to Finish It?; In: Petritsch, Wolfgang/ Svilanović, Goran/ Solioz, Christophe (Hrsg.) (2009): Serbia Matters: Domestic Reforms and European Integration, 1. Auflage, Nomos, Baden-Baden, S.41-48.

Đukić, Srećko: Serbia's Relations with Russia: An Overview of the Post-Yugoslav (Post-

Soviet) Era; In: Minić, Jelica (Hrsg.) (2015): The Challenges of Serbia's Foreign Policy. Collection of Papers, Friedrich Ebert Stiftung/ European Movement Serbia, Belgrad, S. 31-36.

Đurković, Miša: Programski identiteti desnih partija u Srbiji krajem prve decenije ovog veka [Die programmatische Identität rechter Parteien in Serbien am Ende des ersten Jahrzehnts dieses Jahrhunderts]; In: Orlović, Slaviša (Hrsg.) (2011): Partije i izbori u Srbiji – 20 godina [Parteien und Wahlen in Serbien – 20 Jahre], Friedrich-Ebert-Stiftung/ Fakultet Političkih nauka, Belgrad, S. 211-213.

Džihic, Vedran (2013): Serbien zwischen EU-Pragmatismus und der Gefahr einer neuen Form der Partokratie, Kurzanalyse, Österreichisches Institut für Internationale Politik, Wien.

Džihic, Vedran/ Nadjivan, Silvia/ Paić, Hrvoje/ Stachowitsch, Saskia (2006): Europa – verflucht begehrt. Europavorstellungen in Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Serbien, 1. Auflage, Braumüller, Wien.

Džihic, Vedran/ Sagmüller, Maximilian (2014): Serbien zwischen EU-Pragmatismus und neuen autoritären Tendenzen, Österreichisches Institut für Internationale Politik, Arbeitspapier Nr. 75, Wien.

Ehrke, Michael: Serbien: Zwischen Kosovo und EU, Friedrich-Ebert-Stiftung, Belgrad.

Elezi, Gentian: Weak Conditionality and Uncertain Membership Perspective. Discussing EU Integration of the Western Balkans; In: Laursen, Finn (Hrsg.) (2014): EU Enlargement – Current Challenges and Strategic Choices, P.I.E. Peter Lang, Brüssel/ Bern/ u.a., S. 237-252.

Featherstone, Kevin: Introduction: In the Name of 'Europe'; In: Featherstone, Kevin/ Radaelli, Claudio M. (Hrsg.) (2003): The Politics of Europeanization, 1. Auflage, Oxford University Press, Oxford, S. 3-26.

Feyerabend, Florian, u. a. (2016): 3. Westbalkan-Konferenz in Paris. Reaktionen und Wahrnehmungen aus Deutschland und dem Westbalkan, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sonderbericht, Berlin.

Franklin, Mark N. (2002): Learning from the Danish Case: A comment on Palle

Svennson's critique of the Franklin's thesis, In: *European Journal of Political Research*, Nr. 41, S. 751-757.

Grabbe, Heather: *Europeanization Goes East: Power and Uncertainty in the EU Accession Process*; In: Featherstone, Kevin/ Radaelli, Claudio M. (Hrsg.) (2003): *The Politics of Europeanization*, 1. Auflage, Oxford University Press, Oxford, S. 303-330.

Gülmez, Seçkin Bariş: *EU-Scepticism vs. Euroscepticism. Re-assessing the Party Positions in the Accession Countries towards EU Membership*; In: Laursen, Finn (Hrsg.) (2014): *EU Enlargement – Current Challenges and Strategic Choices*, P.I.E. Peter Lang, Brüssel/ Bern/ u.a., S. 193-214.

Günay, Cengiz (2016): *Reality Check: Why the EU Needs to Rethink its Neighbourhood Policy*, 29 Papers, European Institute of the Mediterranean.

Günay, Cengiz/ Džihic, Vedran (2016): *Decoding the Authoritarian Code: Exercising 'Legitimate' Power Politics through the Ruling Parties in Turkey, Macedonia and Serbia*; In: *Southeast European and Black Sea Studies*, Nr. 16 (4), S. 529-549.

Héritier, Adrienne: *Europeanization Research East and West: A Comparative Assessment*; In: Schimmelfennig, Frank/ Sedelmeier, Ulrich (Hrsg.) (2005): *The Europeanization of Central and Eastern Europe*, 1. Auflage, Cornell University Press, New York, S. 199-209.

Herz, Dietmar/ Jetzlsperger, Christian (2008): *Die Europäische Union*, 2. Auflage, C.H. Beck, München

Hobolt, Sara B./ de Vries, Catherine E. (2016): *Public Support for European Integration*; In: *Annual Review of Political Science*, Nr. 19, S. 413-432.

Hooghe, Liesbeth/ Marks, Gary (2008): *A Postfunctionalist Theory of European Integration: From Permissive Consensus to Constraining Dissensus*; In: *British Journal of Political Science*, Nr. 39 (1), S. 1-23.

Jović, Dejan (2012): *Hrvatski referendum o članstvu u Europskoj uniji i njegove posljedice za smanjeni Zapadni Balkan* [Das kroatische Referendum über die Mitgliedschaft in der Europäischen Union und seine Auswirkungen auf den verkleinerten Westbalkan]; In: *Anali hrvatskog politološkog društva*, Nr. 9, S. 163-182.

Katz, Richard S.: Euroscepticism in Parliament: A Comparative Analysis of the European and National Parliaments; In: Szczerbiak, Aleks/ Taggart, Paul (2008): *Opposing Europe? The Comparative Party Politics of Euroscepticism*, Band 2, 1. Auflage, Oxford University Press, Oxford, S. 151-180.

Komšić, Jovan: Političke stranke u Srbiji i evropske vrednosti – programi i praksa [Politische Parteien in Serbien und europäische Werte – Programme und Praxis]; In: Lutovac, Zoran (2007): *Političke stranke u Srbiji i Evropska Unija* [Politische Parteien in Serbien und die Europäische Union], Friedrich-Ebert-Stiftung/ Fakultet političkih nauka, Belgrad, S. 9-51.

Kopecky, Petr/ Mudde, Cas (2002): The two sides of Euroscepticism. Party Positions on European Integration in East Central Europe; In: *European Union Politics*, Nr. 3 (3), S. 297-326.

Ladrech, Robert (1994): The Europeanization of Domestic Politics and Institutions: The Case of France; In: *Journal of Common Market Studies*, Nr. 32 (1), S. 69-88.

Laursen, Finn: EU Enlargement – Issues and Policy Developments; In: Laursen, Finn (Hrsg.) (2014): *EU Enlargement – Current Challenges and Strategic Choices*, P.I.E. Peter Lang, Brüssel/ Bern/ u.a., S. 19-36.

Leconte, Cécile: Ursachen der Widerstände gegen die Europäische Integration; In: Pelinka, Anton (Hrsg.) (2016): *Europa – Hoffnung und Feindbild*, Wochenschau Wissenschaft, Sir Peter Ustinov Institut, Wien, S. 52-69.

Leconte, Cécile (2010): *Understanding Euroscepticism*, 1. Auflage, Palgrave Macmillan, Basingstoke.

Ladjevac, Bojan (2012): *Russland und Serbien: Eine neue Ära der Beziehungen?*, Internationale Politikanalyse, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.

Lutovac, Zoran: Evropeizacija nacionalnog identiteta u procesu evropskih integracija Srbije [Die Europäisierung der nationalen Identität im Prozess der europäischen Integration Serbiens]; In: Vujačić, Ilija/ Belinac, Nikola (Hrsg.) (2015): *Nova Evropa i njena periferija* [Das neue Europa und seine Peripherie], Univerzitet u Beogradu/ Udruženje za političke nauke Srbije, Belgrad, S. 273-290.

Mehler, Andrea/ Petrović, Ksenija/ Bieber, Florian (2009): Populismus und Euroskeptizismus in Südosteuropa seit 1989; In: Südosteuropa. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft, Nr. 2, S. 152-166.

Mikuš, Marek (2011): „State Pride”. Politics of LGBT Rights and Democratisation in „European Serbia”; In: East European Politics and Societies, Nr. 25 (4), SAGE Publications, S. 834-851.

Miščević, Tanja: Contemporary Relations between Serbia and the European Union; In: Minić, Jelica (Hrsg.) (2015): The Challenges of Serbia's Foreign Policy. Collection of Papers, Friedrich Ebert Stiftung/ European Movement Serbia, Belgrad, S. 15-20.

Olsen, Johan P. (2002): The Many Faces of Europeanization; In: Journal of Common Market Studies, Nr. 40 (5), S. 921-952.

Orlović, Slaviša (2008): Parties and the Party System of Serbia and European Integrations; In: Journal of Southern Europe and the Balkans Online, Nr. 10 (2), S. 205-222.

Panagiotou, Ritsa (2013): The Greek Crisis as a Crisis of EU Enlargement: How Will the Western Balkans Be Affected?; In: Southeast European and Black Sea Studies, Nr. 13 (1), S. 89-104.

Radaelli, Claudio M.: The Europeanization of Public Policy; In: Featherstone, Kevin/ Radaelli, Claudio M. (Hrsg.) (2003): The Politics of Europeanization, 1. Auflage, Oxford University Press, Oxford, S. 27-56.

Ristić, Irena (2014): Parliamentary Elections in Serbia: Replay or Reset?; In: Contemporary Southeastern Europe, Nr. 1 (2).

Ristić, Irena: Das politische System Serbiens; In: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.) (2010): Die politischen Systeme Osteuropas, 3. Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 897-940.

Ristić, Irena (2009): Serbia's EU Integration Process: The Momentum of 2008; In: Panoeconomicus, Nr. 1, S. 111-125.

Ristić, Irena: Stuck between a Rock and a Hard Place: Serbia's EU Integration Process;

In: Petritsch, Wolfgang/ Svilanović, Goran/ Solioz, Christophe (Hrsg.) (2009): Serbia Matters: Domestic Reforms and European Integration, 1. Auflage, Nomos, Baden-Baden, S. 49-54.

Salamurović, Aleksandra (2012): Der politische und mediale Diskurs in Serbien und Kroatien zwischen Euroskeptizismus und Populismus; In: Südosteuropa. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft, Nr. 2, S. 239-263.

Schimmelfennig, Frank/ Sedelmeier, Ulrich: Introduction: Conceptualizing the Europeanization of Central and Eastern Europe; In: Schimmelfennig, Frank/ Sedelmeier, Ulrich (Hrsg.) (2005): The Europeanization of Central and Eastern Europe, 1. Auflage, Cornell University Press, Ithaca/ London, S. 1-28.

Schimmelfennig, Frank/ Sedelmeier, Ulrich: The Politics of EU Enlargement – Theoretical and Comparative Perspectives; In: Schimmelfennig, Frank/ Sedelmeier, Ulrich (Hrsg.) (2005): The Politics of European Union Enlargement – Theoretical Approaches, 1. Auflage, Routledge, London/ New York, S. 1-35.

Schwarz, Oliver (2010): Erweiterung als Überinstrument der Europäischen Union? Zur Europäisierung des westlichen Balkans seit der EU-Osterweiterung, 1. Auflage, Nomos, Baden-Baden.

Sedelmeier, Ulrich (2011): Europeanisation in New Member and Candidate States; In: Living Reviews in European Governance, Nr. 6 (1), S. 1-52.

Stojić, Marko (2016): EU-Enlargement after Brexit: Temporary Turmoil or the Final Nail in the Coffin of Enlargement?; In: Eastern Monitor, Europeum, Prag.

Stojić, Marko: Ideological Families and Party Attitudes toward the EU in Serbia and Croatia; In: Laursen, Finn (Hrsg.) (2014): EU Enlargement – Current Challenges and Strategic Choices, P.I.E. Peter Lang, Brüssel/ Bern/ u.a., S. 215-236.

Stojić, Marko: From Deep-Seated Animosity to Principled Disagreement – A Comparative Analysis of Party-Based Euroscepticism in Serbia; In: Branislav Radeljić (Hrsg.) (2013): Europe and the Post-Yugoslav Space, Ashgate, Farnham, S. 133-156.

Stratulat, Corina (2016): To Be or Not to Be an EU-Member State – A Question for the Balkan Aspirants as well?, European Policy Center Commentary, Brüssel.

Subotić, Jelena (2011): Europe Is a State of Mind: Identity and Europeanization in the Balkans; In: International Studies Quarterly, Nr. 55, S. 309-330.

Subotić, Jelena (2010): Explaining Difficult States. The Problems of Europeanization in Serbia; In: East European Politics and Societies, Nr. 24 (4), S. 595-616.

Sundhaussen, Holm (2012): Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten 1943-2011 – Eine ungewöhnliche Geschichte des Gewöhnlichen, 1. Auflage, Böhlau Verlag, Wien/ Köln/ Weimar.

Swoboda, Hannes: Serbia and European Integration; In: Petritsch, Wolfgang/ Svilanović, Goran/ Solioz, Christophe (Hrsg.) (2009): Serbia Matters: Domestic Reforms and European Integration, 1. Auflage, Nomos, Baden-Baden, S. 33-40.

Szczerbiak, Aleks/ Taggart, Paul: Introduction: Opposing Europe? The Politics of Euroscepticism in Europe; In: Szczerbiak, Aleks/ Taggart, Paul (2010): Opposing Europe? The Comparative Party Politics of Euroscepticism, Band 1, Nachdruck, Oxford University Press, Oxford, S. 1-15.

Szczerbiak, Aleks/ Taggart, Paul (2004): The Politics of European Referendum Outcomes and Turnout: Two Models; In: West European Politics, Nr. 27 (4), S. 557-583.

Vogel, Toby (2016): Media Freedom and Integrity in the Western Balkans: Recent Developments, European Fund for the Balkans.

Zielonka, Jan (2014): Is the EU doomed?, Polity Press, Cambridge.

Żornaczuk, Tomasz (2015): Have Your Cake and Eat It: The Dilemma of Serbia's Relations with the EU and Russia, The Polish Institute of International Affairs, Bulletin Nr. 39 (771), Warschau.

5.2 Primärquellen und Medienberichte

Amtsblatt der Europäischen Union, 9.5.2008: Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union, {C 115/5}.

B92, 8.11.2012: KiM ili EU: Dve trećine za Kosovo [Kosovo und Metochien oder EU:

zwei Drittel für Kosovo], http://www.b92.net/info/vesti/index.php?yyyy=2012&mm=11&dd=08&nav_category=12&nav_id=658779, abgerufen am 7.3.2017.

B92, 13.10.2004: Usvojena Rezolucija o pridruživanju EU [Resolution über den EU-Beitritt gefasst], http://www.b92.net/info/vesti/index.php?yyyy=2004&mm=10&dd=13&nav_category=11&nav_id=153174, abgerufen am 26.1.2017.

Balkan Insight, 23.2.2017: Serbian Towns Queue to Make Putin Honorary Citizen, <http://www.balkaninsight.com/en/article/putin-honorary-citizen-in-a-dozen-serbian-cities-02-22-2017>, abgerufen am 24.2.2017.

Balkan Insight, 10.2.2017: Soros Foundation Blames Attacks on 'Illiberal Governments', <http://www.balkaninsight.com/en/article/soros-foundation-rebuffs-balkan-governments-attacks-02-09-2017>, abgerufen am 10.2.2017.

Balkan Insight, 9.2.2017: Anti-EU Tide is Rising in Serbia, NGO Warns, <http://www.balkaninsight.com/en/article/governments-anti-eu-rhetoric-affects-serbian-citizens-02-07-2017>, abgerufen am 9.2.2017.

Balkan Insight, 7.2.2017: Kosovo Serb Association Depends on Boycott Ending, Minister Says, <http://www.balkaninsight.com/en/article/government-waits-on-kosovo-serbs-for-their-municipal-association-02-06-2017>, abgerufen am 9.2.2017.

Balkan Insight, 20.1.2017: Serbian President's War Talks Startles Veterans, <http://www.balkaninsight.com/en/article/serbian-pm-kosovo-tried-to-provoke-conflict-01-14-2017>, abgerufen am 27.1.2017.

Balkan Insight, 14.1.2017: Serbia Accuses Prishtina of Planning Attack on Train, <http://www.balkaninsight.com/en/article/serbian-pm-kosovo-tried-to-provoke-conflict-01-14-2017>, abgerufen am 27.1.2017.

Balkan Insight, 4.1.2017: Hague Tribunal Prepares for Shutdown in 2017, <http://www.balkaninsight.com/en/article/the-last-year-for-the-icty-01-02-2017-1>, abgerufen am 9.2.2017.

Balkan Insight, 15.12.2016: Kosovo Hails Receipt of Own Telephone Code,

<http://www.balkaninsight.com/en/article/383-kosovo-s-dial-code-12-15-2016>, abgerufen am 17.2.2017.

Balkan Insight, 10.8.2016: New Serbian Cabinet is Mix of Old and New,
<http://www.balkaninsight.com/en/article/new-serbian-cabinet-is-mix-of-old-and-new-08-09-2016>, abgerufen am 25.2.2017.

Balkan Insight, 20.6.2016: Serbian, Croatian Leaders Sign Up to Closer Ties,
<http://www.balkaninsight.com/en/article/serbian-pm-and-croatian-president-signed-declaration-on-improving-relationship-06-20-2016>, abgerufen am 7.3.2017.

Büro für Europäische Integration der Serbischen Regierung: Evropska orijentacija građana Srbije – Istraživanje javnog mnjenja [Die Europäische Orientierung der Bürger Serbiens – Untersuchung der öffentliche Meinung], Juni 2002 – Dezember 2016;
<http://www.seio.gov.rs/srl/dokumenta/nacionalna-dokumenta/istrazivanja-javnog-mnjenja>, abgerufen am 18.1.2017.

Committee to Protect Journalists Blog, 20.10.2016: How Influence of Russian Media Risks Making Serbia a Moscow Bureau, <https://cpj.org/blog/2016/10/how-influence-of-russian-media-risks-making-serbia.php>, abgerufen am 24.2.2017.

Danas, 21.12.2016: Migovi stižu u martu ili novembru [Die MIGs kommen im März oder November], http://www.danas.rs/politika.56.html?news_id=335010&title=Migovi+sti%u00c5%u00beu+u+martu+ili+novembru, abgerufen am 24.2.2017.

Der Spiegel, 31.3.2016: Serbischer Nationalist Vojislav Seselj freigesprochen,
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/vojislav-seselj-serbischer-nationalist-freigesprochen-a-1084770.html>, abgerufen am 16.1.2017.

Der Standard, 9.2.2017: Trump lässt den Balkan erzittern,
<http://derstandard.at/2000052330486/Trump-laesst-den-Balkan-erzittern>, abgerufen am 17.2.2017.

Der Standard, 10.8.2016: Neue Regierung, Alte One-Man-Show in Serbien,
<http://derstandard.at/2000042668735/Neue-Regierung-alte-One-Man-Show-in-Serbien>, abgerufen am 17.1.2017.

Der Standard, 11.10.2010: EU-Abgeordneter kritisiert Mangel an Toleranz,
<http://derstandard.at/1285200561328/Belgrader-Pride-EU-Abgeordneter-kritisiert-Mangel-an-Toleranz>, abgerufen am 13.1.2017.

Der Standard, 10.10.2010: Straßenschlachten rund um Homosexuellenparade,
<http://derstandard.at/1285200538293/Belgrad-Strassenschlachten-rund-um-Homosexuellenparade>, abgerufen am 14.1.2017.

Duden: Suchbegriff = „euroskeptisch“,
<http://www.duden.de/rechtschreibung/euroskeptisch>, abgerufen am 14.12.2016.

EU Observer, 24.2.2017: Juncker Envisages EU of Core Groups,
<https://euobserver.com/institutional/137023>, abgerufen am 27.2.2017.

EU Observer, 24.1.2017: Serbia-Kosovo Talks Back on Track,
<https://euobserver.com/foreign/136639>, abgerufen am 27.1.2017.

EU Observer, 2.6.2016: Croatia Lifts Veto on EU-Serbia Accession Talks,
<https://euobserver.com/enlargement/133668>, abgerufen am 10.2.2017.

EU Observer, 2.12.2014: Putin Says Will Not Build South Stream Gas Pipeline,
<https://euobserver.com/foreign/126749>, abgerufen am 20.2.2017.

EU Observer, 29.9.2014: Belgrade Gay Pride a 'Milestone',
<https://euobserver.com/social/125795>, abgerufen am 13.1.2017.

Euractiv.rs, 10.11.2016: Serbia Generally Happy With EU Commission Report,
<http://www.euractiv.rs/vesti/10664-serbia-generally-happy-with-european-commission-report>, abgerufen am 13.2.2017.

Europäische Kommission (2016): Gemeinsame Vision, gemeinsames Handeln: Ein stärkeres Europa. Eine globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, Brüssel.

Europäische Kommission (2016): Serbia 2016 Report, {COM(2016) 715 final}, Brüssel.

Europäische Kommission (2010): Analytical Report, {COM(2011) 668}, Brüssel.

Europäische Kommission (2005): Serbia and Montenegro – Progress Report, {COM

(2005) 561 final}, Brüssel.

Florian Bieber's Notes from Syldavia Blog, 4.7.2016: The Western Balkans after the Brexit Vote: Russia's gain, Europe's loss, <https://florianbieber.org/2016/07/04/the-western-balkans-after-the-brexit-vote-russias-gain-europes-loss/>, abgerufen am 10.2.2017.

Gallup (2010): Balkan Monitor. Insights and Perceptions: Voices of the Balkans, European Fund for the Balkans, S. 22.

Homepage der DS: Spoljna politika i evropske integracije [Außenpolitik und europäische Integration], <http://www.ds.org.rs/program/spoljna-politika-i-evropske-integracije>, abgerufen am 13.1.2017.

Homepage der DSS: Program stranke, Načela političke neutralnosti [Parteiprogramm, Prinzipien der politischen Neutralität], <http://www.dss.rs/program-stranke/#1454948061455-a2c5319a-01c1>, abgerufen am 30.1.2017.

Homepage der Europäischen Kommission: Conditions for Membership, http://ec.europa.eu/enlargement/policy/conditions-membership/index_en.htm, abgerufen am 6.12.2016.

Homepage der Europäischen Kommission: Instrument for Pre-Accession Assistance, http://ec.europa.eu/enlargement/instruments/overview/index_en.htm, abgerufen am 7.12.2016.

Homepage der Europäischen Kommission: Serbia – Membership Status, https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/countries/detailed-country-information/serbia_en, abgerufen am 5.1.2017.

Homepage der Europäischen Kommission: Steps Towards Joining, https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/policy/steps-towards-joining_en, abgerufen am 7.12.2016.

Homepage der Serbischen Regierung, 26.7.2012: Ekspoze Ivice Dačića, mandatara za sastav Vlade Republike Srbije [Exposé von Ivica Dačić, Mandatar für die Regierungszusammensetzung der Republik Serbien], <http://www.srbija.gov.rs/pages/article.php?id=195230>, abgerufen am 6.3.2017.

Homepage des Büros für Europäische Integration der Serbischen Regierung: Odgovori na upitnik EK [Antworten auf den Fragebogen der EK], <http://www.seio.gov.rs/srl/dokumenta/nacionalna-dokumenta/odgovori-na-upitnik-ek>, abgerufen am 6.2.2017.

Homepage des Europäischen Rats: Ad-hoc-Gruppe „Kooperations- und Überprüfungsmechanismus für Bulgarien und Rumänien“, <http://www.consilium.europa.eu/de/council-eu/preparatory-bodies/ad-hoc-working-party-cooperation-and-verification-mechanism-bulgaria-and-romania/>, abgerufen am 22.2.2017.

Homepage des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien: The Fugitives, <http://www.icty.org/en/about/office-of-the-prosecutor/the-fugitives>, abgerufen am 10.1.2017.

Homepage des Serbischen Parlaments: Narodna Skupština u brojkama [Das serbische Parlament in Zahlen], <http://www.parlament.gov.rs/narodna-skupstina-/narodna-skupstina-u-brojkama.1737.html>, abgerufen am 16.1.2017.

Juncker, Jean-Claude (2014): Politische Leitlinien für die nächste Europäische Kommission. Ein neuer Start für Europa: Meine Agenda für Jobs, Wachstum, Fairness und demokratische Wandel, Straßburg.

Kommission der Europäischen Gemeinschaften (1989): Eurobarometer Nr. 31 – Die öffentliche Meinung in der Europäischen Gemeinschaft, Brüssel, S. 5-8.

Novi list, 24.1.2012: Stvarno stanje, u Hrvatskoj je glasalo 61, a ne 41,3 posto građana [Der wirkliche Stand, in Kroatien haben nicht 61, sondern 41,3 Prozent der Bürger gewählt], <http://www.vecernji.hr/eu/stvarno-stanje-u-hrvatskoj-je-glasalo-61-a-ne-435-posto-gradjana-369127>, abgerufen am 8.2.2017.

ORF.at, 20.2.2017: Serbischer Regierungschef gewinnt Machtkampf, <http://orf.at/stories/2380194/>, abgerufen am 14.3.2017.

Peščanik, 7.6.2016: Zašto EU više hvali Vučića nego Đinđića [Warum die EU Vučić mehr dankt als Đinđić], <http://pescanik.net/zasto-eu-vise-hvali-vucica-nego-dindica/>, abgerufen am 10.2.2017.

Politics.hu, 17.9.2013: PM says Hungary is „euro-realist“ not eurosceptic,
<http://www.politics.hu/20130917/pm-says-hungary-is-euro-realist-not-eurosceptic/>,
abgerufen am 22.2.2017.

Politika, 28.4.2014: Biografije premijera i ministara,
<http://www.politika.rs/sr/clanak/291337/BIOGRAFIJE-PREMIJERA-I-MINISTARA>,
abgerufen am 6.3.2017.

RTS, 24.2.2017: Kuda ide novac iz Evropske Unije? [Wohin geht das Geld aus der Europäischen Union],
<http://www.rts.rs/page/stories/sr/story/13/ekonomija/2642480/gde-ide-ide-novac-iz-evropske-unije.html>, abgerufen am 26.2.2017.

Serbische Regierung (2011): Strategiju komunikacije o pristupanju Republike Srbije Evropskoj Uniji [Kommunikationsstrategie über den Beitritt der Republik Serbien zur Europäischen Union] [Kommunikationsstrategie über den Beitritt der Republik Serbien zur Europäischen Union], Belgrad.

Serbische Regierung (2009): Beitrittsgesuch an die EU vom 19. Dezember 2009,
http://www.srbija.gov.rs/extfile/sr/173683/pismokandidatura_lat.pdf, abgerufen am 20.2.2017.

Serbische Regierung (2005): Nacionalna Strategija Srbije za pristupanje Srbije i Crne Gore Evropskoj Uniji [Nationale Strategie Serbiens für den Beitritt Serbiens und Montenegros zur Europäischen Union], Belgrad.

Serbisches Parlament (2007): Rezolucija o zaštiti suvereniteta, teritorijalnog integriteta i ustavnog poretka Republike Srbije [Resolution über den Schutz der Souveränität, territorialen Integrität und der Verfassungsordnung der Republik Serbien], Nr. 47, 26.12.2007, Belgrad.

Serbisches Parlament (2004): Rezolucija o pridruživanju Evropskoj Uniji [Resolution über den Beitritt zur Europäischen Union], Nr. 48, 13.10.2004, Belgrad.

SNS (2011): Bela knjiga – Programom do promena [Weißbuch – Das Programm für Veränderung], Belgrad.

South East European Media Observatory, 29.6.2016: The Growing Influence of Global

Media in the Region, <http://mediaobservatory.net/radar/growing-influence-global-media-region>, abgerufen am 24.2.2017.

SPS (2010): Program socijalističke partije Srbije [Programm der sozialistischen Partei Serbiens], Belgrad.

Stiftung Wissenschaft und Politik, 28.4.2016: „Die Parlamentswahlen in Serbien waren kein Votum für oder gegen die EU“, <https://www.swp-berlin.org/kurz-gesagt/2016/die-parlamentswahlen-in-serbien-waren-kein-votum-fuer-oder-gegen-die-eu/>, abgerufen am 20.2.2017.

The European Parties, Referendums and Elections Network Blog, 23.6.2016: The 2016 Serbian Elections: The Triumph of 'Europe' or a Eurosceptic Backlash
<https://epern.wordpress.com/2016/06/23/the-2016-serbian-elections-the-triumph-of-europe-or-a-eurosceptic-backlash/>, abgerufen am 7.3.2017.

6 Anhang

6.1 Abstract

6.1.1 Deutsch

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit den Einstellungen zum EU-Beitritt in Serbien nach dem Sturz Slobodan Miloševićs. Die forschungsleitenden Fragen lauten, wie hat sich die Position der wichtigsten Regierungsparteien und der Bevölkerung verändert und wie wirkte sich das auf den Beitrittsprozess aus? Welche Gründe waren für die Veränderung ausschlaggebend und in welchem Zusammenhang stehen die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger mit den Positionen der Parteien? Ersteres wird mithilfe von Umfragedaten untersucht, während zur Analyse der Parteien zwei im serbischen EU-Diskurs dominante Themen herangezogen werden, nämlich Kosovo und ICTY. Als theoretischer Rahmen dient die Europäisierungstheorie, welche mit der Debatte über Euroskeptizismus verknüpft wird. Obwohl der EU-Beitritt alternativlos scheint, lassen sich euroskeptische Tendenzen bei Bevölkerung und Parteien feststellen.

6.1.2 Englisch

This thesis deals with attitudes towards Serbia's accession to the European Union after the fall of Slobodan Milošević. The research focuses on how the positions of the main governmental parties and the population have changed and how this has affected the accession process? What were the reasons for the change and what is the link between the attitude of the citizens and the positions of the parties? The analysis of the the population's attitude is based on opinion polls and the analysis of the parties draws on two topics dominating the Serbian EU-discourse, namely Kosovo and ICTY. The Europeanization theory, which is linked to the debate on Euroscepticism, serves as a theoretical framework. Although accession to the EU appears to be without an alternative eurosceptic tendencies can be identified among the population and the parties.

6.2 Lebenslauf

Persönliche Daten

Geburtsdatum: 07.05.1991

Geburtsort: Wels, OÖ

Familienstand: ledig

Ausbildung

seit Oktober 2014

M.A.-Studium Politikwissenschaft, Universität Wien

Erasmus-Aufenthalt: Fakultät für Politikwissenschaft, Universität in Zagreb (2 Semester)

Leistungsstipendium (StudFG): 2014/15 (Ø 1,5)

seit März 2012

Diplomstudium Rechtswissenschaften, Universität Wien

derzeit 2. Abschnitt

2011 – 2014

B.A.-Studium Politikwissenschaft, Universität Wien (abgeschlossen):

Leistungsstipendium (StudFG): 2012/13 (Ø 1,5) und 2013/14 (Ø 1,0)

Studienabschluss in Mindeststudienzeit

2001 – 2009

Matura am Bundesgymnasium Wels, Dr. Schauerstraße

1997 – 2001

Volksschule Pennewang

Arbeitserfahrung & Ehrenamt

Sommer 2015

Freier Dienstnehmer der Friedrich-Ebert-Stiftung in Zagreb

Erstellen von Länderberichten über die politischen Systeme Kroatiens und Sloweniens

Wintersemester 2013

Praktikum am Österreichischen Institut für internationale Politik in Wien

Regelmäßiges Erstellen von Pressespiegeln, Verfassen eines Arbeitspapiers mit Betreuer

Dr. Dzihić

Oktober 2010 – Juni 2011

Europäischer Freiwilligendienst in der Jugendorganisation OSMEH in Belgrad (Serbien)

Freizeitaktivitäten für lokale Jugendliche, Förderung des Fahrradverkehrs in Belgrad

September 2009 – August 2010

Auslandszivildienst in der KZ-Gedenkstätte Majdanek (Polen)

Besucherbetreuung (Deutsch und Englisch), Archivarbeiten, Korrektur lesen

Fremdsprachen

Englisch – fließend in Wort und Schrift

Bosnisch/ Kroatisch/ Serbisch – fortgeschrittene Kenntnisse in Wort und Schrift

Polnisch – Grundkenntnisse

Italienisch – Grundkenntnisse